

44. Sitzung

Freitag, den 14.07.2006

Erfurt, Plenarsaal

**Keine Abschiebungen nach
Togo**

4341

Antrag der Fraktion der Links-
partei.PDS
- Drucksache 4/2078 -

*Minister Dr. Gasser erstattet einen Sofortbericht zu Nummer 1
des Antrags.*

*Die Erfüllung des Berichtersuchens zu Nummer 1 des Antrags
wird festgestellt.*

*Die Nummern 2 und 3 des Antrags werden in namentlicher Ab-
stimmung bei 82 abgegebenen Stimmen mit 37 Jastimmen und
45 Neinstimmen abgelehnt (Anlage).*

a) Demographiebericht Thüringen

4350

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 4/2080 -

**b) Demographiebericht Thüringen
Beratung des Berichts der Landes-
regierung - Drucksache 4/2072 -
auf Verlangen der Fraktion der SPD**

4350

dazu: Unterrichtung durch die Präsi-
dentin des Landtags
- Drucksache 4/2090 -

*Der Antrag der Fraktion der CDU wird an den Ausschuss für
Bau und Verkehr - federführend -, den Innenausschuss, den
Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten,
den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt, den Ausschuss
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Haushalts-
und Finanzausschuss, den Ausschuss für Soziales, Familie
und Gesundheit, den Ausschuss für Wissenschaft, Kunst und
Medien, den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit,
den Bildungsausschuss und den Gleichstellungsausschuss
überwiesen.*

*Der Demographiebericht Thüringen wird zur Fortsetzung der
Beratung an den Ausschuss für Bau und Verkehr überwiesen.*

Reform des Thüringer Abgeordnetenrechts**4370**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drucksache 4/2084 -

Der Antrag wird an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten überwiesen.

Festlegung von Förderprioritäten für die Förderung touristischer Infrastrukturen in Thüringen**4380**

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/2088 -

Minister Reinholz erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags.

Die Erfüllung des Berichtersuchens zu Nummer I des Antrags wird festgestellt.

Die beantragte Fortsetzung der Beratung des Sofortberichts im Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit wird abgelehnt.

Nummer II des Antrags wird abgelehnt.

Fortschreitende Zerstörung des Thüringer Waldes durch Infrastrukturmaßnahmen beenden**4391**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drucksache 4/2093 -

Der Antrag wird an den Ausschuss für Bau und Verkehr - federführend -, den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt und den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit überwiesen.

Bericht der Landesregierung in Bezug auf Nummer I.6. der „Initiative für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ zu dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2005 und zu der Statistik über politisch motivierte Kriminalität in Thüringen für das Jahr 2005**4400**

dazu: Beschluss des Landtags
- Drucksache 4/1853 -, Nummer I.6.

Minister Dr. Gasser erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I.6 des Beschlusses.

Die beantragte Fortsetzung der Beratung des Sofortberichts im Innenausschuss wird beschlossen.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Meißner, Mohring, Panse, Primas, Reinholz, Rose, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Stauche, Tasch, Trautvetter, Wackernagel, Walsmann, Wehner, Wetzels, Worm, Dr. Zeh

Fraktion der Linkspartei.PDS:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Buse, Enders, Dr. Fuchs, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Hauboldt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Reimann, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Thierbach, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Doht, Döring, Eckardt, Ehrlich-Strathausen, Gentzel, Höhn, Künast, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Prof. Dr. Goebel, Reinholz, Schliemann, Dr. Sklenar, Trautvetter, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	4341, 4342, 4345, 4346, 4347, 4348, 4349, 4350, 4353, 4357, 4360
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	4363, 4365, 4367, 4369, 4370, 4371, 4372, 4375, 4378, 4380, 4382, 4384
Vizepräsidentin Pelke	4384, 4387, 4389, 4391, 4392, 4394, 4396, 4397, 4398, 4399, 4400, 4404
Berninger (Die Linkspartei.PDS)	4342
Buse (Die Linkspartei.PDS)	4350, 4375, 4378, 4387
Doht (SPD)	4357, 4384, 4385, 4391
Enders (Die Linkspartei.PDS)	4353, 4369, 4397, 4399
Dr. Hahnemann (Die Linkspartei.PDS)	4348, 4349, 4370
Hennig (Die Linkspartei.PDS)	4341
Heym (CDU)	4382, 4384
Höhn (SPD)	4372
Holbe (CDU)	4360
Kummer (Die Linkspartei.PDS)	4394, 4395
Lieberknecht (CDU)	4367
Matschie (SPD)	4348, 4363, 4365
Mohring (CDU)	4365
Pelke (SPD)	4346
Schröter (CDU)	4371, 4400, 4404
Schwäblein (CDU)	4378, 4399
Stauche (CDU)	4345
Wehner (CDU)	4395
Wetzel (CDU)	4392
Dr. Gasser, Innenminister	4341, 4347, 4348, 4349, 4350, 4400
Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit	4380, 4389
Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr	4350, 4396, 4398, 4399

Die Sitzung wird um 9.02 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien ebenfalls. Frau Ehrlich-Strathausen hat als Schriftführer neben mir Platz genommen. Die Rednerliste wird von der Abgeordneten Walsmann geführt. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt der Abgeordnete Nothnagel und der Abgeordnete Kubitzki.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**

Keine Abschiebungen nach Togo

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
- Drucksache 4/2078 -

Ich erteile das Wort der Abgeordneten Hennig zur Begründung dieses Antrags.

Abgeordnete Hennig, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wenn wir heute über Togo sprechen, dann denken viele bestimmt als Erstes an die Nationalmannschaft des afrikanischen Landes bei den Wettkämpfen der Fußball-WM, an ihr engagiertes Spiel und die vielen Sympathien, die ihr entgegen geschlugen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich möchte mit Bedauern ein anderes Bild im Zusammenhang mit Togo in Erinnerung rufen. Im April letzten Jahres brannte das Goethe-Institut der togoischen Hauptstadt Lomé. Bürgerkriegsartige Unruhen hatten nach den Parlamentswahlen das westafrikanische Land erfasst. In dieser Situation wurde das Institut erst beschossen, gestürmt und dann in Brand gesteckt. Es war das erste Mal in der Geschichte dieser weltweiten Einrichtung, dass ein Gebäude des Goethe-Instituts angegriffen wurde. Togo - ein Ort der Demokratie? Togo - ein sicheres Land? Wir glauben nicht. Nach 38 Jahren erbitterter Diktatur unter Eyadéma Gnassingbé fanden im Frühjahr 2005 nach dem Tod des Diktators die ersten Präsidentschaftswahlen unter Zulassung der Opposition statt. Rechtmäßige Wahlen, demokratische Wahlen, freie Wahlen waren dies jedoch nicht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das Militär dieses Landes hatte zuvor den Sohn des Gewaltherrschers schon zum rechtmäßigen Nachfolger erklärt. Jetzt sollte die Inthronisation nur noch formal legitimiert werden. Wie nicht anders zu erwarten war, kam es zu massiven Behinderungen und Wahlfälschungen. Hunderte gefälschte Wahlkarten tauchten auf, Wahlurnen wurden gestohlen, die Opposition drangsaliert. Die Wahl hatte einen Sieger, Faure Gnassingbé, Sohn des Diktators, und viele Verlierer. Die Hoffnung der demokratischen Opposition zerbarst und viele Menschenrechtsaktivisten und politisch Engagierte, die schon unter der Diktatur gelitten hatten, flohen aus dem Land.

Sehr geehrte Abgeordnete, wenige dieser Flüchtlinge leben in Thüringen. Sie verfolgen mit Sorge die Entwicklung in ihrem Land seit den Wahlen. Bewaffnete staatliche Kräfte aus Militär und Miliz verfolgen, foltern und töten. Tausende Togoer sind seit den Wahlen getötet worden und Zehntausende sind in die Nachbarländer geflohen. Das Europäische Parlament hat die Regierung in Togo mehrfach zur Herstellung und Wahrung der Demokratie aufgerufen - bis jetzt ohne Erfolg. Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl fordern daher einen bundesweiten Abschiebestopp nach Togo. Diesem Ruf ist bisher nur Mecklenburg-Vorpommern gefolgt. Von dort erfolgen keine Flüge in ein Land, wo regierungsnahen Kreise Jagd auf Oppositionelle machen. Nicht weil es Mecklenburg-Vorpommern ist, sollte Thüringen diesem Beispiel folgen, sondern weil der dortige Abschiebestopp ein Zeichen von Demokratie und Schutz von Geflohenen bedeutet und ein Signal setzt, die deutsche Verantwortung wahrzunehmen, nicht mit Bundeswehrsoldaten, sondern mit politischen Zeichen. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Die Landesregierung erstattet Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags und ich erteile das Wort Herrn Minister Gasser.

Dr. Gasser, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, mit vorliegendem Antrag der Linkspartei.PDS wird die Landesregierung gebeten, über ihre Einschätzung der humanitären und menschenrechtlichen Lage in der Republik Togo unter Berücksichtigung der Lageeinschätzung des Auswärtigen Amtes, von Menschenrechtsorganisationen und der Innenministerkonferenz zu berichten. Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, in Anwendung des § 60 a des Aufenthaltsgesetzes mit sofortiger Wirkung eine sechsmonatige Aussetzung

der Abschiebung von Flüchtlingen in die Republik Togo zu erlassen und sich in der nächsten Innenministerkonferenz für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Togo einzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht ganz einfach, die menschenrechtliche Situation in anderen Ländern zu beurteilen. Um im Hinblick auf die humanitäre und menschenrechtliche Situation in Togo eine zutreffende Einschätzung vornehmen zu können, bin ich daher ebenso wie die mit Fragen des Verfolgungsschutzes betrauten Bundesbehörden und Verwaltungsgerichte auf die zugänglichen Erkenntnisquellen angewiesen. Für die Einschätzung der politischen und humanitären Lage stellen insbesondere die so genannten Lageberichte des Auswärtigen Amts eine wichtige Entscheidungsgrundlage dar. Sowohl die asylrechtlichen Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge als auch verwaltungsgerichtliche Entscheidungen basieren im Wesentlichen auf diesen Einschätzungen des Auswärtigen Amts.

In seinem Lagebericht vom Januar 2006 zur asyl- und abschiebungsrelevanten Lage in der Republik Togo wertet das Auswärtige Amt insbesondere Berichte und Stellungnahmen von Amnesty International sowie des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen aus. Aus den genannten Berichten ist zu schließen, dass die Rechte, die Togo als Unterzeichner des internationalen Menschenrechtsabkommens seinen Bürgern garantiert, in der Praxis vielfach in Frage gestellt werden. Dennoch gibt es auf der anderen Seite keine belastbaren Anhaltspunkte, die darauf hinweisen, dass Rückkehrer in Togo Repressalien zu befürchten haben. So wurde nach Mitteilung des Auswärtigen Amts mehreren Fällen nachgegangen, in denen es zunächst hieß, die in ihre Heimat zurückgekehrten Asylbewerber seien staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt worden. Diese Vorwürfe haben sich in keinem einzigen Fall bestätigt. Ein Asylantrag allein oder die bloße Mitgliedschaft in einer Exilorganisation im Ausland lösen nach diesen Informationen keine staatlichen Repressionen aus. Diese Einschätzung haben sowohl das Obergerverwaltungsgericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern als auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit Beschlüssen vom 22. Februar 2006 bestätigt. In Anbetracht dieser Erkenntnislage überrascht es daher auch nicht, dass mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns kein anderes Land einen Abschiebestopp auf der Grundlage des § 60 a des Aufenthaltsgesetzes nach Togo angeordnet hat. Na ja, wir wissen ja, dass es in Mecklenburg-Vorpommern gelegentlich gewisse Besonderheiten gibt, siehe Bush-Besuch.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten - das habe ich natürlich auch von Ihnen erwartet, Frau Becker -, ich bitte um Verständnis, dass ich zumindest derzeit einen Abschiebestopp für die Republik Togo nicht für erforderlich halte. Aus diesem Grunde sehe ich gegenwärtig auch keine Veranlassung, mich bei der nächsten Innenministerkonferenz für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Togo einzusetzen. Gleichwohl darf ich Ihnen versichern, dass ich die weitere humanitäre und politische Entwicklung in der Republik Togo weiterhin aufmerksam verfolgen werde. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen Wortmeldungen von allen drei Fraktionen vor. Ich gehe davon aus, dass alle drei Fraktionen die Aussprache zum Sofortbericht wünschen. Ich eröffne die Aussprache zum Sofortbericht zu Nummer 1, ebenso zu den Nummern 2 und 3 dieses Antrags. Ich erteile der Abgeordneten Berninger, Linkspartei.PDS, das Wort.

Abgeordnete Berninger, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, am 11. April 2006 hat der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern die Aussetzung der Abschiebung von Flüchtlingen nach Togo aus humanitären Gründen verfügt. Gesetzliche Grundlage für diese Entscheidung - der Innenminister hat das schon gesagt - ist der § 60 a des Aufenthaltsgesetzes. Dort steht, ich zitiere: „Die oberste Landesbehörde kann aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder von in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen allgemein oder in bestimmte Staaten für längstens sechs Monate ausgesetzt wird.“ Gründe für die Aussetzung von Abschiebungen durch die oberste Landesbehörde können also sein: völkerrechtliche oder humanitäre oder die Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik.

Seit 13 Jahren hat die Bundesregierung aufgrund der politischen Situation und der unbefriedigenden Menschenrechtslage die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Togo ausgesetzt. Die politischen Interessen der Bundesrepublik gestatten es also nicht, mit diesem diktatorischen Regime zusammenzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, logisch und menschlich gedacht, kann es also auch nicht sein, dass man

schutzsuchende Menschen, die aufgrund der politischen und menschenrechtlichen Lage das Land verlassen mussten und anderswo um Asyl gesucht haben, dorthin zurückschickt. Dass die Bundesrepublik nicht gleichzeitig mit der Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit auch Abschiebungen in dieses Land ausgesetzt hat und dass es bis heute keine entsprechende bundespolitische Entscheidung gibt, empfindet meine Fraktion als Skandal, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

ein Skandal, der nicht nur logischem und menschlichem Denken widerspricht, sondern auch den Verfassungsgrundsätzen, auf die sich unser Land stützt. Wir bekennen uns in unserem Grundgesetz zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, außerdem zum Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Dieses Bekenntnis finden wir auch in unserer Thüringer Landesverfassung.

Meine Damen und Herren, diesem Bekenntnis müssen wir auch im Umgang mit Flüchtlingen gerecht werden. Dass meine Fraktion das als Skandal empfindet, dass es eben keine bundespolitische Entscheidung gibt, habe ich schon gesagt. Die Länder müssen in diesem Fall selbst entscheiden. Ich finde es genauso skandalös, mit welchen Argumenten die CDU in Mecklenburg-Vorpommern versucht hat, die vom Innenminister in Mecklenburg-Vorpommern verfügte Aussetzung zu beenden. Hier war zu hören, es müsse eine Gleichbehandlung von Flüchtlingen geben. Der Alleingang von Mecklenburg-Vorpommern begründe einen Abschiebetourismus. Diese Argumente sind nicht nur skandalös, meine Damen und Herren, diese Argumente sind zynisch.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Außerdem verlangt die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, einem solchen Abschiebestopp müssten mindestens 11 Länderinnenminister zustimmen, so sähen es die Absprachen der Innenministerkonferenz vor. Soll das etwa heißen, meine Damen und Herren, dass Gesetze außer Kraft treten, wenn nicht die Mehrzahl der CDU-Länder sie umzusetzen bereit ist? „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, so steht es in Artikel 16 a unseres Grundgesetzes.

Im Aufenthaltsgesetz lesen wir, ich zitiere: „In Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 darf ein Ausländer nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist.“ Dort

steht auch: „Ein Ausländer darf nicht in einen Staat abgeschoben werden, in dem für diesen Ausländer die konkrete Gefahr besteht, der Folter unterworfen zu werden.“

Für uns ist es egal, meine Damen und Herren, ob diese Gefahr von staatlichen Militärs oder von staatstragenden Milizen ausgeht, was ja in Togo, wie wir wissen, wie auch nachgewiesen wurde, beides der Fall ist. Aber, meine Damen und Herren, sollen diese gesetzlichen Regelungen etwa auch außer Kraft treten, wenn die Mehrheit der Innenminister das möchte?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 29. März 2006 fand im Innenausschuss des Landtags in Mecklenburg-Vorpommern eine Sachverständigenanhörung zum Thema „Lage in Togo und Situation der togoischen Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern“ statt. Alle der dort angehörten Experten - darunter unter anderem Hinrich Kuessner, der mal Landtagspräsident in Mecklenburg gewesen ist, der jetzt der Vorsitzende des Vereins Deutsch-Afrikanische Zusammenarbeit e.V. ist; unter anderem war auch ein Beauftragter des Oberkirchenrats der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs dort in dieser Anhörung zugegen - waren einhellig der Meinung, dass die Menschenrechtslage in Togo nach wie vor äußerst problematisch ist. Oppositionelle und Regimekritiker werden in Togo von Angehörigen des Militärs und der regierungstragenden Milizen insbesondere des Nachts überfallen, gejagt, aus ihren Häusern vertrieben, misshandelt und gefoltert, vergewaltigt, eingesperrt und getötet. Diese Misshandlungen treffen Menschen, die sich offen gegen das Regime stellen, die politisch aktiv sind, aber ebenso auch Menschen, von denen die Unterstützer der Diktatur des Faure Gnassingbé einfach nur annehmen, sie seien Oppositionelle. Dies gilt auch für rückkehrende Flüchtlinge. Diese müssen nach Aufnahme ihrer Personalien direkt nach ihrer Einreise in Togo damit rechnen, von den Militärs oder den Milizen aufgesucht und verschleppt, misshandelt oder getötet zu werden. Solche Flüchtlinge könnten sich in diesem Fall an die deutsche Botschaft wenden, ist des Öfteren zu hören. Oder: Die deutsche Botschaft prüfe die Situation der rückkehrenden Flüchtlinge und könne anhand ihrer Erkenntnisse nicht davon ausgehen, dass rückkehrenden Flüchtlingen Gefahr drohe. So in etwa war auch die Ausführung von Herrn Dr. Gasser. Dass die deutsche Botschaft aber nicht nachweisen kann, dass es diesen Menschen gut geht, bleibt dabei unerwähnt. Nicht benannt wird die große Zahl der Menschen, die nach ihrer Rückkehr verschwunden sind, oder die Zahl derer, die aufgrund von Verfolgung oder aus Angst vor Verfolgung untertauchen und erneut flüchten müssen.

Ich muss es noch einmal sagen: Die Bundesregierung hat aufgrund der politischen Situation und der unbefriedigenden Menschenrechtslage die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit seit 1993 ausgesetzt. Leider aber hat sie sonst nichts unternommen, um die Situation in Togo zu verändern. Dies, meine Damen und Herren, ist charakteristisch für die Außenpolitik der so genannten Wohlstandsländer und eben auch der Bundesrepublik, charakteristisch für eine verfehlte Politik in den Herkunftsländern. Wir leisten uns einen Bundeswehreinsatz beispielsweise im Kongo, aber keine zielführende Unterstützung in den Ländern zum Aufbau tragender ökonomischer und politisch demokratischer Strukturen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich möchte hier Rupert Neudeck zitieren, den Gründer des Wohlfahrtsverbandes Cap Anamur. Er sagte: „12.000 Schulen oder 1.400 Krankenhäuser - das ist, was man in der demokratischen Republik Kongo mit den 56 Mio. € bauen könnte, die Deutschland zur Absicherung des Wahlprozesses ausgibt.“ An 12.000 Schulen könnte mehr Demokratie gelernt werden als durch Panzer auf der Kreuzung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir geben uns schnell - wie ich finde, zu schnell - wie im Kongo mit der Durchführung einer mehr oder minder demokratischen Parlamentswahl zufrieden und die Frage nach einer nachhaltigen Demokratisierung und Stabilisierung in diesen Herkunftsländern wird nicht gestellt.

Aber was ist eine Demokratie wert, meine Damen und Herren, wenn man am Wahltag zwar sicher das Wahlbüro erreichen kann, in der nächsten Woche aber Angst haben muss, einen kritischen Artikel zu schreiben, eine kritische Rede zu halten oder ein kritisches Flugblatt zu verteilen? Darauf müssen Antworten gefunden werden, und solange diese nicht gegeben werden, sollten die Menschen aus solchen Ländern, die Verfolgung aufgrund ihres politischen Engagements zu befürchten haben, nicht abgeschoben werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Solange dies nicht bundespolitisch entschieden ist, sind die Länder in der Pflicht, den § 60 a des Aufenthaltsgesetzes zur Anwendung zu bringen.

Mecklenburg-Vorpommern hat den Anfang gemacht - sicherlich auch deshalb, weil man dort aufgrund der großen Anzahl togoischer Flüchtlinge für diese besonders sensibilisiert ist. In Thüringen ist die Gruppe der togoischen Flüchtlinge nicht annähernd so groß wie in Mecklenburg-Vorpommern. Es handelt sich

hier in Thüringen bei der Gruppe der langjährig geduldeten Flüchtlinge zum Beispiel lediglich um etwa 60 betroffene Flüchtlinge.

Sicherlich, meine Damen und Herren, hat Mecklenburg-Vorpommern aber auch den Anfang gemacht, weil Regierungskoalitionen aus Sozialdemokratie und Linkspartei für die Situation von Flüchtlingen besonders und etwas anders sensibilisiert sind als Regierungen der Christdemokraten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Auch in anderen Ländern hat es Versuche gegeben, Abschiebestopp für Togo zu erreichen, wie z.B. im April durch die Bündnisgrünen in Bayern. So forderte die Landtagsfraktion im April ebenfalls einen sofortigen Abschiebestopp nach Togo. Claudia Roth hat dazu am 15. März erklärt: „Grundsätzliche Voraussetzung muss sein, dass Abschiebungen nur in politisch stabile Länder erfolgen. Dies ist bei Togo allerdings fragwürdig.“ Da kann ich Claudia Roth einfach nur voll und ganz zustimmen.

Die Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern, die Grünen in Bayern und auch meine Fraktion mit dem vorliegenden Antrag greifen dabei nicht nur die Forderungen zahlreicher deutscher und internationaler Menschenrechts- und Hilfsorganisationen, wie z.B. Amnesty International, des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, der Togoi-schen Menschenrechtsliga, auf, sondern wir stützen uns auch auf zahlreiche Gerichtsverfahren, in denen die Kläger glaubhaft die Gefahr weiterer Verfolgung und Misshandlung nach ihrer Rückkehr in die Diktatur darstellen konnten.

Ich möchte, um das zu belegen, aus einem Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 17. Februar vergangenen Jahres zitieren: „Das Verwaltungsgericht glaubt dem Kläger, dass er am Tag nach seiner Abschiebung festgenommen und in Haft misshandelt worden ist. Demgegenüber hat das Auswärtige Amt keine Nachweise für Misshandlungen abgeschobener Personen vorliegen.“ In seinen Entscheidungsgründen führt das Gericht weiter aus: „Das Gericht ist davon überzeugt, dass der Kläger bei einer Rückkehr nach Togo mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit politischer Verfolgung im Sinne des § 60 Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz ausgesetzt sein wird. Er ist als politisch Verfolgter, der Zwangsmaßnahmen, die den Schutzanspruch des § 60 Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz von ihrem Umfang und ihrer Intensität her zu begründen vermögen, bereits erlitten hat, aus Togo ausgereist und muss bei einer Rückkehr in sein Heimatland nach Lage der Dinge erneut mit politisch motivierten Verfolgungsmaßnahmen rechnen. Dass in der Haft togoischer Sicherheitskräfte Folter und unmenschliche Behandlung durchaus zu gewärtigen

sind, wird in allen vorliegenden Erkenntnisquellen bestätigt.“ Da scheinen die Richter vom Verwaltungsgericht Karlsruhe andere Erkenntnisquellen zu haben als beispielsweise unser Innenministerium.

Das Verwaltungsgericht Oldenburg beruft sich in einem Beschluss vom 26. Mai 2005 u.a. auf eine Reisewarnung des Auswärtigen Amts, das dazu rät, nur solche Reisen nach Togo zu unternehmen, die unaufschiebbar sind, und das die offizielle Anzahl der Flüchtlinge damals mit 31.000 beziffert - die offizielle Anzahl. Ebenfalls beruft sich das Gericht in Oldenburg auf Pressemeldungen, die von über 790 getöteten und mehr als 4.000 - im Mai 2005 - verletzten Menschen in Togo berichten.

Ich möchte an Sie, sehr geehrte Abgeordnete, appellieren: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Lassen Sie nicht zu, dass Flüchtlinge weiterhin in ein diktatorisches Regime abgeschoben und somit Verfolgung, Haft, Folter und Tod ausgesetzt werden.

Sehr verehrter Kollege, was daran so komisch ist, das möchte ich gerne mal wissen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Innenminister, setzen Sie sich - entgegen Ihrer Aussage eben - im November bei der Innenministerkonferenz für eine bundespolitische Entscheidung für Flüchtlinge aus Togo ein und versuchen Sie, andere Ministerkollegen von der Notwendigkeit des Schutzes der togoischen Flüchtlinge zu überzeugen. Ich kann Sie einfach nur nochmals darum bitten. Und, meine Damen und Herren von CDU und SPD, setzen Sie sich bei den Vertretern der Bundesregierung dafür ein, dass die Bundesrepublik ihrer außenpolitischen Verantwortung gerecht wird und dass Entwicklungshilfe in Zukunft nicht lediglich als militärischer Auftrag zur Absicherung von Wahlterminen verstanden wird. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Stauche, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Stauche, CDU:

Verehrte Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, wie es die Frau Berninger auch schon sagte, der Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland hat durch § 60 a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz die oberste Landesbehörde zur Anordnung eines Abschiebestopps ermächtigt. Danach kann die oberste Landesbehörde für längstens sechs Monate - man beachte das bitte - aus völkerrechtlichen und huma-

nitären Gründen oder zur Wahrnehmung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland die Abschiebung von Migranten aus bestimmten Staaten aussetzen. Die erteilte Duldung beruht nicht auf der bestehenden vollziehbaren Ausreisepflicht des Ausländers. Allerdings ist es im Einzelfall nach § 60 a Abs. 2 Aufenthaltsgesetz möglich, die Abschiebung eines Ausländers auszusetzen, wenn die Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist und kein Aufenthaltstitel erteilt werden kann. Rechtliche Gründe für die Erteilung der Duldung sind, wenn ein gesetzliches Abschiebungsverbot nach § 60 Aufenthaltsgesetz besteht. Dies ist der Fall, wie Frau Berninger schon sagte, bei politischer Verfolgung und Gefahr der Folter oder Todesstrafe im Heimatland und beim Auslieferungersuchen bei unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung möglich. Aber um dies beurteilen zu können, muss man sich intensiver mit den Verhältnissen in Togo befassen.

Nun will ich Ihnen auch ein bisschen was erzählen, was es etwas in einem anderen Licht erscheinen lässt. Vor dem Ersten Weltkrieg war Togo eine deutsche Kolonie, danach bis 1960 eine französische Kolonie. Die Kolonialmacht löste ein autokratisch regierender Präsident ab. Nach dessen Tode wurde sein Sohn unter Missachtung der Verfassung zum neuen Präsidenten ernannt. Die Afrikanische Union sprach von einem verfassungswidrigen Militärputsch. Die damals Westafrikanische Wirtschaftsvereinigung suspendierte nach dieser Machtergreifung die Mitgliedschaft Togos. Neben weiteren Sanktionen verhängte sie u.a. ein Waffenembargo. Auf internationalen Druck und Widerstand der Opposition trat der Präsident zurück. Es kam zur Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen. Daraufhin hob die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft die Sanktionen für Togo auf. Am 24.04.2005 wurde dann ein Staatschef gewählt. Allerdings war der neue Staatschef auch der alte - mit wohl etwas über 60 Prozent. Wahlbeobachter berichteten allerdings von massiven Unregelmäßigkeiten. Dieses ist uns ja aus vielen afrikanischen Ländern durchaus bekannt. Nicht umsonst sind wir zurzeit mit unserer Armee im Kongo. Daraufhin flohen - ich habe sogar noch andere Zahlen als Sie, Frau Berninger, ich habe nicht 31.000, sondern 35.000 - 35.000 Menschen in die Nachbarländer Benin und Ghana. Am 10.06.2005 ernannte dieser gewählte Präsident den Anführer der gemäßigten Oppositionspartei zum Premierminister. Dieser war 1978 bis 1994 Generalsekretär der Afrikanischen Einheit - heute Afrikanische Union genannt. Vor seiner Wahl hat er die Einrichtung eines Wahrheits- und einer Versöhnungskommission nach dem Modell Südafrikas vorgeschlagen. Ich denke schon, man muss dies auch mit beachten.

Togo hat eine große Anzahl verschiedener ethnischer Bevölkerungsgruppen. Die Religionen in Togo sind zu 50 Prozent Naturreligion, 30 Prozent sind Christen und 20 Prozent Muslime. Dass dort Probleme entstehen, kennen wir aus vielen afrikanischen Ländern. Ich muss Ihnen aber leider sagen: Ich kann die Situation vor Ort in Togo nicht einschätzen. Wir können ja einmal eine Fahrt des Innenausschusses nach Togo beantragen.

(Beifall bei der CDU)

Aber, ich denke, das wird uns auch vor Ort nicht die Erkenntnisse bringen. Deshalb bin ich und meine Kollegen ...

(Zwischenruf Abg. Kuschel, Die Linkspartei.PDS: Wir fahren im Urlaub hin.)

Wir sind einfach auf die Erkenntnisse von Fachleuten angewiesen. Und diese Fachleute sitzen eigentlich im Auswärtigen Amt, die die Einschätzung der politischen und menschlichen Lage in Togo einschätzen können. Der vorliegende letzte Bericht des Auswärtigen Amtes zur asyl- und abschiebungsrelevanten Lage in Togo wurde im Januar 2006 erstellt.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, Die Linkspartei.PDS: Dann wird sich ja schon einiges getan haben.)

In Auswertung der zur Verfügung stehenden Quellen des Auswärtigen Amtes kam es zu dem Schluss, dass es keine staatlichen Repressionen zurückgeführter togoischer Staatsangehöriger gibt. Es ist nicht bekannt, ich kann es Ihnen nicht sagen. Selbst in Mecklenburg-Vorpommern, wo das Innenministerium einen Abschiebestopp nach § 60 a Abs. 1 Aufenthaltsgesetz für sechs Monate befristet bis zum 10.10.2006 angeordnet hat, stellte vorher das Oberlandesverwaltungsgericht fest, dass trotz der insgesamt problematischen Menschenrechtssituation nicht allein Grund der Asylantragstellung und ein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland politische Verfolgung bei der Rückkehr in Togo erfolgt. Auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof schließt durch Beschluss vom 22.02.06 die Rückführung in die Republik Togo nicht aus, da das togoische Regime unter Rücksichtnahme auf das westliche Ausland geprägt ist.

Meine Damen und Herren, wir werden uns der Einschätzung des Auswärtigen Amtes anschließen, weil wir denken, dort sitzen die größeren Fachleute als hier bei uns im Landesparlament. Wir denken, die Berichterstattung der Landesregierung ist erfolgt und wir werden die Punkte 2 und 3 des Antrags der PDS ablehnen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Pelke, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, der letzte Beitrag hat mich doch ein bisschen nachdenklich gemacht,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

denn es geht weder um die Geschichte des Landes, noch geht es um neue Kolonialisierungsaspekte;

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

es geht um Menschenschicksale und es geht um unsere Verantwortung für Menschen, die hier in diesem Land sind und wo wir entscheiden: Können wir jemanden wieder zurückschicken in seine „Heimat“ und hat er dort menschenwürdige Bedingungen? Das ist die Frage, der wir uns unter humanitären Aspekten stellen müssen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich will noch mal kurz darauf eingehen - Frau Berninger hat ja sehr viel dazu gesagt -, es geht nicht nur um Paragraphen, sondern es stehen Menschen dahinter. Und gerade in dem Fall, was Togo angeht, steht speziell auch ein Schicksal uns vor Augen, um das im Moment gerungen und auch diskutiert wird.

Was wollen wir mit diesem Antrag? Ich sage „wir“, weil wir den Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion unterstützen werden. Unter Punkt 2 wird die Landesregierung aufgefordert, in Anwendung des § 60 a des Aufenthaltsgesetzes mit sofortiger Wirkung eine sechsmonatige Aussetzung der Abschiebung von Migrantinnen und Migranten in die Republik Togo zu erlassen.

(Beifall bei der SPD)

Ja, das ist nicht zu viel verlangt, Herr Innenminister, eine solche humanitäre Entscheidung unter den Aspekten, dass wir alle wissen - Frau Berninger hat zwar gesagt, dass wir natürlich alle aufgefordert sind, die Situationen in den Ländern vor Ort zu verändern durch eine vernünftige Entwicklungspolitik, die im Übrigen die Kollegin Heidemarie Wiczorek-Zeul aus meiner Sicht schon sehr wohl im Auge hat und auch sehr gut unterstützt -, aber sehr wohl müssen wir auch alle wissen, dass es uns sicherlich nicht gelingt, in allen Ländern vor Ort vernünftige humanitäre, menschliche Bedingungen zu erreichen. Umso wich-

tiger ist die Verantwortung, zu schauen, wie wir mit den Menschen hier bei uns umgehen. Insofern, Herr Innenminister, die Bitte, ja, die Aufforderung, sich genau um diesen Punkt zu kümmern und entsprechend zu entscheiden.

Und der 3. Punkt: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der nächsten Innenministerkonferenz für einen bundesweiten Abschiebestopp nach Togo einzusetzen. Auch hier, ja, solange die Situation vor Ort immer noch mit Zweifeln zu betrachten ist, dann muss man im Zweifel für den Betroffenen entscheiden unter humanitären Aspekten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich will mal etwas schildern, auch wenn es mir schwer fällt, wenn man diesen einen Fall vor Augen hat. Insbesondere dann, wenn sich ein Mensch, der traumatische Erlebnisse hatte, weil er Folter erleben musste, und sich dann einigermaßen eingefunden hat in einem Land, in einer neuen Heimat, dann damit beschäftigen muss, eventuell wieder dorthin zurückzugehen, wo er gefoltert wurde, und er auch persönliche gesundheitliche Schäden heute noch ertragen muss, glaube ich, ist das schon ein Problem. Ich will hier keinen Namen nennen, aber nur mal ganz kurz schildern, was Folter oder was Demütigung letztendlich für einen Menschen bedeutet. Ich will ganz kurz einige Beispiele nennen. Während der Haft kam es dann zu verschiedenen Akten physischer und psychischer Gewalt, Demütigungen, Erniedrigungen, Beschimpfungen gegen ihn. Er wurde gezwungen, ca. sechs Stunden direkt in die grelle Sonne zu schauen. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat dies zu einer noch bestehenden Augenschädigung geführt. Bei Regen musste er mit den Zähnen Pflanzen aus der Erde ziehen, ca. drei Stunden lang unter Bewachung. Anschließend versuchte man, ihn an den Füßen an eine Mauer zu hängen. Als er von dort immer herunter fiel, weil ihm die Kraft fehlte, wurde er dazu gezwungen, sich niederzuknien und wie Jesus seine Arme auszubreiten. Diese wurden dann mit Steinen beschwert; zuvor wurde er nach seiner Religion gefragt. Währenddessen machten sich Soldaten über ihn lustig und verhöhnten ihn bzw. seine Religion. Wenn seine Arme vor Erschöpfung einknickten, bekam er Schläge auf die unteren Armseiten. Als das Schlimmste aller Erlebnisse während der Haft schilderte er Schläge mit Rotglühenden heißen Eisen-drähten auf die Unterarme. Auch unter international anerkannten Aspekten waren diese Kriterien als Folter während der Haftzeit anerkannt und es war auch anerkannt, dass dies zu traumatisierenden Erlebnissen führt. Wenn wir als Deutsche, wenn wir als Menschen, die stolz darauf waren, während eines großen Events zu sagen „Zu Gast bei Freunden!“, dann müssen wir in solchen schwierigen Situationen sagen: „Zu Hause bei Freunden“ und müssen die-

ses regeln. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen der Abgeordneten vor. Herr Minister Gasser.

Dr. Gasser, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Frau Berninger, ich schätze es immer, wenn junge Leute engagiert auftreten, ihre Meinung darstellen, und ich muss sagen, das klang ja alles einigermaßen schlüssig. Was nicht schlüssig war, ist, dass Sie hier z.B. einen Satz einfügten, dass die deutsche Botschaft nicht nachweisen kann, also sie soll nachweisen, dass es den Menschen dort gut geht. Also das ist ja wohl wirklich nicht zu glauben. Es muss jemand sagen, was ihm droht, was ihm geschehen ist, wenn er sich als Asylbewerber hier meldet, und muss das schildern. Das heißt, der Nachweis trifft denjenigen, dass er - der sich darauf beruft - verfolgt wird, und nicht umgekehrt. Ansonsten würden Sie tatsächlich die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und auch der Europäischen Union weit öffnen. Es gibt ja Leute, die sagen, dass Rotgrün vorhatte, mit ihrer Politik das Staatsvolk auszuwechseln auf Dauer.

(Unruhe bei der SPD)

Ich will das hier nicht weiter kommentieren.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Was soll denn das?)

Aber man muss sagen: Wenn man diese Gedankenfolgen sich anschaut, dass das Auswärtige Amt das nachweisen soll, finde ich das eigentlich unglaublich.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Was ist unglaublich?)

Wir hatten im Februar 2005 in Togo den Tod des Staatspräsidenten Gnassingbé. Danach kam es zu Unruhen. Das war in dieser Zeit eine Situation, wo auch Warnungen kamen seitens des Auswärtigen Amts. Mittlerweile hat sich die Situation beruhigt. Frau Pelke, ich schätze Sie sehr, aber ich glaube, Sie unterliegen hier einer Fehlinformation bzw. einer nicht hinreichenden Information. Schaut man sich den Erlass des Innenministeriums von Mecklenburg-Vorpommern an die Landkreise, kreisfreien Städte, Oberbürgermeister vom 11.04.2006 an, fällt zum einen auf, dass er nicht vom Innenminister persönlich gezeichnet ist, sondern von einer Mitarbeiterin.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Minister Gasser, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Gasser, Innenminister:

Nein, jetzt will ich den Gedanken doch erst zu Ende führen.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gut.

Dr. Gasser, Innenminister:

Des Weiteren steht dann - das ist Ihnen entweder entgangen oder es liegt Ihnen nicht vor -, es wird hier ausgesprochen aus humanitären Gründen eine Aussetzung der Vollstreckung für die Dauer von sechs Monaten. Sehr interessant dabei ist - und das zeigt auch, dass eigentlich diese Situation, die angeblich in Togo besteht, nicht sehr ernst genommen wird -, diese Anordnung findet keine Anwendung auf Personen, bei denen eine vollziehbare Abschiebungsanordnung nach § 58 a Aufenthaltsgesetz erlassen worden ist, Ausweisungsgründe nach §§ 53, 54, 55 etc. vorliegen oder die wegen einer im Bundesgebiet begangenen Straftat verurteilt worden sind. Geldstrafen von bis zu 50 Tagessätzen können außer Betracht bleiben. Solche Verfügungen kann ich auch machen, die im Grunde genommen alle Ausnahmen enthält, und dann setze ich ein politisches Signal und es passiert nichts. Das ist doch Theater, das ist doch Show.

(Beifall bei der CDU)

So, jetzt bin ich gern bereit.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gut, der Abgeordnete Matschie möchte Ihnen eine Frage stellen. Bitte, Abgeordneter Matschie.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Herr Innenminister, ich war sehr überrascht über eine Bemerkung, die Sie eben gemacht haben. Ist das Ihre Auffassung, dass die rotgrüne Bundesregierung damals versucht hat, über das Ausländerrecht bzw. über das Staatsangehörigkeitsrecht das Staatsvolk auszuwechseln? War das Ihre Auffassung, die Sie da eben geäußert haben?

Dr. Gasser, Innenminister:

Herr Matschie, ich meine, klar und deutlich gesagt zu haben, es gab Leute, die das damals behauptet

haben; meine Auffassung ist das nicht. Ich habe in langen Nächten im Vermittlungsausschuss damals mitverhandelt an dem Zuwanderungsgesetz etc., aber das war damals von einigen Leuten so gesagt worden.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Darf ich noch eine zweite Frage an Sie richten?

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Bitte, Herr Abgeordneter Matschie.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Wer sind die Leute, die so etwas gesagt haben?

Dr. Gasser, Innenminister:

Also, das war von vielen Leuten, Herr Matschie, so gesagt worden, das war die damalige Stimmung, die politische Stimmung aus bestimmten Kreisen. Das hörte man eigentlich von vielen Leuten.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Welche? Welche?)

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, Die Linkspartei.PDS: Das nennt man: Gerüchte verbreiten.)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hahnemann.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben das Problem der togoischen Flüchtlinge seit Mitte der 90er-Jahre spätestens. Wir werden immer wieder damit konfrontiert, zumindest diejenigen, die sich für das Schicksal dieser Menschen etwas intensiver interessieren. Ich gebe ganz ehrlich zu, Frau Kollegin Pelke, Sie haben gesagt, die Rede von Frau Stauche hat Sie nachdenklich gemacht; Sie kennen mich alle, mich hat diese Rede wütend gemacht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie haben die Rechtsgrundlagen, Frau Stauche, ganz klar genannt und schon bei den Rechtsgrundlagen müsste uns eines auffallen: Zwei wesentliche Gründe, Flüchtlingen hier Heimat zu geben, sind a) wenn sie verfolgt werden und b) wenn ihr Bleiben hier den Interessen der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Da beginnt das Ganze schon. Da werden Flüchtlinge in ihrer Not und aus ihrer Not heraus zum Spielball

von Staatsinteressen gemacht. Spätestens dort verlässt die Politik die Betrachtung ihrer tatsächlichen Lage, der Lage, die Frau Berninger und Frau Pelke beschrieben haben. Wir haben für Togo die Reisewarnung und wir haben die Aussagen von kompetenten Experten, die Materialien und Informationen zusammengetragen haben, und dagegen, Herr Minister, ist ein „Hm, Hm“ oder ein deutliches Nein bei den Bitten von Frau Berninger, dagegen ist kein Kraut gewachsen.

Das liegt vor, das kann man nachlesen, darüber kann man sich informieren. Dort sind die Schilderungen von Folterungen deutlich nachzulesen. Frau Stauche, können Sie mir ernsthaft und glaubhaft sagen, was es einem gefolterten Togoer nützt, wenn man ihm sagt, da gibt es irgendwo eine Wahrheitskommission? Können Sie mir das erklären? Das hat doch mit dem Schicksal der Togoer, die nicht von staatlicher Seite, sondern von irgendwelchen politischen Milizen terrorisiert werden, nichts zu tun.

(Zwischenruf Abg. Bärwolff, Die Linkspartei.PDS: Dann schieben Sie doch nicht ab, Frau Stauche.)

Und, Herr Minister Gasser, das ist kein Problem der Beweislast, das ist keine Frage der Beweislast, das ist völlig irrelevant, wer hier beweisen soll, dass irgendjemand gefoltert wird, wenn die Beweise schon auf dem Tisch liegen. Wenn wir Zweifel daran haben und man muss Zweifel haben, wenn es Reisewarnungen und diese Beschreibungen der Verhältnisse in diesem Land gibt,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

dann dürfen wir einfach nicht abschieben, sondern dann muss man sich politisch dazu entschließen zu sagen, solange wir keine anderen maßgeblichen Signale haben, muss ein Abschiebestopp verhängt werden. Die ganze Philosophie über den Erlass, der die Unterschrift einer Mitarbeiterin trägt, hat mit diesem Problem auch nichts zu tun. Das ist eine amtsinterne Angelegenheit in Deutschland. Das entschuldigt nichts und das nützt auch nichts.

Frau Kollegin Stauche, wenn Sie sich hier vorn hinstellen und sagen, wir wissen nichts oder zu wenig über die Bedingungen in Togo, dann ist Ihnen das nur partiell anzulasten. Was ich Ihnen aber vollständig anlaste, das ist, dass Sie sich dann hier vorn hinstellen und nicht etwa sagen, darüber müssen wir im Ausschuss mit der fachlichen Kompetenz des Ministeriums und anderer reden, sondern dass Sie sich hier hinstellen und sagen, wir lehnen Ihre Punkte 2 und 3 ab. Das, meine Damen und Herren, diese Art und Weise des Umgangs mit Menschen und mit Menschenleben anderenorts, das ist dem Auftrag unserer

Verfassung zum Schutz der eigenen Würde und der Würde anderer nicht angemessen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Bitte, Herr Minister Gasser.

Dr. Gasser, Innenminister:

Herr Dr. Hahnemann, bevor die Verwirrung der Geister eintritt, möchte ich aber doch noch zu einem Punkt etwas sagen. Sie wissen vielleicht, dass der Bundestag sich in der 16. Wahlperiode bereits mit dem Thema „Togo“ befasst hat und eine Antwort der Bundesregierung in der Drucksache 16/745 zu der Situation in Togo vorliegt. Da ging es auch um einen Asylbewerber, wo dann die Bundesregierung ausgeführt hat: „Die Angabe stützt sich auf folgende Tatsachen: Gegenüber dem Auswärtigen Amt ist in der Vergangenheit in mehreren Fällen vorgetragen worden, aus Deutschland rückgeführte togoische Staatsangehörige seien nach ihrer Rückkehr Opfer staatlicher Repressionen geworden. Allen konkret vorgetragenen Behauptungen dieser Art ist das Auswärtige Amt nachgegangen. In keinem Fall haben sich solche Behauptungen bei der Nachprüfung bestätigt.“ Ich glaube, das spricht doch eigentlich für sich und, ich glaube, man muss auch dies zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Minister Gasser, gestatten Sie eine Nachfrage? Bitte, Herr Abgeordneter Hahnemann.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, Die Linkspartei.PDS:

Herr Minister, ich habe zwei Fragen, wenn Sie erlauben.

Dr. Gasser, Innenminister:

Das ist zu viel, aber na gut.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, Die Linkspartei.PDS:

Die erste Frage ist: Ist Ihnen entgangen, dass sowohl Frau Berninger als auch ich darauf hingewiesen haben, dass es in Togo Terror gibt, der nicht von staatlicher Seite, sondern von Milizen ausgeht?

Und zweitens, Herr Minister, können Sie mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen, dass sowohl der Bundestag als auch die Bundesregierung, sprich das Auswärtige Amt, sich hin und wieder einmal irren?

Dr. Gasser, Innenminister:

Bei Letzterem, würde ich sagen, könnte das gelegentlich der Fall sein. Aber Sie wissen ja, es arbeitet eine Vielzahl von Menschen an diesen Lageberichten. Das Auswärtige Amt erstellt diese in gewissen Abständen für jedes Land. Dies ist Grundlage von den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte. Bisher waren diese Analysen außerordentlich sorgfältig, zuverlässig und ich habe nicht gehört, dass jemand daran Kritik geübt hätte.

(Zwischenruf Abg. Berninger, Die Linkspartei.PDS: Dann hören Sie nicht genau hin!)

Ja, Sie müssen die Welt mal so zur Kenntnis nehmen, wie sie ist, und nicht, wie Sie sich das ideologisch so vorstellen.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite ist, dass es - und dazu habe ich ja vorhin etwas gesagt, Herr Hahnemann - im Jahre 2005 nach dem Tod des Staatspräsidenten dort zu Unruhen gekommen ist. Aber wir haben nicht mehr 2005,

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

wir haben jetzt Juli 2006 und da sieht die Situation nach allen Analysen anders aus.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Kann ich davon ausgehen, dass das Berichtersuchen erfüllt ist, oder erhebt sich Widerspruch? Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit kommen wir zur Abstimmung über ... Bitte.

Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, namens der Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Wir kommen zur Abstimmung über die Nummern 2 und 3. Namentliche Abstimmung ist beantragt und ich bitte, diese vorzunehmen. Ich eröffne die Wahlhandlung.

Hatte jeder Gelegenheit, seine Stimme abzugeben? Das ist offensichtlich der Fall. Dann beende ich die Wahlhandlung.

Ich gebe Ihnen das Wahlergebnis bekannt. Es wurden 82 Stimmen abgegeben: 37 Jastimmen, 45 Neinstimmen (namentliche Abstimmung siehe Anlage). Damit sind die Punkte 2 und 3 des Antrags abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13** in seinen Teilen

a) Demographiebericht Thüringen

Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 4/2080 -

**b) Demographiebericht Thüringen
Beratung des Berichts der Landesregierung - Drucksache 4/2072 -
auf Verlangen der Fraktion der SPD**

dazu: Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags

- Drucksache 4/2090 -

Wünscht die Fraktion der CDU das Wort zur Begründung ihres Antrags? Das ist nicht der Fall. Wünscht die SPD das Wort zur Begründung ihres Antrags? Das ist auch nicht der Fall. Die Landesregierung hat angekündigt, von der Möglichkeit eines Sofortberichts keinen Gebrauch zu machen. Damit eröffne ich die Aussprache zu dem Antrag der Fraktion der CDU und zur Beratung des Demographieberichts, die auf Verlangen der Fraktion der SPD erfolgt. Ich erteile Minister Trautvetter das Wort.

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, kaum ein Tag vergeht, an dem die Auswirkungen der demographischen Entwicklung nicht Hintergrund oder selbst Gegenstand der öffentlichen Diskussion zur Zukunftsgestaltung in unserem Land sind. Die ökonomischen Herausforderungen im Rahmen des sich verschärfenden globalen Wettbewerbs um Standortvorteile sind nur zu bewältigen, wenn man auch die demographische Entwicklung im Blick hat. Dies gilt auch für die Gesamtperspektiven Deutschlands in der sich erweiternden Europäischen Union oder auch bei den gegenwärtig geführten Diskussionen zur Umgestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme. Der sich in aller Deutlichkeit vollziehende demographische Wandel, das heißt sowohl der insgesamt quantitative Rückgang als auch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur, ist, vereinfacht dargestellt, zunächst das Ergebnis des anhaltenden Geburtendefizits, der stetig steigenden Lebenserwartung und der Wanderungsprozesse. Die Folgen für die Gesellschaft sind allerdings vielgestaltig und von komplexer Natur. Sie tre-

ten räumlich und zeitlich differenziert in unterschiedlichem Maße in Erscheinung und bedürfen somit auch unterschiedlicher Handlungskonzepte auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Die Thüringer Landesregierung stellte und stellt sich diesen Herausforderungen. Der vorliegende Demographiebericht wurde gemeinsam mit allen Ressorts in den vergangenen Monaten unter Federführung des Ministeriums für Bau und Verkehr erarbeitet und am 28. Juni dem Landtag übergeben. Dem Bericht liegt eine regional und zeitlich differenzierte Analyse der Bevölkerungsentwicklung von 1989 bis 2004 zugrunde. Parallel dazu wurden die Daten des Thüringer Landesamts für Statistik zur zehnten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für die Entwicklung bis 2020/2050 altersgruppenspezifisch aufbereitet und den Ressorts als Arbeitsgrundlage bereitgestellt. Bis zum Jahresende 2004 zeichnen sich nur geringe Differenzen zwischen der Prognose der zehnten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung und der Ist-Entwicklung der Gesamtbevölkerung ab. Allerdings gibt es Abweichungen zwischen der angenommenen und eingetretenen Entwicklung einzelner Altersgruppen. Das Thüringer Landesamt für Statistik hat am 12. Juli dieses Jahres in einer Pressemitteilung dargestellt, dass sich der Wanderungsverlust 2005 stärker als angenommen fortgesetzt hat. Thüringen hat 2005 im Wanderungssaldo fast 12.000 Einwohner verloren.

Die gegenwärtig noch gültige Planungsgrundlage der zehnten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Thüringen bedarf deshalb einer zeitnahen Fortschreibung. Nach Informationen des Thüringer Landesamts für Statistik laufen bereits die Vorbereitungen für die Durchführung der elften koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die im kommenden Jahr vorliegen soll.

Der Bericht zeigt neben einer Bestandsaufnahme der Entwicklung seit 1990 die wesentlichen Handlungsfelder und Handlungsansätze auf, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten im Mittelpunkt des Handelns stehen müssen. Die Folgen der Bevölkerungsentwicklung betreffen vor allem die Bereiche Wirtschaft und Arbeit, Infrastruktur, Kultur und Soziales sowie Bildung und die öffentlichen Haushalte. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und eine nachhaltige Familienpolitik sind die Grundvoraussetzungen für die Gestaltung aller gesellschaftlichen Teilbereiche bei der Bewältigung des demographischen Wandels. Strategien zur Anpassung sind insbesondere auf den Gebieten der sozialen Sicherungssysteme, der Schulen und Hochschulen, der Siedlungs- und Infrastruktur sowie der öffentlichen und privaten Investitionen notwendig. Alle Maßnahmen müssen einem Demographiecheck unterworfen werden, das heißt, auf jeder politischen Ebene sind alle Entschei-

dungen darauf zu prüfen, ob sie die Folgen aus der demographischen Entwicklung hinreichend berücksichtigen.

Wir müssen Antworten auf die Fragen finden: Wie können wir zukünftig unsere Infrastruktur organisieren und finanzieren? Wie wird sich der Leerstand in den Städten entwickeln? Was bedeutet das für den Stadtumbau?

Meine Damen und Herren, ausdrücklich möchte ich betonen, dass mit dem Bericht keine Patentrezepte, Maßnahmepläne, Hinweise auf neue Verordnungen der Landesregierung oder gar beabsichtigte Gesetzesvorlagen zur eiligen Einflussnahme auf diese oder jene Entwicklung verbunden sind. Der Demographiebericht gibt Denkanstöße und ist eine breite Diskussionsgrundlage für alle, die politische, wirtschaftliche und soziale Verantwortung in Thüringen tragen bzw. tragen wollen. Er zielt darauf ab, die demographischen Fakten zukünftig im Prozess der Entscheidungsvorbereitung und -findung zu berücksichtigen.

Zusammenfassend möchte ich Ihnen die wesentlichen Aussagen des Berichts vorstellen. Die demographischen Veränderungen in Thüringen vollziehen sich im Kontext der gesamtdeutschen Entwicklung und hervorzuheben ist dabei, dass die Abwanderung bei der männlichen Bevölkerung durch Zuwanderung gemildert bzw. sogar von 1992 bis 1996 mehr als ausgeglichen wurde. Dies gilt allerdings nicht für den weiblichen Bevölkerungsanteil.

Der demographische Wandel in Thüringen vollzog sich seit 1989 regional und altersstrukturell sehr differenziert. Anfang der 90er-Jahre verloren alle großen Städte durch Suburbanisierungsprozesse Bevölkerung an das Umland. Heute ist ein eher umgekehrter Trend zu erkennen. Prognostisch wird sich in Thüringen - wie in ganz Deutschland - der Bevölkerungsrückgang fortsetzen. Auch wenn familienpolitische Maßnahmen zu höheren Geburtenraten führen würden, würde sich dies erst längerfristig in einer Verlangsamung des Bevölkerungsrückgangs niederschlagen. Kurzfristige Veränderungen der gegenwärtigen Trends in der Bevölkerungsentwicklung könnten nur durch Beeinflussung der Abwanderung aus Thüringen bzw. durch eine massive Zuwanderung junger und gut qualifizierter Menschen aus dem In- und Ausland erreicht werden. Voraussetzung dafür wäre eine wesentliche Veränderung der dafür erforderlichen Rahmenbedingungen, Arbeitsplätze, Integration der Ausländer, internationale Verkehrsverbindungen, um einige Schlagworte zu nennen. Eine massive Zuwanderung aus dem Ausland ist jedoch nicht realistisch.

In der Altersgruppe der Vorschulkinder wird sich bis 2015 der Stabilisierungsprozess fortsetzen, danach ist wieder eine Abwärtskurve prognostiziert. Der gerade

einsetzende Stabilisierungsprozess der Altersgruppe der 7- bis 15-Jährigen wird noch über das Jahr 2020 hinaus anhalten. In der für die Berufsausbildung wichtigen Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen haben wir im Jahr 2016 einen Gesamtrückgang von über 55 Prozent gegenüber 2004 zu verzeichnen - gewissermaßen das Erreichen der Talsohle. Die Altersgruppe der 26- bis 65-Jährigen wird kontinuierlich und nur unterbrochen von einer kurzen Stagnationsphase bis 2020 um rund 13 Prozent abnehmen. Umgekehrt wird die Altersgruppe der über 65-Jährigen im gleichen Zeitraum um 24 Prozent anwachsen.

Aber hier erst einmal genug der Zahlen. Was geht noch aus dem Bericht hervor? Die Einnahmesituation des Landes aus direkten und indirekten Steuern wird sich stark verändern, auch auf die Mittelzuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen hat der Bevölkerungsrückgang negative Auswirkungen. Sinkende Einwohnerzahlen für Thüringen bedeuten auch eine Veränderung der Pro-Kopf-Kosten und der Leistungserbringung des Landes. Einerseits können durch wirtschaftlichen Aufschwung wieder Mehreinnahmen erzielt werden, andererseits ist ein auf die demographischen Prozesse hin angepasster Leistungsumbau des Staates bis zur kommunalen Ebene erforderlich. Beide Handlungsfelder sollen den zu erwartenden Steigerungen bei Pro-Kopf-Kosten entgegenwirken.

Bei Vollzug der Verwaltungsreform werden die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs und die Veränderungen in der Altersstruktur berücksichtigt. Schwerpunkt hierbei ist das Behördenstrukturkonzept vom 1. März 2005 mit dem Ziel der Verschlinkung der Verwaltung, Ausrichtung auf moderne Informationstechniken, Schaffung von mehr Bürgernähe und stärkere Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte.

Ergebnisse von Umfragen in den letzten Jahren zeigen, dass der Kinderwunsch in Deutschland die realisierte Kinderzahl übersteigt, so dass der Familienpolitik ein exponierter Stellenwert einzuräumen ist. Deshalb hat Thüringen mit der Familienoffensive im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern die bisherigen Familienleistungen gesetzlich festgeschrieben. So wurde die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen dauerhaft gesichert und Thüringen hat als eines von nur zwei Ländern einen umfassenden Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Einrichtung bereits ab einem Kindesalter von zwei Jahren eingeräumt und das Thüringer Erziehungsgeld eingeführt.

Meine Damen und Herren, der Demographiebericht setzt sich mit der Situationsbeschreibung, Anpassungsstrategien und Möglichkeiten zur aktiven Beeinflussung der Familienpolitik auseinander. Dabei wird deutlich, dass die Landesregierung besondere

Anstrengungen unternimmt, um Thüringen als ein kinder- und familienfreundliches Land auf der Grundlage des im vergangenen Jahr verabschiedeten Familienfördergesetzes zu gestalten. Bei allen Entscheidungen sollen die Belange von Familie und die bessere Vereinbarung von Beruf und Familie noch stärker als bisher berücksichtigt werden.

Ein enger Zusammenhang und eine zunehmende wechselseitige Beeinflussung zwischen demographischen Veränderungen einerseits, der Thüringer Wirtschaft und der Arbeitsmarktentwicklung andererseits werden nachgewiesen. Eine moderne Wirtschaftsstruktur mit einem hohen Wachstumspotenzial braucht gut ausgebildete Fachkräfte. Es muss unser Ziel sein, diese in Thüringen zu halten bzw. nach Thüringen zu holen, denn dies stärkt damit zugleich den Freistaat als langfristig interessanten Investitionsstandort.

Bevölkerungsrückgang, aber gerade auch die gravierenden Veränderungen der Bevölkerungsstrukturen beeinflussen die Anforderungen an unsere bauliche Umwelt in starkem Maße. Städtebau und Wohnungsbau sehen sich nicht nur durch quantitative, sondern vor allem auch durch qualitative Anpassungsmaßnahmen herausgefordert. Thüringen hat dies schon frühzeitig erkannt und mit Stadtentwicklungskonzepten als Grundlage für Städtebaufördermaßnahmen reagiert. Das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ sowie die „Thüringer Innenstadtinitiative“ haben auch weiterhin die bedarfsgerechte Umgestaltung unserer Städte im Blick.

(Beifall bei der CDU)

Mit Konzepten einer nachhaltigen Siedlungsstruktur soll auch im ländlichen Raum auf die notwendigen Veränderungen reagiert werden. Im Bereich der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung wird die Anzahl der Nutzer stark abnehmen. Das wird erhebliche ökonomische, aber auch funktionale Probleme hinsichtlich des Betriebs der Netze und Anlagen nach sich ziehen. Die kommunalen Aufgabenträger für die Ver- und Entsorgung sind deshalb gefordert, solche Konzepte und Projekte zu entwickeln, welche unter Einhaltung der qualitativen Normen die Bevölkerungsentwicklung strategisch berücksichtigen. Ähnliches gilt auch für die Energieversorgungsinfrastruktur.

Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung wird auch dazu führen, dass die Kosten für den Ausbau und die Erhaltung des Schienen- und Straßennetzes pro Einwohner weiter ansteigen und die Mittelbereitstellung aus den öffentlichen Haushalten immer schwieriger wird. Deswegen wird es erforderlich sein, die Netze so zu optimieren, dass sie langfristig erhalten werden können.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, Die Linkspartei.PDS: Diese Einsicht kommt zu spät!)

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Vielleicht ist es noch nicht zu spät!)

Wissen Sie, Herr Kaiser, gestern hat hier die Opposition nur gefordert, es muss alles erhalten bleiben, darf nichts abgebaut werden, keine Leistung.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, Die Linkspartei.PDS: Das stimmt doch gar nicht! Schauen Sie sich unser Steuerkonzept an.)

Behalten Sie mal Ihre Worte von gestern im Kopf und machen Sie nicht nur populistische Aussagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der starke Schülerrückgang führte und führt zu einer Restrukturierung des Bildungswesens und neben den wirtschaftlichen Gesichtspunkten steht auch der Aspekt der wohnortnahen Bildungseinrichtung im Blickpunkt. Die Erhaltung eines wirtschaftlich tragfähigen, ausgewogenen Schulnetzes ist eine der vorrangigen Aufgaben der Landespolitik. Thüringen ist der Größe und Einwohnerzahl des Landes angemessen mit Hoch- und Fachschulen ausgestattet. Es ist unverkennbar, dass bei weiter anhaltendem wirtschaftlichem Aufschwung zukünftig ein verstärkter Fachkräftebedarf entstehen wird. Da jedoch gleichzeitig bis 2020 die Zahl der potenziell Studierenden um rund 18 Prozent zurückgehen wird, sind auch in diesem Bereich Anpassungsmaßnahmen erforderlich, die den qualitativen Anspruch unserer Hochschulen berücksichtigen müssen.

Das in der Öffentlichkeit wohl bekannteste Phänomen des demographischen Wandels ist das Älterwerden unserer Gesellschaft. Die stetig wachsende Lebenserwartung ist eine erfreuliche Tatsache, andererseits hat dies beträchtliche Auswirkungen auf unsere Gesundheits- und Sozialsysteme. Ich verweise hier auf die aktuelle Entscheidung der Bundesregierung. Rückgang und Veränderung der Altersstruktur müssen auch zukünftig noch mehr bei der Krankenhausplanung berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, unser gesellschaftliches Leben wird maßgeblich von Kunst und Kultur mitgetragen; somit sind auch hier umfassende Anpassungsstrategien an die demographischen Veränderungen notwendig. Die Förderung von Kooperation und Synergien im Kulturbereich können hier genannt werden und gerade im ländlichen Raum spielt das

Vereinsleben auf allen Gebieten eine substanzielle Rolle. Ein gut funktionierendes Vereinsnetzwerk ist ein nicht zu unterschätzender Bindungsfaktor für die Mitglieder an ihre Kommune und Region.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird sich auch zukünftig mit der demographischen Entwicklung befassen und die Handlungsansätze dementsprechend anpassen; erkennbare Schwerpunktprobleme sollten ggf. auch durch externen Sachverständigen untersucht werden. Und die Landesregierung sucht die intensive fachliche Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene. So werde ich beim Gemeinde- und Städtebund den neu gewählten Bürgermeister über die Folgen der demographischen Entwicklung ausführlich informieren. Darüber hinaus wird es Vor-Ort-Gespräche geben, um das Bewusstsein für die Aufgaben zu stärken.

Diese Veränderungsprozesse sind nicht aufzuhalten, sie sind allenfalls graduell beeinflussbar und politisches Handeln kann zu einer Abschwächung der prognostizierten Trends und zur Vermeidung noch ungünstigerer Entwicklung beitragen. Hier steht aber die gesamte Gesellschaft in Verantwortung.

Abschließend möchte ich noch einmal klarstellen: Der Demographiebericht gibt Denkanstöße, er ist eine breite Diskussionsgrundlage für alle, die politische, wirtschaftliche und soziale Verantwortung in Thüringen tragen bzw. tragen wollen. Gefragt sind jedoch Lösungen und keine Parolen. Sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung können vieles regeln und anstoßen, aber das Verständnis für die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die vor Ort zu treffenden Entscheidungen, das kann nicht verordnet werden. Erst wenn jeder Bürgermeister, jeder Gemeinde- und Stadtrat, jeder Landrat und jeder Kreistag den demographischen Wandel bei seinen Entscheidungen berücksichtigt, können die aufgezeigten Aufgaben erfolgreich bewältigt werden. Gefordert sind aber auch alle anderen, die Verantwortung tragen. Es gibt positive Beispiele, wo dies bereits geschieht. Es muss jedoch flächendeckend in Thüringen umgesetzt werden und Sie alle sind eingeladen, an der Erledigung dieser Aufgaben mitzuwirken, die der demographische Wandel in Thüringen aufwirft.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Enders, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordnete Enders, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Demographiebericht zeigt vorhandene demographische

Fakten und Entwicklungen auf. Herr Minister Trautvetter hat gerade einige davon vorgestellt. Er macht aber auch erstmalig in dieser Form, und ich betone, in dieser kompakten Form, den Handlungszwang für das Land deutlich und vor allen Dingen auch die Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft. In dieser Kompaktheit, in dieser Gesamtheit der Faktenlage kommt erstmals die Brisanz des Themas zum Ausdruck. Dies ist zugleich eine Herausforderung an alle Akteure der Gesellschaft. Der Bericht lehrt uns auch eines: Er lehrt, dass das Thema der demographischen Entwicklung ernst genommen werden muss. Doch es ist kurzfristig und fatal zugleich, wenn auf die demographische Entwicklung allein mit Kürzungen, mit Standardabsenkungen bei sozialen und bei kulturellen Leistungen reagiert wird. Ein solches Handeln, und darüber müssen wir uns im Klaren sein, würde die Probleme nicht lösen, sondern würde die Probleme weiter verschärfen.

Meine Damen und Herren, die allgemeinen Tatsachen - seien wir doch ehrlich - wie Geburtenrückgang und die Abwanderung sind uns doch schon seit Jahren bekannt. Bisher allerdings wurden sie nur sporadisch in die Einzelentscheidungen einbezogen, z.B. immer dann, wenn das Geld knapp wurde oder wenn es gerade einmal in unsere Konzepte passte. Damit wurde vielmals ignoriert, dass wir uns schon lange mitten im Prozess des demographischen Wandels befinden. Durch den vorliegenden Bericht wird jetzt eines ganz deutlich: Der Staat ist in seiner gestalterischen Funktion mehr als gefragt. Ich hoffe, und Herr Minister Trautvetter hat ja - so habe ich ihn zumindest hier verstanden - auch aufgerufen, dass spätestens mit diesem Bericht eine konstruktive, eine allumfassende, eine parteiübergreifende, eine gesamtgesellschaftliche Debatte zur Zukunftsentwicklung eingeleitet wird. Wir alle stehen nun vor der Herausforderung, in einen Dialog darüber zu treten, wie wir die Folgen des demographischen Wandels aktiv und zukunftsorientiert gestalten können. Wobei, und das dürfen wir auch nicht vergessen und das möchte ich auch hier erwähnen, die demographische Entwicklung auch Chancen bietet.

Meine Damen und Herren, mit der Entwicklung, die nun einmal als Fakt nicht zu widerlegen ist, stellt sich für uns die Frage, welche Antworten wir zu finden bereit sind. Vielfach wird die demographische Entwicklung als Vorwand benutzt, um den Sozialstaat in Frage zu stellen. Vielfach ist die Auffassung anzutreffen, dass sich der Staat auf seine Kernbereiche beschränken soll, und im Extremfall bedeutet dieses Staatsverständnis nichts anderes als eine ausschließliche Beschränkung des Staates auf Ordnung und Sicherheit. Nun will ich mich hier und heute nicht mit einzelnen Staatstheorien beschäftigen - doch für uns ist eines klar: Der Sozialstaat und seine Handlungsfähigkeit dürfen nicht preisgegeben werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir, Die Linke.PDS, haben folgendes Staatsverständnis: Wir bekennen uns dazu, dass der Staat steuernd, lenkend und gestaltend in gesellschaftliche Prozesse eingreifen muss. Für uns bedeutet das vor allem, dass auch und gerade unter dem Aspekt der demographischen Entwicklung die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes gewährleistet sein muss. Wir brauchen diese Handlungsfähigkeit, um Chancengerechtigkeit für die Menschen zu sichern und Zukunftsaufgaben zu finanzieren. Zu diesen Zukunftsaufgaben in Thüringen gehören für uns: die Bildung als Investition in die Zukunft zu begreifen, die Sicherung einer leistungsfähigen Hochschullandschaft und eine starke Forschung, die Sicherung einer starken Theater- und Orchesterlandschaft und vor allen Dingen auch leistungsfähige Kommunen.

Dafür benötigen wir Geld, das ist richtig. Das heißt, wir brauchen mehr Einnahmen in den öffentlichen Haushalten in Deutschland insgesamt. Dies ist unserer Auffassung nach nur durch eine gerechtere Steuerpolitik möglich. Unter dieser grundsätzlichen Annahme sehen wir die Notwendigkeit und die Chance, unsere unterschiedlichen Auffassungen zur Beherrschung der demographischen Probleme zu diskutieren.

Wir betrachten deshalb den Bericht als Einstieg in die Diskussion, die hoffentlich nicht nur heute hier im Plenum geführt wird, denn im Grunde muss in allen Ausschüssen des Landtags dieser Bericht ständig im Hinterkopf behalten werden und alle Aktivitäten müssen vor dem Hintergrund dieses Berichts thematisiert werden. Die Fragen der demographischen Entwicklung sind schließlich Kernfragen und Querschnittsaufgaben zugleich. Bei allen politischen Entscheidungen muss es künftig darauf ankommen, diese Entscheidungen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung zu betrachten.

Meine Damen und Herren, der Bericht bekennt in seiner Klarheit drei Entwicklungen:

1. Die Geburtenrate ist derart niedrig, dass sich die Gesellschaft nicht mehr reproduziert.
2. Die Lebenserwartung der Menschen steigt; kurz gesagt, wir werden weniger und älter.
3. kommt in Thüringen die hohe Quote der Abwanderung in andere Bundesländer oder andere Staaten der Welt hinzu.

Die demographischen Probleme werden nun aber zusätzlich verstärkt, zum einen durch ein anderes, durch ein gesellschaftlich verändertes Familienverständnis. Der Bericht sagt dazu - ich zitiere: „Die tra-

ditionellen sozialen Institutionen, wie Ehe und Familie, verlieren in den westlich geprägten Industriestaaten an Bedeutung hinsichtlich ihrer Funktion zur sozialen Absicherung. Individualität hat einen hohen Stellenwert.“ Zum anderen kommt gerade hier im Osten eine hohe Verunsicherung durch die hohe Arbeitslosigkeit, durch fehlende Lehrstellen und niedriges Lohnniveau hinzu. Das hat dazu geführt, dass neben der allgemeinen Tendenz einer geringer werdenden Geburtenhäufigkeit sich ganz bewusst weniger für ein Kind entschieden wird. Der Bericht erkennt klar, dass Kinder in der Gesellschaft viel zu sehr als Kosten- und Unsicherheitsfaktor verstanden werden. Doch gerade hier hat Politik Möglichkeiten, auf diese Entwicklung steuernd Einfluss zu nehmen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Frage ist doch, meine Damen und Herren, weshalb beispielsweise in Frankreich die Geburtenrate deutlich höher ausfällt als in Deutschland. Eine Antwort, sicherlich nicht die einzige, ist, dass die staatlichen Rahmenbedingungen für Frauen und Familien in Frankreich qualitativ und quantitativ höherwertig ausgeprägt sind. Warum also sollten wir nicht das, was dort geschafft wird, auch hier in Deutschland ermöglichen? In Deutschland wird ein Kind oft als ein Risiko verstanden, nach dem Einstieg in das Berufsleben nicht mehr an die Karrierepfade anschließen zu können. Und es wird nicht zuletzt auch von Arbeitgeberseite so gesehen. Hier kann der Staat offenbar anknüpfen, um die Entscheidungsfreudigkeit für Kinder zu verbessern. Es müssen also die potenziellen Voraussetzungen geschaffen werden, dass Berufsleben und Familienleben stärker, als gegenwärtig gegeben, miteinander vereinbar sind. Es muss uns gelingen, sowohl die emotionalen als auch die fiskalischen Ängste bei den Menschen deutlich durch die Schaffung von entsprechenden familienfreundlichen Rahmenbedingungen zu verringern. Werden wir diese Anreize schaffen, werden sich Frauen und Familien auch für ihre Kinder entscheiden. Der Staat muss hier seiner Steuerungsfunktion gerecht werden. In diesem Zusammenhang - und das sage ich hier auch ganz deutlich - hat die Familienoffensive zur großen Verunsicherung von Frauen, Familien und Betreuungseinrichtungen beigetragen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das, meine Damen und Herren, ist ein falscher Schritt, denn es geht eben nicht darum, parlamentarische, sondern es geht darum, vor allen Dingen gesellschaftliche Mehrheiten zu finden.

Lassen Sie mich noch einmal auf meine eingangs gemachte Bemerkung „Demographie bietet auch Chancen“ zurückkommen: Entwicklungen und Chancen sehen wir beispielsweise darin, alternative Schul-

formen zu diskutieren. Finnland hat es vorgemacht. Selbst in dünn besiedelten Regionen ist es möglich, wohnortnahe Schulstandorte mit hoher Qualität zu sichern. Dazu bedarf es aber eines Umdenkens in der Frage der Schulstrukturen. Integrative Schulformen sichern ein wohnortnahes Angebot an Schulen, an denen unterschiedliche Abschlüsse erworben werden. Dem jetzigen und zukünftigen Sterben der Schulen auf dem Lande muss mit alternativen Schulentwicklungen ein Ende gemacht werden. Längeres gemeinsames Lernen ist nicht nur ein Schritt auf dem Weg zu einer besseren Schule, sondern sichert vor allen Dingen auch den Schulstandort vor Ort.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, Thüringen weist neben einer hohen Auspendlerquote von Berufstätigen in andere Bundesländer gleichzeitig auch eine hohe Abwanderungsquote auf. Offenbar sehen viele Menschen keine Lebensperspektiven in Thüringen. Gerade die jungen und gut ausgebildeten Frauen verlassen das Land. Deshalb fehlen uns nicht nur die Frauen, die hier ihre Kinder bekommen können, sondern auch die geborenen Mädchen, die die Mütter der Zukunft sind, werden ihre Kinder nicht in Thüringen zur Welt bringen. Die allgemeine Entwicklung wird also sogar noch potenziert. Was den Effekt der Abwanderung bisher gedämpft hat, ist die Lage Thüringens in der Mitte Deutschlands. Vor allem die an Bayern und Hessen angrenzenden Regionen profitieren davon, dass Thüringer eine Erwerbschance in anderen Bundesländern haben, doch ist davon auszugehen, dass selbst diese Arbeitsplätze mittel- und langfristig in der gegenwärtigen Anzahl nicht mehr vollständig zur Verfügung stehen werden. Dies bedeutet, dass die Wege zwischen Wohnort und Arbeitsplatz künftig noch länger werden. Bereits heute stellt sich für viele Betroffene die Frage, ob der Arbeitsort auch der Wohnort sein sollte. Die Streichung der Pendlerpauschale und die Spritpreise tun ihr Übriges dazu. Damit könnten die heutigen Berufspendler die Abwanderer der Zukunft sein und damit wird die Abwanderungsquote die allgemeinen Folgen der demographischen Entwicklung noch weiter verstärken. Es kann aber nicht den Menschen der Vorwurf gemacht werden, dass sie das Land verlassen, wenn sie hier keine Zukunftschancen sehen.

Was wir in Thüringen brauchen, ist ein Bündnis aller gesellschaftlichen Akteure, damit die Menschen hier eine Perspektive haben. Dazu gehört für mich beispielsweise, dass wir einen Ausbildungspakt vereinbaren,

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Das ist eine nationale Aufgabe.)

der diesen Namen auch tatsächlich verdient,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

der eben nach einer Ausbildung auch einen Arbeitsplatz hier in Thüringen sichert. Dazu gehört, dass wir uns der Frage stellen, wie Menschen von ihrer Arbeit ihr Leben hier nach ihren Vorstellungen gestalten können. In diesem Zusammenhang stellt sich die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, stellt sich aber auch die Frage, wie vor allem kleinere Unternehmen in die Lage versetzt werden können, diese Löhne zu zahlen. Für uns, Die Linkspartei.PDS, stellt sich auch die Frage nach einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Ebenfalls gehört dazu, dass wir die kommunale Finanzausstattung so hinbekommen, dass die Kommunen als wichtigste Auftraggeber für das regionale Handwerk wieder investieren können und somit sowohl die Unternehmen als auch die Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert werden können.

Meine Damen und Herren, ich unterstelle, dass niemand derjenigen, die das grüne Herz Deutschland verlassen haben oder es verlassen werden, dieses leichten Herzens tun. Die Menschen sind hier sehr wohl mit ihrer Heimat verbunden. Thüringen ist nicht nur ein Teil ihrer Biographien, Thüringen ist auch ein wesentlicher Bestandteil ihrer Identität. Für mich drückt sich Identität auch dadurch aus, wie es gelingt, dass die Menschen in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse vor Ort eingebunden werden können. Zur Ausbildung der lokalen Verbundenheit gehört deshalb auch, dass Menschen vor Ort an der Entwicklung stetig und ständig mitwirken können. Dazu gehört unmittelbar die demokratische Teilhabe. Menschen wollen sich mit ihrer Kreativität, wollen sich mit ihrem Verantwortungsbewusstsein in die Zukunftsentwicklung einbringen. Wir müssen dazu die erforderlichen Rahmenbedingungen setzen, dass es den Menschen ermöglicht wird, sich über Bürgerhaushalte, über Bürgerstiftungen auch mit einbringen zu können. Für uns heißt das Gebot der Stunde: „Mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie!“.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, der Bericht der Landesregierung enthält eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen, die auch aus Sicht der Landesregierung einen Beitrag zur weiteren Diskussion darstellen. Die einzelnen Empfehlungen hat sich sicher jeder von uns angeschaut, aufmerksam gelesen und kann auch diese bewerten. Ich möchte aber an dieser Stelle auf einen Aspekt eingehen, weil ich zu der Bewertung gekommen bin, dass dieser mitunter das bisherige Handeln der Landesregierung bemerkenswert in Frage stellt.

Im Bericht wird zutreffend dargestellt, dass bereits jetzt ein Fünftel der Gemeinden, die keiner Verwaltungsgemeinschaft oder einer erfüllenden Gemeinde angehören, 12 Prozent der Verwaltungsgemeinschaften und 8 Prozent der erfüllenden Gemeinden nicht den gesetzlichen Mindestanforderungen entsprechen. Dieser Zustand wird sich prognostisch weiter erhöhen. Im Jahre 2020 werden unter den gegenwärtigen Voraussetzungen über 40 Prozent der Gemeinden, die keiner Verwaltungsgemeinschaft oder erfüllenden Gemeinde angehören, und über 35 Prozent der Verwaltungsgemeinschaften und nahezu ein Drittel aller erfüllenden Gemeinden den gesetzlichen Mindestanforderungen, die Einwohnerzahl betreffend, nicht erfüllen können. Dem sei hinzugefügt, dass gegenwärtig fast zwei Drittel der rund 1.000 Gemeinden in Thüringen weniger als 1.000 Einwohner zählen. Auch dieser Anteil wird sich von Jahr zu Jahr erhöhen. Damit stellt sich zunehmend die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Kommunen. Dabei wurden in der Thüringer Kommunalordnung nicht ohne Grund diese Schwellenwerte aufgenommen, sondern weil davon auszugehen ist, dass unterhalb der Grenze eine Leistungsfähigkeit in der Regel nicht vorausgesetzt werden kann. Auch im Bereich der Landkreise werden die Empfehlungen der Sachverständigenkommission aus dem Jahre 1994 vielfach nicht eingehalten. Auch bei den Landkreisen wird sich die Anzahl der bevölkerungsmäßig zu kleinen Strukturen von derzeit rund 18 Prozent auf dann knapp ein Drittel weiter erhöhen. Im Bericht schätzt die Landesregierung selbst ein, dass die Kommunen aufgrund der Entwicklung die Grenzen der Leistungsfähigkeit deutlich überschreiten werden. Der Personalbestand auf kommunaler Ebene wurde seit 1990 deutlich reduziert. Unabhängig von den im kommenden Jahr zu beschließenden Neuregelungen im Finanzausgleichsgesetz wird sich die Finanzkrise der kommunalen Haushalte verschärfen. Wir haben das in der letzten Plenarsitzung auch diskutiert. Ein weiterer Personalabbau wird also nur unter Inkaufnahme eines Qualitätsverlusts bei der Erbringung der öffentlichen Leistungen möglich sein und oftmals sind auch hier schon die Schmerzgrenzen bereits erreicht.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir halten deshalb die abwartende Haltung und das Vertrauen auf ausschließlich freiwillige kommunale Lösungen durch die Landesregierung und durch die CDU-Fraktion in der Frage einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform angesichts dieser Entwicklung für bedenklich. Nach meiner bisherigen Erfahrung als Mitglied der Enquetekommission müssen wir nun endlich die inhaltlichen Diskussionen führen, wie wir uns zukünftige Strukturen in Thüringen vorstellen. Lassen Sie uns doch einfach einmal frei von jeglichen gedanklichen Schranken auch darüber unterhalten, wie wir die gemeinsamen Potenziale der Länder

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stärker nutzen können,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

ja, müssen. Warum sollen wir uns hier selbst beschränken,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Und in Hessen.)

wenn es darum geht, dass wir mehr Kooperationen der einzelnen Länder anstreben, um eine starke Mitte in Deutschland zu schaffen.

Meine Damen und Herren, wir haben es also in der Hand, auf den demographischen Entwicklungsprozess Einfluss zu nehmen. Lassen Sie uns frei über die Grenzen der Parteien hinweg darüber diskutieren, wie wir Thüringen als Modellregion entwickeln können. Sowohl der Bericht der Landesregierung mit den enthaltenen Handlungsempfehlungen, meine dargestellten, und auch die noch folgenden Diskussionen leisten einen Beitrag dazu. Ich sehe dieser noch vor uns liegenden Debatte mit Erwartung entgegen.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS beantragt, den Demographiebericht in allen Fachausschüssen des Thüringer Landtags zu beraten, und gleichzeitig bitte ich den Vorsitzenden unserer Enquetekommission, Herrn Carius, dass auch dieser Demographiebericht Bestandteil der Enquetekommission wird, das heißt also, auch in der Enquetekommission mitberaten wird. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Doht, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die positive Erkenntnis zuerst: Der vorgelegte Bericht wird hoffentlich dazu führen, dass die Tragweite des demographischen Wandels nun auch in das Bewusstsein der Thüringer Landesregierung dringt. Damit erreicht auch der Ministerpräsident und sein zuständiger Minister Trautvetter endlich einen Erkenntnisstand, wie er in den Regierungen der anderen ostdeutschen Bundesländer schon seit vielen Jahren anzutreffen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich mit der Zukunft Thüringens und den Herausforderungen beschäftigen will, der muss sich mit dem demographischen Wandel beschäftigen. Davon

sind wir seit langem überzeugt und haben deshalb im Herbst letzten Jahres auch diesen Demographiebericht eingefordert. Er zeigt in einer für diese Landesregierung ungewohnten Klarheit, vor welchen Herausforderungen Thüringen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten steht. Der Bericht macht deutlich, wie rasch der demographische Wandel vorstatten geht und wie einschneidend die Auswirkungen sind. Die im Analyseteil dargestellten Zahlen, Berechnungen und Szenarien machen die massiven Verwerfungen deutlich, die wir bewältigen müssen. Sie werden - auch das wird unmissverständlich klar - durch keine finanzierbare Politik aufzuhalten, geschweige denn umzukehren sein. Insgesamt erleben wir eine Entwicklung, die bislang ohne Vorbild in der Geschichte ist. Die dramatische Alterung der Bevölkerung und die Abnahme ihrer Zahl werden weitreichende Folgen für alle Bereiche haben, für das Wirtschaftswachstum, die Finanzen des Landes, die Kommunen, den Arbeitsmarkt, die Infrastruktur, für Wissenschaft und Bildung, Kultur, Sport usw. Im Ergebnis wird sich die Wettbewerbssituation Thüringens insbesondere im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern weiter verändern. Die Gesellschaft insgesamt steht vor enormen Herausforderungen, auf die die Politik nun endlich reagieren muss.

Hier komme ich zur unangenehmen Erkenntnis hinsichtlich des Berichts: Er macht ein übergroßes Missverhältnis deutlich. Auf der einen Seite stehen dabei die im Bericht vorgenommenen Analysen des demographischen Wandels, die abgeleiteten Auswirkungen und die Handlungsempfehlungen, auf der anderen Seite steht die real existierende Politik dieser Landesregierung und der sie tragenden Thüringer CDU. In den anderen Ländern Ostdeutschlands ist die Demographie seit Jahren das zentrale politische Thema. Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg haben bisher am umfassendsten reagiert und ihre Politik entsprechend ausgerichtet. Unter der Regierungsbeteiligung der SPD macht sich nun auch Sachsen-Anhalt auf den Weg und zieht die notwendigen Konsequenzen. Die einzige Regierung, die nicht reagiert, ist die Thüringer.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Was wollen Sie denn damit sagen?)

In der Einbringungsrede zu unserem Antrag zum Demographiebericht zeichneten wir das Bild einer tickenden Zeitbombe, deren Sprengkraft die bisherigen Bemühungen um wirtschaftliche Entwicklung, Wohlstand sowie soziale und Generationengerechtigkeit wieder zunichte machen kann. Die Regierung Althaus jedoch weigert sich, dieses unüberhörbar gewordene Ticken wahrzunehmen. Ganz offensichtlich fehlt es an Mut und der Gestaltungskraft, das Thema mit all seinen Konsequenzen auf die Tagesordnung zu rufen. Das belegt auch wieder der Umgang mit

dem Demographiebericht selbst. Obwohl der Landtag schon in seinem ursprünglichen Antrag zur Vorlage aufforderte, bedurfte es erst wieder erneuter Initiativen, um heute hier diese Debatte im Haus zu erreichen. Das zeigt mir auch, wie wenig verantwortlich mit diesem Thema umgegangen wird.

(Beifall bei der SPD)

Aus welchem Grund auch immer, die Landesregierung stellt ihre Politik nicht auf die Herausforderungen der demographischen Entwicklung ein. Dass dieses Versagen nur mit einem Erkenntnisdefizit entschuldigt werden kann, ist sicherlich nicht möglich. Landesregierung und CDU-Fraktion müssen ihre Realitätsverweigerung endlich aufgeben.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Frau Doht, das glauben Sie doch selber nicht!)

Doch, natürlich. Ihr politischer Stillstand muss ein Ende haben, da brauchen wir uns auch nur die Arbeit in der Enquetekommission anzuschauen.

(Beifall bei der SPD)

Die Umstände zwingen uns, jetzt Entscheidungen zu treffen und nicht erst nach 2009. Es kann doch nicht sein, dass die Mitglieder in der CDU-Fraktion in der Enquetekommission letztendlich zum Nichtstun verdonnert werden, nur weil der Ministerpräsident deutlich gemacht hat, dass er vor 2009 hier keine Gebietsreform haben will. Thüringen ist zu einer umfassenden Umgestaltung auf staatlicher und kommunaler Ebene gezwungen und die Reform der staatlichen Verwaltung, eine Funktionalreform und daran folgend eine entsprechende Gebietsreform stehen in untrennbarem Zusammenhang. Die Umgestaltung ist zum einen notwendig, weil die Thüringer Strukturen zu kleinteilig, zu teuer sind. Die hohen Bevölkerungsverluste führen zu einem weiteren Anstieg der Pro-Kopf-Ausgaben. Gleichzeitig nehmen mit der sinkenden Einwohnerzahl die Tragfähigkeitsprobleme bei der Infrastruktur der Kommunen zu. Die kommunale Leistungsfähigkeit kann deshalb nur mit der bisherigen Kommunalstruktur nicht mehr gesichert werden. Zum anderen ist die Umgestaltung notwendig, weil die Aufgabenverteilung zwischen der Landes- und der kommunalen Ebene verändert werden muss. Möglichst viele Aufgaben müssen auf die Kommunen übertragen werden. Thüringen hat nun mal den geringsten Kommunalisierungsgrad aller neuen Bundesländer; daran gibt es nichts zu deuteln. Weil aber nur größere und leistungsfähigere Kreise und Gemeinden in der Lage sind, mehr Aufgaben ökonomisch zu übernehmen und auch kostensenkende Effekte zu realisieren, brauchen wir nun mal größere Kommunen. Die bestehende Struktur kann sich Thüringen nur mit den immer neuen Schulden

und Dank der Osttransfers leisten. Insbesondere diese Osttransfers sorgen in den kommenden zwei, drei Jahren für eine ausgesprochen komfortable Einnahmeposition im Ländervergleich. So erreicht Thüringen auf Landesebene gegenwärtig ca. 140 Prozent der Pro-Kopf-Einnahmen der finanzschwachen westlichen Länder. Aber ab 2009 wird sich diese Position erheblich verschlechtern. Davor dürfen wir doch nicht die Augen verschließen. Die Zeiten, in denen Thüringen eine höhere Finanzmasse je Einwohner zur Verfügung hatte, werden dann zu Ende sein. Das zwingt nun einmal zu deutlichen Einsparungen.

(Beifall bei der SPD)

Damit sind wir beim nächsten wichtigen Handlungsfeld, bei der Finanzpolitik. Ihr kommt bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen eine zentrale Rolle zu. Um auch künftig handlungsfähig zu sein, müssen wir die Ausgaben den sinkenden Einnahmen anpassen. Der Verlust der Osttransferleistungen sowie die demographisch bedingten Einnahmeverluste werden die Finanzkraft Thüringens insbesondere im Vergleich zu den Westländern schwächen. Sie führen zu erheblichen Einnahmeverlusten auf staatlicher und kommunaler Ebene. Zu den demographisch bedingten Einnahmeverlusten kommt es, weil die Finanzverteilung über den Länderfinanzausgleich weitgehend durch die Einwohnerzahl bestimmt wird. Zudem wird proportional zum Verlust an Einwohnern auch das Steueraufkommen auf Landes- und Kommunalebene absinken - erhebliche Mindereinnahmen sind die Folge. Gerade im Bereich der Finanzpolitik wird das Versagen der Regierung Althaus besonders deutlich. Bei der finanzpolitischen Entwicklung hat Thüringen in den letzten Jahren deutlich schlechter abgeschnitten als die anderen ostdeutschen Bundesländer. Statt die Neuverschuldung zurückzufahren und das Land auf demographisch bedingte Mindereinnahmen einzustellen, macht Herr Althaus seine Regierung weiterhin eine Politik auf Kosten der Zukunftsfähigkeit des Landes und seiner Menschen.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist unglaublich!)

Aber auch in anderen Handlungsfeldern der Politik bleibt die Landesregierung weit hinter den Schlussfolgerungen des Demographieberichts zurück. Ich nenne nur die Familienpolitik. Hier wird eine Familienoffensive als große Leistung dieser Landesregierung gerühmt, die letztendlich doch nur weiterhin dazu beiträgt, dass junge, gut ausgebildete Frauen diesen Freistaat verlassen werden. Denn dieses Landeserziehungsgeld ist letztendlich eine Herdprämie, die die Frauen zurück in die Küche und an den Herd bringen will.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das ist doch Quatsch!)

(Beifall bei der SPD)

Wer sich diesem Regime nicht unterwerfen will, der wird Thüringen weiter verlassen und das sind die gut ausgebildeten, das sind die sozial starken Frauen und Familien. Die Folgen für Thüringen sind gravierend. Wir werden zum einen Probleme haben, das Betreuungsangebot künftig aufrechtzuerhalten und den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz noch abzusichern, weil wir zum einen weniger Kinder haben und weil aber auch Leute ihre Kinder dann nicht mehr in die Kindertagesstätten bringen.

(Unruhe bei der CDU)

Zum anderen hat die Abwanderung gerade jener gut ausgebildeten, sozial stärkeren Bevölkerungsschichten auch die massive Folge, dass Thüringen verarmen wird, weil die sozial Schwachen, die schlecht Ausgebildeten hierbleiben.

(Glocke der Präsidentin)

Es bleiben die Älteren hier. Das sind doch Folgen, mit denen man sich beschäftigen muss. Da ist diese Familienoffensive völlig kontraproduktiv.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Schauen wir uns ein anderes Betätigungsfeld an: die Landes- und Regionalplanung. Der Demographiebericht sagt eindeutig, wir müssen die zentralen Orte stärken, wir müssen gefestigte Zentren stärken. Ja, was wird denn aber mit den freiwilligen Gemeindezusammenschlüssen? Da brauchen wir uns nur Beispiele anschauen und da nenne ich wieder das Beispiel aus dem Wartburgkreis, der Zusammenschluss der Gemeinde Höselsberg und der Gemeinde Behringen. Damit stärke ich kein Zentrum. Nein, ich schwäche die Stadt Eisenach. Andere Zusammenschlüsse in diesem Bereich haben wir in der Vergangenheit auch gehabt. Hier fehlt ganz einfach die lenkende und leitende Hand des Landes. Es muss Vorgaben geben, wie auch in einer Freiwilligkeitsphase Gemeindezusammenschlüsse zu erfolgen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen sicherlich auch über die Zahl der Zentren im Landesentwicklungsplan nachdenken. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die Innenentwicklung in den Städten stärken. Wir müssen darüber nachdenken, ob es noch sinnvoll ist, jedes von der LEG erschlossene Wohnbaugebiet auf der grünen Wiese noch einer Bebauung zuzuführen, oder ob man nicht sagt, wir gehen lieber in die Zentren.

(Beifall bei der SPD)

Da bin ich bei einem nächsten Punkt, nämlich beim Wohnungs- und Städtebau. Wir haben in den 90er-Jahren eine drastische Suburbanisierung um die großen Städte gehabt. Wir haben massive Leerstände in den Innenstädten, nicht nur in den Plattenbauten, sondern auch in den Altbauten - und die sind zum Teil auch hausgemacht. Sicherlich, wir hatten das Problem von Restitutionsansprüchen in der Vergangenheit, aber wir hatten auch Steuererleichterung für den Bau auf der grünen Wiese, sei es für Wohnungsbau, sei es für Gewerbebauten, die heute zum Teil wieder leerstehen, die uns Probleme machen. Aus diesem Grund muss der Stadtbau weiter eine hohe Priorität haben. Aber es kann nicht nur darum gehen, die Häuser abzureißen, die Aufwertung des umliegenden Areals voranzutreiben - hier, muss ich sagen, ist ja Thüringen vorbildlich im Gegensatz zu anderen Bundesländern, dass wir gesagt haben, wir wollen nicht nur den Abriss, wir wollen auch die Aufwertung -, sondern wir müssen auch darüber nachdenken, was mit der technischen Infrastruktur wird. Normalerweise sollte das Trinkwasser nach drei Tagen beim Endverbraucher sein. Es gibt Städte in Brandenburg, wo dies bereits 20 Tage dauert. Das sind Sachen, darüber muss man reden, darüber muss man nachdenken. Wir müssen über die soziale Infrastruktur reden, nämlich wie es uns gelingen kann, auch in den Stadtteilen soziale Zentren aufrechtzuerhalten. Und da sage ich wieder, wir werden es künftig gerade in den Städten mit einer ärmer werdenden Bevölkerung zu tun haben. Für die müssen soziale Angebote da sein, für die muss ein bedarfsgerechter ÖPNV da sein.

Ich bin beim nächsten Stichwort - ÖPNV: Wir haben das Thema gestern schon im Zusammenhang mit den Regionalisierungsmitteln diskutiert. Wir werden auch für den ländlichen Raum dem ÖPNV ein großes Augenmerk weiterhin zuwenden müssen, weil soziale Einrichtungen wie Arztpraxen wegfallen werden, weil Einkaufsmöglichkeiten auf dem Lande knapp werden. Das sind Dinge, die die Landespolitik zum Teil auch gar nicht beeinflussen kann. Ein Edeka-Laden oder ein anderer Supermarkt geht nach Bevölkerungszahlen und dem Umsatz und danach werden Entscheidungen getroffen. Gerade deswegen ist es wichtig, dass wir den ÖPNV aufrechterhalten. Einsparungen in diesem Bereich, die wir sicherlich tätigen müssen, das kann nicht nur heißen, dass wir Linien ausdünnen, da müssen wir über andere Konzepte nachdenken: Muss dann noch ein großer Bus fahren? Können wir nicht vielleicht auch kleinere Busse fahren lassen? - all diese Dinge. Ja, da muss aber die Landesregierung doch endlich mal in die Pötte kommen und sich über diese Bereiche Gedanken machen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zum Bereich Kommunen hatte ich schon viel gesagt. Frau Enders hat die Zahlen genannt, dass 40 Prozent der Einheitsgemeinden, 35 Prozent der VGs und 33 Prozent der erfüllenden Gemeinden ihre Einwohnermindestgrenzen nicht mehr einhalten werden. Hier muss etwas geschehen. Hier ist Handlungsbedarf.

Lassen Sie mich noch als einen weiteren Bereich, den Bereich Kultur/Sport/Tourismus, anführen.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Das sind drei Bereiche.)

Spezialisierung und Konzentration von Kultureinrichtungen in zentralen Orten - so ist es wortwörtlich im Demographiebericht genannt, dann frage ich mich, was z.B. dieses Theaterkonzept aus dem Hause Goebel soll. Wir machen in zentralen Orten, in Mittelzentren mit Teilfunktion eines Oberzentrums - ich nenne hier Nordhausen, ich nenne Gotha, ich nenne Eisenach - die Einrichtungen zu, weil wir ihnen das Geld so weit kürzen, und auf der anderen Seite werden in reinen Mittelzentren wie Meiningen die Zuschüsse des Landes nur marginal gekürzt. Meiningen wird keine Probleme haben. Aber da muss man sich mal anschauen, wer sitzt im Stiftungsrat in Meiningen, wo kommt der zuständige Fachminister her? Das hat mit verantwortlicher Landespolitik nichts mehr zu tun.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Schwachsinn!)

Diese Politik ist nur noch geprägt von Lokalpatriotismus und Vetternwirtschaft.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Schauen wir uns den Bereich technische Infrastruktur an, Abfallwirtschaft. Wir werden Probleme haben, unsere Abfallentsorgungsanlagen künftig auszulasten, gerade auch, wenn ich jetzt in den Wartburgkreis schaue, dass auf hessischer Seite Kali + Salz eine große Müllverbrennungsanlage errichtet, die mit Sicherheit kostengünstiger anbieten kann als die, die der ZAST in Zella-Mehlis errichtet. Bezahlen müssen es am Ende die Bürger, weil das Gewerbe frei ist, wo sie ihren Müll hinschaffen.

Die SPD-Fraktion hat jahrelang gefordert, dass hier von Seiten des Landes eingegriffen wird. Das zuständige Ministerium hat es immer verweigert mit dem Hinweis auf die kommunale Selbstverwaltung und lässt sie mal machen. Wir werden uns wieder sprechen, wenn die Gebühren für die Bürger im Bereich des ZAST in die Höhe gehen.

Wassernutzung: Konsequenz zu vermeiden sind Investitionen in Wasserversorgungsanlagen, die nicht zwingend erforderlich sind. Da soll hier schon noch

mal rückwirkend die Frage nach der Sinnfälligkeit von Leibis gestattet werden, wenn ich dann auf der anderen Seite im Demographiebericht lese, dass jede Förderung von Regenwasseranlagen, auch nur die argumentative Förderung unterbleiben soll. Das kann ja nun nicht Ziel und Zweck sein, dass wir nun mit dem Wasser möglichst großzügig umgehen, weil wir es einmal haben und auf andere Ressourcen nicht mehr zurückgreifen können.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Aus welchem Bundesland berichten Sie jetzt?)

Herr Wetzel, ich verstehe Sie so schlecht, vielleicht sollten Sie dann vorkommen und am Ende noch das sagen, was Sie hier sagen wollen.

Ich hatte hiermit nur einige Aufgabenfelder angesprochen, in denen die Thüringer Landesregierung in den vergangenen Jahren komplett versagt hat und in denen ich auch bislang - außer dass es jetzt im Demographiebericht festgehalten ist - kein Umdenken sehen kann.

Einen Demographiecheck für Thüringen haben Sie gefordert, Herr Minister Trautvetter, bei der Vorstellung des Berichts. Ich hoffe nur, dass es nicht nur bei dem Check bleibt, sondern dass die Politik der Landesregierung endlich mal an diesen Realitäten ausgerichtet wird, ansonsten wird es in Thüringen wirklich traurig aussehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Holbe, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Holbe, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Landtagskollegen, zunächst möchte ich mich bei Minister Trautvetter für den unter seiner Federführung vorgestellten Demographiebericht bedanken. Ich denke, das muss erwähnt werden. Ich weiß, er hat eine Reihe von Mitarbeitern, die hier zugearbeitet haben, ausgearbeitet haben, die hinter diesen Papieren stehen. Ich bin auch froh, dass wir hier diesen Zeitraum hatten, um dies so ausführlich zu erarbeiten. Am 28.06.2006 wurde dieser Bericht übergeben und damit auch der Öffentlichkeit vorgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben es richtig gemerkt, neben umfangreichen Bestandsaufnahmen für den Zeitraum 1990 bis 2004 wurden auch Prognosen der Bevölkerungsentwicklung für die Jahre bis 2020 und bis 2050 abgeleitet,

die wichtigsten Handlungsfelder aufgezeigt und natürlich auch die Strategien, die sich daraus entwickeln.

Es sind sehr viele Zahlen genannt worden, die entsprechenden Unterlagen liegen uns vor, so dass ich auf diese Details nicht näher eingehen möchte. Die Aussage unseres Ministers scheint mir an dieser Stelle ganz wesentlich: Die vorgelegten Papiere dienen einer breiten Diskussion. Sie sind Grundlage für eine fundierte Debatte, in deren Ergebnis Denkanstöße zur weiteren Umsetzung in den jeweiligen Ressorts unseres Landes aufgegriffen, angepasst und verarbeitet werden müssen. Sie wissen, dass wir in diesen Veränderungen in einem gesamtdeutschen Kontext stehen und das auch so betrachtet werden muss. Wir können die Thüringer Entwicklung hier nicht losgelöst sehen.

In der Erarbeitung dieser Strategien der Anpassung in diesem demographischen Entwicklungsprozess müssen wir allerdings gemeinsam mit Kommunen und Landkreisen arbeiten, weil Entscheidungen vor Ort in den Regionen getroffen werden. Erinnern Sie sich, zu Beginn der 90er-Jahre, wie stark hier die Arbeit in den Kommunen geprägt war von den Notwendigkeiten, von dem Erwartungsdruck der Menschen nach Veränderungen, so dass auch eine Konzentration örtlich erfolgte. Ich erinnere an den Aufbau der Verwaltung, an Bereiche Ausbau Straßen, Abwasser, Trinkwassersysteme, aber auch Schutz von Landschaft, Natur und verschiedene Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen im Denkmalsbereich, im Wohnungsbestand, an Schulen.

Mit dem Rückgang der Bevölkerung, der Zunahme älterer Mitbürger, den veränderten Lebens- und Arbeitsgewohnheiten und der rückläufigen Finanzausstattung der Kommunen begann man bereits in den letzten Jahren nach Kooperationen und Zweckbündnissen zu suchen. Wenn eines in diesem Bericht des Ministers ganz deutlich wird, dann ist es die Erkenntnis, verstärkt auf gemeinde- und ortsübergreifende Zusammenarbeit zu setzen. Hier liegen Entwicklungschancen und Synergien, die aufgrund einer unterschiedlichen Entwicklung in den Regionen Thüringens auch unterschiedlich gestaltet werden müssen. Ich sage auch ganz ehrlich, da ich selbst Bürgermeisterin einer Gemeinde von 800 Seelen bin, dass es eine ganze Zeit gedauert hat, diesen Prozess anzunehmen und in kommunaler Gemeinschaftsarbeit und Netzwerken umzudenken. Aber es ist zunehmend wichtiger, dass sich Gemeinden nicht als Konkurrenten sehen, sondern Städte und Kommunen in ihrem oft ländlichen Raum als Einheit verstehen und ihre Regionalplanung als ein Instrument betrachten, das sie zusammenführt, um notwendige Entwicklungskonzepte und Infrastrukturprojekte gemeinsam abzustimmen.

Natürlich ist es ebenso wichtig, dass sich das Land in diesen Prozess einbringt, um die Rahmenbedingungen zu setzen, um gegebenenfalls bestimmte Entwicklungen zu forcieren, um notwendige Anpassungen unter Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungschancen zu unterstützen und auf das Prinzip der Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen hinzuwirken. Über diese unterschiedliche Entwicklung in den Regionen hatte ich auch in der letzten Plenarsitzung zum Thema „Demographie“ ausführlich gesprochen und auch an konkreten Beispielen dieses aufgezeigt.

Frau Enders, Sie sagen eines: Der Staat soll sich auf Kernbereiche konzentrieren, er soll steuernd eingreifen. Richtig! Aber nicht ausschließlich, denn das Land ist das eine und die Kommunen sind das andere und es kann nur hier ein sinnvolles Zusammenspiel geben. Ich sage auch eines ganz deutlich in Richtung der SPD-Fraktion und der Linkspartei.PDS-Fraktion, dass das Geheimrezept nicht die Gemeindegebietsreform ist, denn ich bin der Auffassung, dass

(Zwischenruf Abg. Hausold, Die Linkspartei.PDS: Nicht nur.)

die Strukturen, je größer sie werden, umso unübersichtlicher, anonymer, unmotivierter und uneffektiver können sie werden.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb setze ich

(Unruhe bei der SPD)

auf die kommunale Selbstverwaltung, ich setze auf die Kommunen,

(Beifall bei der CDU)

die es im Übrigen in den letzten Jahren verstanden haben, Verwaltungsstrukturen aufzubauen, die sich auch in der Praxis bewährt haben. Sie wissen, unsere Fraktion setzt auf die freiwilligen Zusammenschlüsse, da dies die bessere Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit ist. Ich sehe hier nicht die Qualitätsverluste wie Sie, Frau Enders, sondern ich denke, dass das, was in einer freiwilligen Phase zusammenkommt, auch eine andere Basis bietet, um miteinander etwas aufbauen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Mit Erlaubnis, Frau Präsidentin, möchte ich aus der Zeitschrift „Forum“ der Bertelsmann Stiftung zitieren: „Wenn die Zukunftsfähigkeit der Kommunen gewährleistet bleiben soll, müssen sie jetzt handeln. Dabei gilt es mitzudenken, dass der demographische Wandel bei allen Veränderungen die historisch seltene

Chance eines umfassenden Innovationsprozesses für die Gesellschaft birgt. Die Kommunen sind deshalb aufgefordert, verstärkt die Chancen und Potenziale einer lebenswerten Zukunft zu erkennen und sie ganz bewusst zu nutzen.“ Es gibt einige Beispiele, die hier in der Region Dithmarschen und Schwalm-Eder-West aufgezeigt werden; aber ich glaube, so weit muss ich nicht gehen, denn es gibt auch Beispiele aus Thüringen. Hier möchte ich aus meinem Wahlkreis berichten: Für die Sitzung des Kreistags im Kyffhäuserkreis am 19.07.2006 liegt mir eine Beschlussvorlage vor: „Gründung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrags zur Vorbereitung der Industriegroßfläche Artern-Ringleben“. Besagte Industriegroßfläche wird in den nächsten Jahren hinsichtlich ihrer Entwicklung für den Kyffhäuserkreis, für Nordthüringen, aber auch für den Freistaat von erheblicher Bedeutung sein. Um vor allem auf regionaler Ebene Abstimmungen und Planungen vornehmen zu können und gemeinsam wirtschaftlich die Aufgabe sicherzustellen und zu erfüllen, bilden verschiedene Gebietskörperschaften des Kyffhäuserkreises diese besondere kommunale Arbeitsgemeinschaft. Neben der Stadt Artern, der Gemeinde Ringleben, dem Landkreis werden auch andere Kommunen eingebunden. Es ist Interesse signalisiert u.a. von der Stadt Sondershausen, die auf dem Gebiet der Gewerbeansiedlung gute Erfahrungen in den letzten Jahren gesammelt hat. Ich gehe davon aus bei den ganzen Vorabsprachen und Beratungen zu diesem Thema, dass der Kreistag auch hier dieser Vorlage zustimmen wird. Dieses Vorhaben, meine Damen und Herren, Regionalisierung wichtiger kommunaler Belange im Kyffhäuserkreis, ist ein Exempel, wie es Minister Trautvetter in seiner Rede zum Demographiebericht mit vorgestellt hat.

Ich möchte nicht auf das Thema „Familienpolitik“ eingehen; wir haben andere Auffassungen, unsere Fraktion, als Sie das vorgetragen haben, Frau Doht. Ich denke, wir kennen sie genau, und ich möchte die Zeit hier dafür anderweitig nutzen und noch mal auf den Wohnungs- und Städtebau in Thüringen kommen. Wenn Sie sagen, an dieser Stelle hat sich der Freistaat nicht bewegt, dann ist das eindeutig zu widerlegen. Wir haben sehr frühzeitig die Folgen des demographischen Prozesses, die Veränderung der Gesellschaft aufgegriffen, sie ist sowohl von den Stadtplanern, den Menschen aufgegriffen worden, von den Akteuren vor Ort und man hat sich diesen Aufgaben und Herausforderungen gestellt.

Herr Minister Trautvetter hat in seiner Rede anlässlich des Tages der Thüringer Wohnungswirtschaft im Mai 2005 angesprochen und auch dies nochmals unterstrichen, dass alle Städtebauförderprogramme in Thüringen dem Ziel des Stadtumbaus unterzuordnen sind. Das Land Thüringen hat hierzu städtebauli-

che Programme ins Leben gerufen, um auf die sich ständig ändernde, verringernde Einwohnerzahlen angemessen reagieren zu können, aber auch den Trend aufzugreifen, behindertengerechte, seniorenfreundliche Wohnungen zu schaffen, auf die Single-Haushalte zu reagieren, familienfreundliches Wohnen in der Innenstadt zu berücksichtigen und natürlich auch die infrastrukturellen Veränderungen in den betreffenden Regionen aufzugreifen und zu lösen.

Diese Tatsache äußert sich nicht nur in Rückbauten, wie das hier angesprochen worden ist, sondern wir setzen hier auf die Aufwertung der Wohnquartiere und damit auch auf die Attraktivität, die geschaffen wird in den Raumzuschnitten der Wohnungen, aber auch in den veränderten qualitativ positiven Wohnquartieren in ihrer Neugestaltung. Mit Stand vom 03.04. sind mit dem Programm ca. 18.500 Wohnungen mit dem strukturbedingten Leerstand zurückgebaut worden und am selben Stichtag sogar 22.850, wenn man Jena noch mitrechnet, die der Wohnumfeldverbesserung und dem Wohnungsmarktstabilisierungsprogramm zugerechnet werden können.

Deswegen kann ich, Frau Doht, Ihre Horrorszenarien, die Sie hier aufgezeigt haben, nicht nachvollziehen. Es wird in dem Bereich viel getan, um entsprechend darauf reagieren zu können.

Der Demographiebericht zeigt Strategien auf, die angepasst werden müssen an den Prozess. Besonders in den Kommunen ist daher der demographische Wandel zu analysieren. Es ist folgerichtig zu sagen, dass man jetzt nicht nur im Land damit arbeitet, sondern hier über den Weg Gemeinde- und Städtebund auch die Kommunen erreicht, um ihnen diesen Wandel, die künftigen lokalen Trends, auch in den einzelnen Regionen, aufzuzeigen.

Mit dem Stadtumbau Ost und der Innenstadtinitiative haben wir nicht nur das Rückbauprogramm, sondern wir haben, wie bereits erwähnt, die Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen. Jede Kommune sollte daran interessiert sein, ihre eigene Kommune attraktiver, interessanter zu gestalten. Ich glaube, auch das ist etwas, um den Abwanderungstrend zu stoppen. Die sanften Standortfaktoren, die wir alle kennen, von denen wir sehr oft sprechen, sollten dazu Grundlage sein, um Wirtschaftsansiedlungen zu ermöglichen und hier gegen diesen Trend zu arbeiten. Dafür gibt es auch sehr positive Beispiele im Land.

Wenn Sie diesen Prozess offensiv mit allen Beteiligten angehen und begleiten, werden Sie eine breite Öffentlichkeit einbinden, die um die Probleme und Entwicklungschancen weiß und die in einem aktiven Prozess daran arbeitet. Jetzt frage ich Sie, Frau Enders - Sie fordern mehr Demokratie: Wenn ich diesen Prozess so begleite, dann habe ich die Demokratie,

da muss ich nicht nach mehr Demokratie schreien.

(Beifall bei der CDU)

Genau das ist die Aussage dieses Demographieberichts, sich intensiv mit den aufgezeigten Problemen auseinanderzusetzen. Deshalb gehört dieser Bericht, und ich glaube, an dieser Stelle sind wir uns einig, an alle Ausschüsse. Ich beantrage deshalb im Namen unserer Fraktion die Überweisung an den Ausschuss für Bau und Verkehr als federführenden Ausschuss, an die Ausschüsse für Wirtschaft, Technologie und Arbeit; Bildung; Wissenschaft, Kunst und Medien; Naturschutz und Umwelt; Haushalt- und Finanzen; Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Gleichstellung; Soziales, Familie und Gesundheit; den Innenausschuss und an die Enquetekommission „Zukunftsfähige Verwaltungs-, Gemeindegebiets- und Kreisgebietsstrukturen“.

Hier möchte ich noch erwähnen: Meiner Meinung nach wird hier eine gute Arbeit geleistet. Dazu gehört auch, dass man sich erst einmal mit Datensammlungen befasst, Analysen betreibt und nicht Schnellschüsse loslässt, sondern dieses Material umfassend auswertet und dann sein Konzept vorstellt. Die Kernbereiche sind im Wesentlichen gesetzt mit Wirtschaft und Arbeitsmarkt, ganz wichtig die Bildung - hier sehe ich nicht nur den Hochschulbereich, sondern die Bildung vom Vorschulbereich bis zu den Hochschulen und dann natürlich fortführend auch den Zweig der Wissenschaften und Forschung -, die Familienpolitik und was für mich ganz wichtig ist, neben den öffentlichen Haushalten, deren Leistungsfähigkeit in den Kommunen, da meine ich die Gemeinden, Städte und Kreise zu erhalten, aber gleichsam auch die Entwicklung des ländlichen Raums mit intensiv zu betrachten, da Thüringen ein Land ist, das ländlich geprägt ist.

Lassen Sie mich mit einem Zitat schließen. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin. Professor James Vaupel, ein Rostocker Bevölkerungsforscher, hat Folgendes gesagt: „Die Flut steigt zwar langsam, aber stetig und unaufhaltsam. Die zentrale Gefahr stellt dabei nicht der demographische Wandel an sich dar, sondern vielmehr die demographische Ignoranz.“ Deshalb, denke ich, sollten wir gemeinsam die Herausforderung in der Demographie annehmen und die damit verbundenen Änderungen als Chance begreifen, die es gilt anzupacken und konstruktiv zu gestalten. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bevor ich als nächsten Redner für die SPD-Fraktion den Abgeordneten Matschie aufrufe, möchte ich einmal zur Überweisungsfrage einiges klären. Wir haben

sie jetzt abgestimmt. Es ist also an 11 Ausschüsse die Überweisung beantragt worden. Ich stelle zunächst fest, die Überweisung an die Enquetekommission geht nicht. Das haben wir jetzt auch miteinander abgesprochen, weil eine Überweisung nur an die Fachausschüsse geht. Es wäre noch zu klären und mir mitzuteilen, ob die Fortberatung des Berichts erfolgen soll. Das ginge dann aber nur in einem Ausschuss. Wenn das beantragt werden sollte, dann müsste mir noch mitgeteilt werden, in welchem Ausschuss das sein soll. Dazu müsste wiederum die SPD-Fraktion ihre Zustimmung geben, weil sie als Fraktion die Beratung des Berichts gefordert hat. Aber wir hören erst mal den Herrn Abgeordneten Matschie an. Dann können wir das beim Abstimmungsverfahren noch endgültig klären.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Frau Präsidentin, werde Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion hat den Demographiebericht eingefordert. Jetzt liegt er vor. Es hat ein bisschen gedauert, aber es ist gut, dass wir ihn jetzt haben. Er ist auch umfangreich, er ist informativ und er hat auch den Erkenntnisfortschritt befördert, wie wir in der Rede von Andreas Trautvetter hören konnten. Denn ich erinnere mich noch gut, das ist noch nicht so sehr lange her, als Prof. Sedlacek aus Jena vor einiger Zeit das Thema in die Öffentlichkeit getragen hat. Damals war die einzige Reaktion von Andreas Trautvetter: „Die Thüringer sterben nicht aus.“ Das stimmt zwar, ist aber als Antwort für einen Minister - mit Verlaub gesagt - etwas sehr schlicht.

(Beifall bei der SPD)

Inzwischen ist das Problembewusstsein bei der Landesregierung deutlich gewachsen. Das freut mich. Allerdings sehen wir immer noch kaum Reaktionen der Landesregierung auf das, was in diesem Demographiebericht an Entwicklungen festgehalten worden ist.

Vielleicht muss man die Zahlen noch mal ein bisschen plastischer machen, damit klar wird, was hier passiert: Wir haben allein im letzten Jahr eine Einwohnerzahl verloren, die der Stadt Meiningen oder Sömmerda entspricht; in einem Jahr eine Stadt wie Meiningen oder Sömmerda weg. Und wenn man die Prognose verlängert bis 2020, also die nächsten 15 Jahre in den Blick nimmt, dann verliert Thüringen noch einmal etwa 250.000 Einwohner. Und wenn man das versucht mal etwas plastisch zu machen, dann ist der größte Teil von Südhessen weg, nämlich die Landkreise Sonneberg, Hildburghausen und Schmalkalden-Meiningen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Nein; das stimmt jetzt aber nicht.)

Uwe, es tut mir leid, aber so ist das dann.

(Unruhe bei der SPD)

Jeder zehnte Thüringer fehlt in 15 Jahren. Und was noch verschärfend hinzukommt bei dieser Entwicklung, sie vollzieht sich nicht gleichmäßig überall im Land, sondern es gibt Regionen, die noch deutlich stärker an Einwohnern verlieren. Es gibt allerdings auch Regionen, die weniger an Einwohnern verlieren. Wir haben auch einige Städte, die ihre Einwohnerzahlen gehalten oder auch leicht erhöht haben.

Ich denke, dass wir nicht allzu lange warten können, wenn es um Lösungen der demographischen Entwicklung geht oder um Anpassungsstrategien an diese Entwicklung. Wir haben deshalb durchgesetzt, dass es eine Enquetekommission in diesem Landtag gibt, die darüber diskutiert, welche strukturellen Antworten müssen wir denn geben im Bereich Verwaltung, im Bereich Gebietsreform, in der Frage, wie das Land, wie die Kommunen in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen sollen.

Herr Trautvetter, Sie haben auf den Stadtumbau hingewiesen. Das ist richtig, da ist einiges in Gang gesetzt worden in den letzten Jahren. Das ist aber nicht die einzige Anpassungsstrategie, die wir an dieser Stelle brauchen, sondern wir brauchen Verwaltungsreformen, wir brauchen Gebietsreformen, um Anpassungen an die Entwicklung zu vollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das an einer Zahl deutlich machen: Die so genannte Behördenstrukturreform, die ja nicht sehr weit gekommen ist bisher ...

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin:
Na, na, Sie haben doch ...)

Mit dieser Behördenstrukturreform - Frau Diezel, Sie haben das in Ihrer Pressekonferenz gesagt - wollen Sie bis 2020 gut 300 Mio. € einsparen, kumuliert bis 2020. Jetzt nehme ich mal die Zahlen aus dem Demographiebericht. In dem Bericht sagt uns Herr Trautvetter, wir verlieren jedes Jahr 40 Mio. € an Einnahmen, und zwar jedes Jahr 40 Mio. € mehr. Wenn ich das kumuliere, dann komme ich auf eine Summe von 4,8 Mrd. € bis 2020. Dem gegenüber steht Ihre Einsparung von gut 300 Mio. €.

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin:
Das ist aber eine Milchmädchenrechnung.)

Frau Finanzministerin, da reicht doch Grundschule aus, um zu begreifen, dass das nicht aufgehen kann als Anpassungsstrategie, dass das längst nicht aus-

reicht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb machen wir Druck auch in der Enquetekommission, zu klareren Vorstellungen zu kommen, was eine Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen angeht.

Und weil die Zeit drängt, will ich einen Vorschlag machen, wie wir einen Schritt notwendiger Strukturreformen vorziehen können: Wir fordern als SPD ein Vorschaltgesetz für eine Gemeindegebietsreform, weil wir glauben, dass das als erster Schritt sinnvoll und notwendig ist, um Anpassungsstrategien auf den Weg zu bringen. Wir wollen mit einer solchen Gemeindegebietsreform eine Reihe von Zielen verbinden. Wir wollen zum einen leistungsfähigere und wirtschaftlichere Gemeindegrößen. Manchmal lohnt sich auch ein Blick in andere Bundesländer. Wie haben die das gemacht, wie stehen die finanzpolitisch da? Man kann sich mal das Bundesland im Osten anschauen, welches finanzpolitisch am besten dasteht, nämlich unser Nachbar Sachsen, die haben ganz andere Gemeindestrukturen als Thüringen geschaffen. Vielleicht hat das ja auch etwas miteinander zu tun, dass die heute finanziell besser dastehen, als Thüringen dasteht.

(Unruhe bei der CDU)

In Thüringen sind über 60 Prozent der Gemeinden kleiner als 1.000 Einwohner. In Sachsen sind das gerade mal noch 5 Prozent der Gemeinden, die kleiner als 1.000 Einwohner sind. Die haben größere Gemeindestrukturen geschaffen, wirtschaftlichere Einheiten und das Land steht insgesamt finanzpolitisch deutlich besser da als Thüringen. Auch das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle geht von einer höheren Effizienz der Aufgabenerfüllung bei größeren Strukturen aus. Das ist das erste Ziel, was wir damit verbinden: leistungsfähigere und wirtschaftlichere Gemeindegrößen. Das zweite Ziel ist besserer Service für die Bürger. Wir wollen mit größeren Verwaltungseinheiten nicht längere Wege für die Bürger, sondern wir wollen, dass die Kernaufgaben der Verwaltung effizienter geleistet werden können und dass dann auch die Möglichkeit besteht, Service dezentral vor Ort vielleicht noch besser anzubieten, als das heute möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir verfolgen ein drittes Ziel mit einer solchen Gemeindegebietsreform. Wir wollen Stärkung der zentralen Orte. Die Beispiele sind ja hier schon gekommen. Sabine Dohr hat ein Beispiel im Raum von Eisenach gebracht. Ich will an dieser Stelle auch noch einmal an die absurde Situation erinnern, die wir vorfinden

mit Themar und Verwaltungsgemeinschaft Feldstein, die sich sozusagen rings um den Ort legt, in Themar auch den Verwaltungssitz hat und wo ich frage: Macht denn das strukturell überhaupt einen Sinn? Oder müssen wir nicht vielmehr zu einer Situation kommen, wo wir zentrale Orte in ihren Funktionen stärken und versuchen, um diese zentralen Orte herum auch größere Gemeindeeinheiten zu schaffen. Das ist doch eine sinnvolle Entwicklung, die wir hier in Thüringen brauchen. Gerade auch angesichts der Tatsache, dass bestimmte Funktionen nicht mehr überall vorgehalten werden können, müssen wir zentrale Orte stärken. Deshalb ist dies das dritte Ziel,

(Beifall bei der SPD)

was wir mit einer solchen Gemeindegebietsreform verbinden wollen.

10 Prozent Einwohner weniger in Thüringen im Jahre 2020 - das ist, wenn man das für sich betrachtet, zunächst mal keine Katastrophe. Es gibt auch heute in Europa viele Regionen, die dünner besiedelt sind, als es Thüringen im Jahre 2020 sein wird. Aber wenn wir unsere Strukturen und wenn wir unsere Ausgaben nicht dieser Entwicklung anpassen, dann kann es tatsächlich zu einer Katastrophe kommen - strukturell und finanzpolitisch. Deshalb dürfen wir keine Zeit verlieren und deshalb drängt die SPD darauf, jetzt den ersten Schritt einer solch notwendigen Strukturveränderung auch wirklich zu machen. Wir wollen dabei einen Vorrang für die Einheitsgemeinde,

(Beifall bei der SPD)

weil diese Struktur am effizientesten ist. Die Einheitsgemeinde soll nach unserer Vorstellung in Zukunft eine Mindestgrößenordnung von 8.000 Einwohnern haben. Wir wollen, dass Verwaltungsgemeinschaften in Zukunft deutlich größer sind, dass sie eine Mindesteinwohnerzahl von 10.000 Einwohnern haben und - das ist wichtig für das Funktionieren einer Verwaltungsgemeinschaft - dass auch der Verwaltungsgemeinschaft angehörige Gemeinden größer sind, nämlich eine Mindestgrößenstruktur von 1.000 Einwohnern haben. Wir sagen auch, wir wollen, um diese Größenordnungen zu erreichen, eine Freiwilligkeitsphase am Anfang, damit Gemeinden sich finden können. Aber diese Freiwilligkeitsphase braucht auch konkrete Vorgaben. Wir müssen sagen, die Landesregierung, der Landtag müssen sagen, welche Größenordnungen angestrebt sind,

(Beifall bei der SPD)

damit eine vernünftige Aufgabenerfüllung möglich ist. Dann macht auch eine Freiwilligkeitsphase Sinn, in der Kommunen zueinander finden können in solche neuen Strukturen. Das Ziel ist, dass wir dann im Jahr

2009 möglichst in solche neuen Strukturen auch wählen können. Das ist ein ehrgeiziger Zeitplan, aber ich glaube, dass er zu schaffen ist, wenn wir keine Zeit verlieren und noch in diesem Herbst ein solches Vorschaltgesetz zur Gemeindegebietsreform miteinander hier verabschieden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Matschie, der Abgeordnete Mohring möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Matschie, SPD:

Aber selbstverständlich.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Abgeordneter Mohring.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Herr Matschie, ich würde gern eines wissen wollen: Sie haben gesagt, Sie plädieren für eine effektivere Struktur für Einheitsgemeinden. Wenn man dieser Schlussfolgerung folgt und diese Auffassung teilt, da würde mich interessieren, wie kommen Sie dann zu dem Schluss, dass Sie gleichzeitig sagen, Sie plädieren zudem als zweiten Schritt für größere Verwaltungsgemeinschaften, die nachweislich ineffektiver sind und dann doch größer werden.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Ich habe gesagt, die Einheitsgemeinde ist nach meiner Überzeugung effektiver, ich glaube aber auch, dass wir Probleme bekommen könnten, was die Findung neuer Strukturen angeht, wenn wir allein auf die Einheitsgemeinde setzen, sondern ich will bewusst auch die Möglichkeit offen lassen, Verwaltungsgemeinschaften in Zukunft zu bilden. Wir können diese Frage allerdings miteinander diskutieren, wenn Sie der Überzeugung sind, wir sollten Verwaltungsgemeinschaften ganz abschaffen, dann lassen Sie uns gemeinsam darüber reden. Vielleicht sieht am Ende ein Beschluss hier im Thüringer Landtag auch so aus. Mein Vorschlag ist aber zunächst, zu sagen, klarer Vorrang für die Einheitsgemeinde, wo aber Kommunen darauf bestehen, lieber eine Verwaltungsgemeinschaft zu bilden, dann dafür zu sorgen, dass die Verwaltungsgemeinschaft auch effizienter arbeiten kann als heute, nämlich mit einer größeren Einwohnerzahl und einer größeren Gemeindestruktur bei den zugehörigen Gemeinden. Ich bin aber gern bereit, auch über einen noch weitergehenden Vorschlag hier mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Also, die Freiwilligkeitsphase soll sich anschließen an eine solche gemeinsame Beschlussfassung, die wir noch in diesem Jahr hinbekommen können und dann die Möglichkeit, 2009 in neuen Strukturen zu wählen. Frau Lieberknecht, Sie hatten ja darauf hingewiesen, wir dürfen jetzt der Arbeit der Enquetekommission nicht vorgreifen an dieser Stelle. Ich glaube, dass man diesen ersten Schritt vorziehen kann, und man kann auch, wenn man sich die Arbeit der Enquetekommission betrachtet, von zwei Seiten herangehen. Man kann die Frage stellen, welche Aufgabe soll die Gemeinde in Zukunft erfüllen, und danach die Größenordnung bestimmen. Man kann aber auch sagen, ich gehe von einer bestimmten Größenordnung aus, die für Thüringen sinnvoll ist, die sich auch in anderen Bundesländern bewährt hat, und mache die Aufgabenübertragung an die Gemeinde dann auch entsprechend dieser Größenordnung. Beide Vorgehensweisen sind möglich in einer Enquetekommission. Es ist aber wichtig, dass wir zu konkreten Vorgaben kommen, zu konkreten Entscheidungen kommen. In dieser Frage ist es möglich, nach meiner Überzeugung, den Schritt vorzuziehen, ohne dass die Enquetekommission abschließend ein Votum insgesamt zu einer Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen abgegeben hat.

Die Aufgaben, die die Enquetekommission hat, sind vielfältig und ich will, dass parallel zu diesem ersten Schritt die Enquetekommission natürlich die Empfehlung darüber macht, wie soll die zukünftige Verwaltungsstruktur im Land aussehen, welche Aufgaben soll das Land noch erfüllen? Welche Aufgaben sollen in Zukunft die Kreise, die kreisfreien Städte und die Kommunen erfüllen, und dass dazu Strukturvorschläge gemacht werden. Ich stelle mir vor, dass wir auch im Herbst dazu erste Grundsatzentscheidungen treffen in der Enquetekommission. Der Zwischenbericht muss nach meiner Überzeugung Grundsatzentscheidungen treffen, damit die grundsätzliche Struktur klar ist. Dann kann sich die Feinarbeit noch daran anschließen, die in den einzelnen Bereichen zu leisten ist. Aber ich will, dass wir bis Ende des Jahres über die Grundstruktur Klarheit haben, damit wir Handlungsfähigkeit in Thüringen gewinnen in dieser Frage. Wir wollen Tempo machen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Lieberknecht, das muss ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen, so ganz redlich ist das nicht, wenn man einerseits auf die Enquetekommission verweist und auf der anderen Seite mit beiden Beinen auf der Bremse steht, was die Arbeit der Enquetekommission angeht. Wenn Sie erst auf Empfehlung der Enquetekommission überhaupt etwas tun wollen, dann müssen Sie dafür sorgen, dass sich die Arbeit dort deutlich beschleunigt.

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, weniger Einwohner, weniger Geld, weniger junge Menschen, mehr ältere Menschen, das ist kein Thema, was man ruhig aussitzen kann und über das man noch viele Jahre miteinander diskutiert, bis man zu ersten Lösungsansätzen kommt; denn eines ist doch deutlich bei dieser sich beschleunigenden Entwicklung: Wer heute nicht handelt, steht morgen mit dem Rücken an der Wand. Mit Ihrer Weigerung, eine umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform noch in dieser Legislaturperiode anzugehen, nehmen Sie Thüringen Zukunftschancen, ich muss das so deutlich sagen, Sie nehmen dem Land Zukunftschancen.

(Zwischenruf Abg. Carius, CDU: Ach, wie denn? Das ist doch unangemessen.)

Ich will noch einmal daran erinnern, wenn es um die Bundesebene geht, ist unserem Ministerpräsidenten Dieter Althaus kein Reformvorschlag radikal genug, da muss es die Flat Tax sein, darunter macht er das nicht. Oder da gibt es einen Vorschlag zu einer Art Bürgergeld, da soll die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung komplett abgeschafft werden, alles radikal vereinfacht werden. Aber wenn es um einige konkrete Reformschritte in diesem Land geht, um Aufgaben, für die diese Landesregierung konkret Verantwortung trägt, da verlässt ihn offenbar immer der Mut, da fühlt er sich nicht in der Lage zu handeln, dort, wo die eigene Verantwortung besteht.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur sagen, werte Kolleginnen und Kollegen von der Unionsfraktion und auch werte Kabinettsmitglieder, seien Sie doch nicht so ängstlich, wir helfen Ihnen auch auf diesem Weg.

(Beifall bei der SPD)

(Heiterkeit und Unruhe bei der CDU)

Packen Sie eine eigene Gebietsreform an.

(Zwischenruf Abg. Carius, CDU: Da müssen Sie selber lachen.)

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Das war aber ...)

Dem Innenminister bereitet unser Angebot offensichtlich Freude, wie ich mit Genugtuung sehen kann. Ich kann Ihnen auch nur raten, hören Sie auf die Experten, die Sie in Ihrem eigenen Ministerium haben. Ich glaube, die sehen das ganz ähnlich, wie ich Ihnen das auch eben hier vorgetragen habe. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Innenminister, packen Sie die Gemeindegebietsreform an, legen Sie dazu ein Gesetz vor, damit die Gemeinden eine Orientierung haben,

wo die Entwicklung in den nächsten Jahren hingehen soll. Sollte Ihr Mut trotz unserer Unterstützung nicht ausreichen, was ja auch sein kann, dann kündige ich Ihnen an, dann wird die SPD-Fraktion im Herbst ein entsprechendes Gesetz zum Vorziehen einer solchen Gemeindegebietsreform hier im Thüringer Landtag vorlegen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das ist doch Show. Das ist doch schon angekündigt.)

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Lieberknecht gemeldet.

Abgeordnete Lieberknecht, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Kollege Matschie, Sie haben mich auch mehrfach direkt angesprochen und ein bisschen den Hang zur Heiterkeit haben wir alle gespürt bei dem, was Sie gesagt haben, wobei ich das eigentlich auf der einen Seite schön finde, mal so ein bisschen Heiterkeit bei der letzten Plenarsitzung, die wir haben.

An sich sind wir aber bisher, was das Thema „Demographie“ betrifft als auch die Enquetekommission, finde ich, doch sehr seriös und auch verlässlich miteinander umgegangen. Ich will gar nicht in Abrede stellen, dass Sie in beiden Fällen eine Vorlage an das Parlament eingebracht haben, was einen Demographiebericht der Landesregierung betrifft und auch die Einsetzung der Enquetekommission. Das sage ich unumwunden, das war Ihre Idee. Wir haben das nicht vorgeschlagen, aber wir haben gesagt, gut, wir haben ein kanalisiertes parlamentarisches Verfahren. Wir haben die Möglichkeit, auch mit externem Sachverstand nach gründlicher Analyse zu überlegen, was das Beste für Thüringen ist, was angemessen und adäquat ist. Ich denke, dabei sollten wir auch bleiben, nicht nur, weil wir uns selber in diese Arbeit nach Vorgaben, die wir ja dann gemeinsam erarbeitet haben, gemeinsam verabschiedet haben, uns eingelassen haben. Das Bremsermotiv sehe ich überhaupt nicht, wenn ich mir wirklich mal anschau - wir sind ja beide nicht Mitglied, aber ich habe die Eigenart, mir schon, und Kollege Carius weiß das, regelmäßig die Protokolle anzuschauen, um einfach auch mal zu vergleichen, was tatsächlich in der Enquetekommission geschieht und was die veröffentlichte Darstellung ist, die mitunter weit von dem abweicht. Da kann ich nur ein Kompliment an

die Mitglieder meiner Fraktion machen, die in einer wirklich intensiven Art und Weise - wie leider die anderen Fraktionen bisher nicht - mit Vorlagen in diese Arbeit reingegangen sind, die sich hingesetzt haben, die wirklich eine gründliche Analyse der Entscheidungen, die dann natürlich zu treffen sein werden, vorantreiben. Ich finde, das sind wir auch den Bürgerinnen und Bürgern im Land und deren Leben und Lebenswirklichkeit, um die es ja am Ende geht, schuldig. Wenn man in Strukturen eingreift, die über Jahrhunderte gewachsen sind, das muss man ganz klar sehen, und wo Dinge nachwirken, die man heute, wenn man nicht auch mal ein bisschen historisch sich vergewissert, zwar irgendwo feststellt, aber kaum erklären kann, da ist diese gründliche Arbeit schon vonnöten. Ich finde, wir haben vor allen Dingen auch gegenüber den Externen, wir haben die Professoren von der Friedrich-Schiller-Universität bemüht, der Universität Erfurt, wir haben Praktiker dazugeholt, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber, die IHK ist vertreten, denen können wir doch jetzt nicht sagen, ihr habt hier ein Jahr für uns gearbeitet, alles April, April, wir wissen es doch besser und gehen jetzt mit einem Parallelverfahren hinein. Das hat wirklich nichts mit Seriosität zu tun und auch nicht, wie wir mit Partnern, die wir für unsere Arbeit gewinnen wollen, umgehen können.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich, wir bleiben bei dieser Verlässlichkeit. So lange Geduld müssen Sie ja gar nicht mehr haben. Am 30. November 2006 soll es ja den Zwischenbericht geben, den haben wir gemeinsam verabredet, im Übrigen auch mit einer abschließenden Zeitleiste. Das werden wir in aller Verlässlichkeit einhalten, die, denke ich, auch jeder von uns erwarten kann.

Was mich aber noch mehr an dieser Diskussion oder Debatte stört oder wo ich sage, dass sie einfach zu kurz gegriffen ist: Das mit diesem Fokus Gebietsreform ist populär, da springen die Medien drauf, das Thema, die Schlagzeilen sind da, die letztlich die Tragweite der demographischen Entwicklung in überhaupt keiner Weise erfassen. Es ist ein Randthema, da kann man sich draufstürzen, da hat man den Fokus der Medien, aber was tatsächlich alles parallel geschieht; die Landesregierung, seit dem Amtsantritt, seit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 8. September 2004, tut ja kaum etwas anderes, als unentwegt dieser demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Sie hinten hinterher.)

Aber wie sieht es denn dann konkret aus, wenn es um die konkreten Zahlen geht im Haushalt damals

2005, die Debatten, die wir geführt haben, im Doppelhaushalt jetzt 2006/2007. Was meinen Sie denn, was eine ganz entscheidende Facette nicht zuletzt auch der Theater-Orchester-Diskussion ist, die wir jetzt führen müssen mit allen Schmerzen? Gestern war alles voll hier: „Kahlschlag“, „Katastrophe für das Land“. Da geht es um einen Betrag von 10 Mio €. An sich müssten wir noch viel mehr bringen, wenn wir uns unsere demographische Entwicklung ansehen. Nein, da kommt von Ihnen ein völliges Stopp und hier bitte nicht. Was meinen Sie denn, was wir seit Jahr und Tag in der Schulpolitik zu berücksichtigen haben? Den permanenten Rückgang der Schülerzahlen - all das ist ja in konkretes Regierungshandeln umgesetzt bis hin auch zur Behördenstrukturreform.

(Beifall bei der CDU)

Nur, ich sage, was ich im letzten Plenum schon dem Kollegen Blechschmidt gesagt habe, Hegel: „Wahrheit ist immer konkret.“ Und wenn es konkret wird und der konkrete Vorschlag auf dem Tisch liegt, da sind alle abstrakten Bekenntnisse irgendwo jwd. Hier wird erstmal Protest gemacht, das ist alles ungeeignet, Vorschlag für Vorschlag ungeeignet.

(Unruhe bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wir haben einen konkreten Vorschlag gemacht, Frau Lieberknecht.)

Ja, das habe ich ja dazu gesagt. Alles im Rahmen dessen, was wir verabredet haben. Es kann ja sein, die Enquetekommission folgt diesem Vorschlag nach Abwägung, dann kann man das machen. Aber man muss das erst mal prüfen. Vielleicht kommen wir ja auch zu ganz anderen Ergebnissen. Ich weiß nur nicht, aufgrund welcher Bezugsgrößen wir letztlich eine konkrete Zahlenvorgabe - die kann man ja nur greifen, wenn man keine Analyse hat. Nur weil das vielleicht in Mecklenburg-Vorpommern gut ist oder in Schleswig-Holstein mal gut war oder was - da kennen wir viele Geschichten, die haben da wirklich nicht zum Besten gedient.

An einem Punkt, da können Sie uns wirklich helfen. Sie nannten mit Recht die 40 Mio. €, die uns allein durch die demographische Entwicklung Jahr für Jahr verloren gehen durch die Bundeszuweisungen im Länderfinanzausgleich - 40 Mio. €. Unser finanzpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, Mike Mohring, ich habe es letzte Woche ja schon hier referiert, hat genau an der Stelle für eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs angeknüpft, ihn eben nicht mehr an den Einwohnerzahlen zu bemessen, sondern an der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, was erwirtschaftet wird, um Dynamik zu forcieren, um eine neue Bemessungsgrundlage zu haben,

(Beifall bei der CDU)

die uns befreit von diesem demographischen Zwang mit all seinen negativen Folgen. Da sage ich nur, das ist wirklich ein Schritt und der muss schnell kommen - und da hoffen wir auf Unterstützung in diesem Haus auch von Ihrer Seite. Ich denke, in Berlin ist ja die Koalition, dass man das dann auch gemeinsam einfordern muss und einfordern kann.

Ein Punkt noch - der hat jetzt bei Ihnen, Kollege Matschie, nicht die Rolle gespielt, aber bei Frau Enders von der Linkspartei.PDS. Weil das Zentrale natürlich der Punkt ist, wie erklären wir den Bevölkerungsrückgang, wo wir in doppelter Weise natürlich die Schwierigkeiten haben, die Abwanderung, aber auch das Defizit in der Geburtenrate im Blick auf die Sterberaten, hier noch mal das Stichwort Familienpolitik. Wir haben ein voll ausgebautes Betreuungssystem und das bleibt auch im vollen Umfang erhalten. Das bleibt erhalten, nur, alle Ländervergleiche zeigen, es löst das Problem der demographischen Entwicklung überhaupt nicht. Das ist eine Illusion. Allein deswegen, auch wenn es wirklich in vollem Umfang gewährleistet ist, dass wir die Betreuungsmöglichkeiten haben, animiert das nicht die Familien, mehr Kinder zu kriegen. Unsere Geburtenrate ist damit kein Jota geändert gegenüber der in anderen Ländern. Das muss man einfach konstatieren. Dennoch stehe ich zu dem Betreuungssystem. Aber wir haben ein viel tiefer liegendes Problem und das hat eben mit Familie zu tun: Wenn Kinder in ihren familiären Strukturen wirklich nur noch - und jetzt nehme ich den Schirmacher'schen Begriff (von Frank Schirmacher) - „Minimum“ erleben, weil mehr nicht mehr geht mit allen Anforderungen, die Familie heute zu bewältigen hat, und dann eben mit dem Versuch hundertprozentiger Übereinstimmung von Familie und Beruf Familie am Ende dann doch, weil die beruflichen Herausforderungen so groß sind, hinten angesetzt wird. Trotz aller Betreuungsstrukturen reicht das eben nicht mehr - spätestens für die nachfolgende Generation der Wunsch, den sicher auch diese Generation nach Familie hat, dann auch die Kraft zu haben, das wirklich zu leben. Familie im Minimum, die vielleicht für die ältere Generation heute noch gilt, wird für die nächst folgende Generation nicht mehr reichen. Deswegen müssen wir etwas zur Stärkung wirklich familiärer Strukturen, zur Stärkung auch von Erziehungskompetenz tun.

Wir haben ja jetzt aktuell die „Pfeiffer-Studie“ - den Medienkonsum will ich hier nur einflechten, weil es wirklich um Familie und die nächste Generation geht und damit auch mit Demographie zusammenhängt -, dass Ganztagsbetreuung eben leider nicht vor mehr Medienkonsum schützt, weil die verbleibende Zeit zu Hause oft gekennzeichnet ist durch andere nicht geübte familiäre Betätigung. Am Ende wird die Zeit,

die man zu Hause ist, tatsächlich vor dem Fernseher verbracht. Thüringen steht an der Spitze der Betreuung, steht aber auch an der Spitze des Medienkonsums bei den Kindern. Ein Land wie Bayern, das mit Abstand weniger Betreuungsmöglichkeiten hat, hat aber auch mit Abstand weniger Medienkonsum, weil man einfach gewohnt ist, in häuslichen Strukturen auch noch ganz andere Dinge zu machen. Deswegen muss ich wirklich sagen: beides tun. Es muss das Betreuungsangebot da sein, aber wir müssen die familiären Strukturen wirklich stärken, wenn wir wieder mehr Ja zum Kind sagen wollen. Das brauchen wir, sonst können wir über demographische Entwicklung reden, wie wir wollen,

(Unruhe im Hause)

und werden immer nur marginal an der Oberfläche kratzen. Deswegen sage ich, bleiben wir seriös, bleiben wir bei dem, was wir verabredet haben,

(Beifall bei der CDU)

was die Enquetekommission betrifft, und führen wir aber eine breite Debatte - und unsere Fraktion hat es ja beantragt, Fritz Schröter hat es noch einmal wiederholt - in allen Fachausschüssen, die wir haben, weil es ein Querschnittsthema ist. Das ist das alles überwältigende Thema für die Zukunft auch in unserem Freistaat Thüringen schlechthin, deswegen stellen wir uns als CDU-Fraktion dieser Verantwortung. Wir sind der Landesregierung dankbar für diese intensive, umfangreiche Arbeit, die sie auf Antrag hier aus dem Plenum vorgelegt hat: 150 Seiten in Perspektivhorizonten, 14 Jahre bis 2020, 19 Jahre bis 2025 oder eben 44 Jahre, immerhin so eine lange Zeitspanne bis 2050, natürlich auch mit allen Unsicherheiten, die in dieser langen Zeitspanne vertreten sind. Aber ich denke, anders können wir nicht zu einer wirklich zukunftsweisenden Entwicklung, die von uns auch getragen wird, wo wir auch breit debattieren müssen, über das Parlament hinaus natürlich mit Sachverständigen, mit Bürgerinnen und Bürgern, kommen, um Thüringen in dieser Weise und in diesem Rahmen gut zu entwickeln. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen jetzt keine weiteren Redeanmeldungen vor. Doch, Frau Abgeordnete Enders von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Abgeordnete Enders, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz nur noch einmal auf das Gesagte von Herrn Matschie reflektieren. Herr Matschie, Sie haben

heute hier dargelegt: Gebietsreform - notwendig und wichtig. Da geben wir Ihnen Recht. Allerdings muss ich Ihnen auch noch mal mit aller Deutlichkeit sagen: Wir haben seit zwei Jahren in der PDS-Fraktion und in der Partei über diese Verwaltungs-, Gebiets- und Funktionalreform diskutiert. Wir haben seit zwei Jahren einen Masterplan vorliegen. Ich möchte auch daran erinnern, dass wir in der Enquetekommission

(Unruhe bei der CDU)

auch ganz konkret gesagt haben,

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Das sollte man kaum glauben.)

dass wir uns endlich einmal mit Gemeindegrößen, das heißt also mit Kreisstrukturen,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Gemeindegrößen, mit den Kriterien für die Bildung von Gemeindegrößen usw. auch beschäftigen wollen. Ich muss ganz deutlich sagen, in der letzten Enquetekommission wurde das abgelehnt und gesagt, wir müssen uns erst einmal mit einer Ist-Analyse beschäftigen und darauf aufbauend können wir dann ganz einfach über konkrete Dinge reden. Es freut mich, dass die SPD jetzt auch einmal einen konkreten Vorschlag

(Zwischenruf Abg. von der Krone, CDU: Als Bürgermeisterin haben Sie die Bildung der Einheitsgemeinde verhindert.)

hier vorgelegt hat und dass die SPD auch diese ganze Sache ein Stück weit forciert. Das muss ich Ihnen hier mit aller Deutlichkeit auch noch einmal sagen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich möchte auch noch einen zweiten Aspekt hier bringen, und zwar zur Richtigstellung. Frau Holbe hat vorhin noch einmal auch auf meinen Redebeitrag reflektiert und zum Ausdruck gebracht, dass ich an diesem Rednerpult gesagt hätte, die Beschränkung des Staates auf seine Kernbereiche sollte sein. Das möchte ich hier ausdrücklich zurückweisen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Gerade nämlich hier setzt bei uns in der Linkspartei.PDS die Kritik an. Wir - und das möchte ich auch noch mal mit aller Deutlichkeit sagen - wollen einen Sozialstaat, wir wollen einen Sozialstaat, der steuernd, lenkend, gestaltend in gesellschaftliche Prozesse eingreift. Ich denke, das wird auch notwendig sein, wenn wir uns mit den demographischen Folgen hier beschäftigen wollen. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich denke, ich kann jetzt die Aussprache schließen. Wollte der Minister noch sprechen? Nein. Es gab kein Handzeichen dafür.

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Nein.)

Außerdem habe ich die Aussprache geschlossen. Jetzt ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Ich würde Ihnen gern folgenden Vorschlag unterbreiten und Sie widersprechen, wenn Sie dem Vorschlag nicht folgen wollen.

Es ist beantragt worden, den CDU-Antrag an die Ausschüsse Bau und Verkehr; Innen; Haushalt und Finanzen; Wirtschaft, Technologie und Arbeit; Bildung; Naturschutz und Umwelt; Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten; Wissenschaft, Kunst und Medien; Soziales, Familie und Gesundheit und Gleichstellung zu überweisen.

Ich würde gern im Block darüber abstimmen, den CDU-Antrag an diese Fachausschüsse zu überweisen. Es sei denn, mir widerspricht jetzt jemand. Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir darüber ab, diesen Antrag an die von mir genannten Fachausschüsse zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Das ist auch nicht der Fall. Damit ist diese Überweisung einstimmig erfolgt.

Federführend soll sein der Ausschuss für Bau und Verkehr. Wer der Federführung beim Ausschuss für Bau- und Verkehr zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Es gibt keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt 3 Stimmenthaltungen. Mit großer Mehrheit liegt die Federführung beim Ausschuss für Bau und Verkehr.

Dann ist mir vom Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion der SPD, bezogen auf die Fortberatung des Demographieberichts gesagt worden, dass man zustimmt, dass die Sofortberatung erfolgen kann und dass die Fortberatung des Demographieberichts beantragt wird für den Ausschuss für Bau und Verkehr. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

Wer der Fortberatung des Demographieberichts im Ausschuss für Bau und Verkehr zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gibt

es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt 3 Stimmenthaltungen. Mit großer Mehrheit ist bestimmt worden, dass die Fortberatung des Demographieberichts im Ausschuss für Bau und Verkehr erfolgt.

Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14**

Reform des Thüringer Abgeordnetenrechts

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS

- Drucksache 4/2084 -

Die Begründung für die Fraktion der Linkspartei.PDS nimmt der Abgeordnete Dr. Hahnemann vor.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, hier im Haus wird oft auf den besonderen Status der Abgeordneten als gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger verwiesen. Hin und wieder ist die Rede von Transparenz und Öffentlichkeit als Grundprinzipien demokratischer Verhältnisse. Stimmt die Realität mit diesen hehren Postulaten zumindest einigermaßen überein? Nein. Das Abgeordnetenrecht weist einige Spezialitäten auf. Abgeordnete bekommen z.B. eine durchaus fürstlich zu nennende staatliche Altersversorgung auch für eine recht überschaubare Dauer der Landtagszugehörigkeit. Ein Normalverdiener müsste dafür teilweise mehr als doppelt so lange in die Rentenkassen einzahlen. Das hat nichts mit angemessener Ausstattung zu tun, wie sie in der Verfassung verlangt wird. Ist eine solche Altersversorgung für die Freiheit des Mandats eigentlich notwendig? Die Linkspartei.PDS-Fraktion meint: nein; sie meinte es in den vorigen Wahlperioden. Sie hatte in einer Verfassungsklage zumindest teilweise Recht bekommen. So sind wenigstens die schlimmsten Auswüchse der 1. Legislatur teilweise korrigiert worden. Doch diese Teilkorrektur ist nicht ausreichend. Ziel muss sein, Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung als Pflichtversicherte einzubeziehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zumindest aber müssen Abgeordnete endlich anfangen, für das Alter und ihre Hinterbliebenen selbst vorzusorgen. Wer als Vertreter den Vertretenen - den Bürgerinnen und Bürgern nämlich - mehr Eigenvorsorge bei Krankheit und im Alter abverlangt, darf sich selbst nicht ausnehmen.

Außerdem bekommen Abgeordnete diverse steuerfreie Zahlungen aus der Staatskasse - so genannte Aufwandspauschalen - für Fahrtkosten, bei Erledi-

gung von Mandatsaufgaben, für Bürokosten, für Kost und Logie am Sitz des Landtags, obwohl es ein Abgeordnetenhaus gibt, und noch manch andere pauschale Leistungen. Funktionsträger wie z.B. Ausschussvorsitzende bekommen noch eine steuerfreie Zahlung, für die sie keinerlei Nachweise erbringen müssen. Ist das für die Mandatsausübung notwendig? Wir meinen und meinen: nein. In einer Verfassungsklage hat die Fraktion in der 3. Legislatur, zumindest teilweise, Recht bekommen, was diese Art „Zubrot“ für Funktionsträger angeht. Diese Reparatur reicht aber nicht aus. Den Bürgern werden vom Steuerrecht weite Nachweispflichten auferlegt. Dann spricht nichts dagegen, dass auch Abgeordnete solche Nachweise gegenüber dem Finanzamt führen. Für Berufstätige wurden gerade erste Einschnitte beim Fahrtkostenerersatz beschlossen. Die Freiheit des Mandats entbindet aber die Volksvertreter nicht davon, gegenüber den Steuerzahlern Rechenschaft für ihre Mandatsaktivitäten und ihre Finanzausstattung aus Steuergeldern ablegen zu müssen.

Die Offenlegungspflichten sind in Thüringen auch in anderen Punkten völlig unterentwickelt. Das Handbuch des Landtags weist gesellschaftliche Funktionen und Berufe aus. Die Informationen sind aber oberflächlich und anderes, wie z.B. Nebeneinkünfte, muss gar nicht offengelegt werden. Da ist selbst der Bundestag weiter. Mögliche wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten von Abgeordneten bleiben damit verschleiert. Die Linkspartei.PDS-Fraktion meint, das muss sich ändern, wenn man gleichzeitig anderenorts den „gläsernen Bürger“ Schritt für Schritt durchsetzt.

Durch das automatische Diätenanpassungsverfahren lässt sich aus dem aktuellen Text z.B. des Abgeordnetengesetzes nicht entnehmen, was Abgeordnete aktuell an steuerpflichtiger Grunddiät und steuerfreien Beträgen bekommen. Nicht dass es geheim wäre, aber wirklich öffentlich ist es nicht. Das widerspricht damit der Forderung nach Transparenz.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Es gibt Landtagsdrucksachen, denen das zu entnehmen ist.)

Wir waren immer gegen die Anpassungsautomatik. Das Verfassungsgericht hat den Mechanismus zwar für zulässig, nicht aber für zwingend erklärt. Es hatte angemahnt, dass die Datenbasis für die Bestimmung des Index verändert werden sollte. Das ist bisher nicht geschehen.

Unsere Fraktion meint, Abgeordnete müssen wieder die Courage haben, öffentlich über die Diätenfrage zu debattieren und zu entscheiden, unterstützt von weiterem Sach- und Fachverstand von außen.

Sind diese Vorstellungen nur eine gut gemeinte Utopie? Nein, meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen hat kürzlich ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Abgeordnete sorgen dort in einem Versorgungswerk selbst für sich und ihre Hinterbliebenen vor. Sie bekommen nur noch eine einheitliche, voll zu versteuernde Entschädigung. Aufwandspauschalen wurden abgeschafft. Mandatsbedingte Aufwendungen können nun als Werbungskosten beim Finanzamt geltend gemacht werden - so wie andere es auch tun müssen. Offenlegungspflichten wurden ausgeweitet. Die Diäten werden vom Landtag beschlossen nach Hinzuziehung des Rats einer Kommission.

Meine Damen und Herren, es ist Zeit, dass Thüringen einen neuen Weg einschlägt. Nordrhein-Westfalen hat es vorgemacht. Wir müssen Nordrhein-Westfalen nicht nachmachen, aber wir sollten die Ideen aus Nordrhein-Westfalen aufgreifen und einen eigenen Weg zu einer ähnlichen Reform gehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich eröffne die Aussprache und rufe als ersten Redner in dieser Aussprache den Abgeordneten Schröter für die CDU-Fraktion auf.

Abgeordneter Schröter, CDU:

Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren, seit dem Entwurf des Gesetzes über die Rechtsstellung der Abgeordneten in der 1. Legislaturperiode, die in der Drucksache 1/48 beinhaltet war, war dieses Thema, was die Einkünfte der Abgeordneten betrifft, immer von besonderem öffentlichen Interesse. Der derzeitige Stand ist, dass acht Änderungsgesetze seither entstanden sind. Dabei bleiben die Regelungen in angrenzenden Bereichen unberührt. Acht Änderungen in 16 Jahren, das ergibt also im Schnitt alle zwei Jahre eine Änderung. Durch diese Durchschnittsrechnung sind wir nicht so ganz richtig bei der Darstellung, da es eine Anbindung der Einkünfte der Abgeordneten an die Einkommenssituation der abhängig Beschäftigten und die Anbindung der Sachausgaben an die Preisentwicklung gab, die nicht von Anfang an gegriffen hat. Diese Indexregelung ist das Ergebnis der Tatsache, dass eine maßvolle Erhöhung der Einkünfte, die, nebenbei bemerkt, auch eine Senkung der Einkünfte der Abgeordneten bedeuten könnte, wenn die Einkommenssituation der abhängig Beschäftigten - man könnte auch sagen, der normalen Steuerbürger, wie Sie das formulieren, wie im zur Debatte stehenden Antrag formuliert - sich verschlechterten.

In der Genese des Abgeordnetengesetzes hat es auch Folgendes gegeben: Die Streichung der 13.

Zahlung, die zum damaligen Zeitpunkt eine Vorreiterposition war und jetzt vielerorts stattgefunden hat, und ein zweimaliges Aussetzen - also ein Moratorium - der jährlichen Anpassung an die Einkommenssituation der abhängig Beschäftigten, in Summe über mehrere Jahre ein Aussetzen, eine tatsächlich faktische Senkung.

Wir haben heute nun einen Antrag zur Reform des Thüringer Abgeordnetenrechts vorliegen, ein Antrag, der folgenden Inhalt hat: Ziele und Grundsätze der Reform zu formulieren, die Offenlegung der Einkünfte und Tätigkeiten der Abgeordneten, die Einsetzung einer internen Arbeitsgruppe sowie einer quasi externen Sachverständigengruppe und einen Zeitplan. Meine Damen und Herren, ein Antrag, hier im Plenum eingebracht, hat nur folgende Entscheidungsmöglichkeiten: Ausschussüberweisung, Annahme oder Ablehnung.

Ich beantrage namens meiner Fraktion die Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten. Wir werden uns dort mit diesem Antrag auseinandersetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Höhn zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Linkspartei.PDS, vielen Dank für diesen Antrag.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vielen Dank dafür, dass Sie es scheinbar mühelos geschafft haben, die nächsten Wochen, die sich für gewöhnlich durch eine gewisse mediale Leere auszeichnen, mit dem Lieblingsthema so mancher in diesem Land auszufüllen, den Diäten der Abgeordneten.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, Die Linkspartei.PDS: Bitte kein Neid.)

Um es vorwegzunehmen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Herr Kuschel, auch Sie werden es nicht schaffen, und schon gar nicht mit diesem Antrag, in den Augen der geneigten Öffentlichkeit tatsächliche Gerechtigkeit in dieser Frage herzustellen. Es wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Es ist bisher nicht gelungen und es wird auch dieses Mal nicht gelingen. Allen Veränderungen und Systemwechseln zum Trotz, es wird in dieser Debatte nur einen Verlierer geben und das sind wir Abgeordneten selbst. Wir verdienen immer zu viel und vor allem bekommen wir mehr, als wir verdienen. Dieses Klischee wird durch Ihren Antrag vollauf bedient.

(Zwischenruf Abg. Dr. Hahnemann, Die Linkspartei.PDS: Nein, durch Ihre Rede.)

Ich frage mich ganz ernsthaft: Was ist denn eigentlich der Tenor Ihres Antrags, und vor allem ganz konkret gefragt, was setzen Sie eigentlich für Zahlen in die Welt? Sie wissen genau, welche ich meine. Die durch Ihre Fraktion im Vorfeld dieser Debatte veröffentlichten Zahlen, genauer gesagt, die eine unter dem dicken Strich, haben schon für Aufregung gesorgt. Ja, z.B. bei meiner Frau, sie meinte nämlich, ich hätte ihr vielleicht Einkommen verheimlicht.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Jeder Finanzbeamte des Freistaats müsste angesichts dieser Zahlen, die Sie den Abgeordneten als Einkommen unterstellen, eigentlich hellhörig werden. Sie wissen genau, welche ich meine, die Zahl. Das ist Ihre imaginäre oder - sollte ich vielleicht sagen, Herr Kollege Buse - virtuelle Berechnung der Beträge für die Altersversorgung, monatlich gesehen.

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Hoffentlich!)

Ich habe versucht, diese Zahl nachzuvollziehen. Ich bin daran, das gebe ich offen zu, intellektuell gescheitert.

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Das ist der Unterschied.)

Das liegt an mir. Ich habe versucht, diese Zahl durch eine Recherche auf diversen Internetseiten Ihrer Fraktion, Ihrer Partei erklärt zu bekommen. Da war nichts! Das liegt aber an Ihnen. Ich habe auch Ihren Chef gefragt, woher die Zahl kommt. Der wusste es auch nicht. Das liegt aber wiederum an ihm.

Meine Damen und Herren, Sie haben an dieser Stelle wirklich einen Popanz zum Leben erweckt, um Stimmung zu erzeugen oder - wie ich vernommen habe - das Thema zu besetzen. Das ist Ihnen wahrlich gelungen. Offensichtlich lassen Sie sich an dieser Stelle von dem allseits bekannten Mediamarkt-Prinzip leiten: „Wir sind die Besten.“ Und die Wirkung des Ganzen, das habe ich Ihnen eingangs schon beschrieben.

Abgeordnete sollen zu normalen Steuerbürgern werden, so ein Kernsatz Ihres Antrags. Was für ein inhaltsschwerer Satz. Im Übrigen, ich kenne keine normaleren Steuerbürger als Abgeordnete, wenn ich mir meine persönliche Steuererklärung allein anschau. Was haben wir eigentlich für einen Erkenntnisgewinn, meine Damen und Herren, wenn wir unsere Abgeordneten, versorgungsrechtlich gesehen, nicht wie Beamte, sondern wie Angestellte behandeln? Beamte werden alimentiert aus Fürsorge des Staates für die Leute, die sozusagen als dessen Diener die hoheitlichen Aufgaben zu erfüllen haben - in der Exekutive wohl gemerkt. Sie sind also mit Ihrem Antrag der Meinung, die gesetzgeberische Kompetenz von Abgeordneten des Landtags wäre keine wahrhaft hoheitliche Aufgabe. Wenn Sie konsequent wären an dieser Stelle, dann hätte Ihr Antrag auch eine Änderung des Ministergesetzes zum Inhalt haben müssen. Oder können Sie mir erklären, warum ein Minister a.D. einen anders abgesicherten Ruhestand haben soll als diejenigen, die vorher die Gesetze beschließen, die die Minister zu vollziehen haben? Solche Überlegungen sind Ihrem Antrag ganz offensichtlich fremd.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die PDS-Fraktion, Sie wollen also mit diesem Gesetz, mit diesem Antrag den großen Wurf. Sie wollen eine vollkommene Umstellung der Abgeordnetenbezüge in Thüringen nach Vorbild der Reform in Nordrhein-Westfalen. Dort wurde vor etwa 16 Monaten ziemlich genau im groben, ich beschreibe das jetzt holzschnittartig, Folgendes beschlossen:

1. eine Verdoppelung der Abgeordnetengrundentschädigung,
2. die Abschaffung aller Pauschalen für mandatsbedingte Aufwendungen,
3. die Einrichtung einer eigenen Versorgung für das Alter unter Zuhilfenahme eines eigens dafür gegründeten Versorgungswerks.

Im Detail könnte man das noch weiter ausführen. Das will ich mir an dieser Stelle ersparen. Diese in der Tat fundamentale Umstellung - das meine ich so, wie ich es sage - der Abgeordnetenentschädigung kam zustande in Nordrhein-Westfalen aufgrund einer Bürgerinitiative unter wohlwollender medialer Begleitung einer Zeitung mit den großen Buchstaben und des Bundes der Steuerzahler. Ähnliche Versuche in Schleswig-Holstein sind etwa ein Jahr zuvor an ziemlich genau den gleichen Protagonisten gescheitert. Zurzeit wird dort allerdings ein neuer, ein modifizierter Versuch für eine Reform unternommen. Auch das so genannte NRW-Modell hat seine Kritiker. Das sollte uns zunächst erst einmal nicht beunruhigen, das ist ganz normal. Aber, meine sehr verehrten Damen

und Herren, Herr Kollege Buse, es lohnt sich, die Argumente näher zu beleuchten und sich vor allem heute, nach ungefähr einem Jahr der Wirksamkeit der neuen Regelung, einmal unter den Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen, unabhängig welcher Farbe sie angehören, umzuhören. Der Bundestag jedenfalls - und das ist eine Tatsache - und die Mehrheit der Konferenz der Landtagspräsidenten lehnen das NRW-Modell zur Übernahme in ihre jeweiligen Parlamente ab, das mit wirklich ernst zu nehmenden Argumenten.

Fangen wir einmal an, die Sache etwas auseinanderzunehmen. Fangen wir auch einmal mit der von Ihnen vorgeschlagenen in etwa Verdoppelung der Grundentschädigung bei gleichzeitiger Abschaffung aller Pauschalen für mandatsbedingte Aufwendungen an. Allein die Zahl, die in diesem Zusammenhang im Raume steht, meine Damen und Herren, die mutet so exorbitant an, dass hier schon die erste mediale Hürde entsteht. Alle anderen Kosten für das Mandat sollen aus dem Grundeinkommen bestritten werden, die am Ende eines Jahres wiederum beim Finanzamt als Werbungskosten geltend gemacht werden können je nach persönlicher Einkommenssituation.

Ist Ihnen eigentlich schon mal bei der Formulierung Ihres Antrags der Gedanke gekommen, dass Abgeordnete, die legal - ich betone das ausdrücklich -, legal Nebeneinkünfte beziehen, also ein höheres Gesamteinkommen aufweisen, dann auch mehr Werbungskosten, z.B. dann, wie es in Nordrhein-Westfalen jetzt ist, auch Wahlkampfkosten absetzen können, was vorher bei der Gewährung von Pauschalen überhaupt nicht der Fall gewesen ist. Das Prinzip „Mehr Einkommen - höhere Steuerminderungsmöglichkeiten“ gilt auch hier, in diesem Fall für Abgeordnete. Wir sollen also in Zukunft dem Finanzbeamten plausibel erklären, welche Ausgaben mandatsbedingt sind und damit absetzbar und was zu unserer persönlichen Daseinsvorsorge gehört. Das heißt - mit anderen Worten formuliert: Über die Mandatstätigkeit eines Abgeordneten entscheidet indirekt in Zukunft das Finanzamt mit. Und abgesehen, meine Damen und Herren, von handfesten Bedenken von Verfassungsrechtlern bezüglich der freien Ausübung des Mandats und, Herr Kollege Hahnemann, der in der Verfassung beschriebenen besonderen Rechtsstellung von Abgeordneten, bleibt auch nach meiner Auffassung die eigentlich angestrebte Transparenz auf der Strecke.

Wissen Sie eigentlich, wie das in Nordrhein-Westfalen funktioniert? Um sowohl den Abgeordneten dort und auch dem Finanzamt die Handhabung dieses neuen Prinzips einigermaßen zu ermöglichen, gibt es in Nordrhein-Westfalen eine 130seitige schriftliche Vereinbarung zwischen dem Landtag und der Finanzverwaltung. So viel zur Transparenz - sonst wäre das nämlich gar nicht umsetzbar, meine Da-

men und Herren.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Und auch ist in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags von Rheinland-Pfalz, das Ihnen möglicherweise sogar zur Verfügung steht - ich hoffe es jedenfalls, mir liegt es vor - von hier noch nicht näher zu beleuchtenden - das können wir gern dann im Ausschuss tun - handfesten steuerrechtlichen und steuertechnischen Bedenken die Rede bei der Abschaffung der Pauschalen. Die entsprechenden Prozesse in NRW stehen momentan an.

Nun noch ein paar Sätze, meine Damen und Herren, zu dem von Ihnen angestrebten Versorgungswerk für die Altersversorgung der Abgeordneten: Von den derzeit 187 Abgeordneten des Landtags in Nordrhein-Westfalen zahlen ziemlich genau etwa die Hälfte in dieses Versorgungswerk den im Gesetz vorgeschriebenen Betrag von 1.500 € im Monat ein - also immerhin mehr Abgeordnete, als der gesamte Thüringer Landtag Abgeordnete hat. Nun weiß ich nicht genau - ich will da nichts unterstellen -, ob Sie wissen, wie ein Versorgungswerk funktioniert.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Ja, denn davon haben wir ja genug.)

Das ist kein Topf, in den paritätisch von Abgeordneten oder vielleicht vom Landtag eingezahlt wird oder aus dem nach einem sozialistischen Verteilungsprinzip ausgeschüttet wird.

(Beifall bei der CDU)

Das Ganze funktioniert wie ein am Kapitalmarkt gedeckter Fonds, der knallharten marktwirtschaftlichen Zusammenhängen unterworfen ist. Das Ding muss Gewinn abwerfen, sonst schauen die Einzahler irgendwann in den Mond.

(Beifall bei der CDU)

Und es ist einerseits interessant, dass ausgerechnet Sie von der PDS sich für eine solche Altersversorgung in erzkapitalistischer Manier erwärmen können, aber das sei dahingestellt. In Nordrhein-Westfalen jedenfalls - ganz konkret - wirft das Versorgungswerk momentan keinen ausreichenden Gewinn ab. Die Verwaltungskosten fressen die Rendite geradezu auf, abgesehen von einer mehr als deutlichen - das haben mir die Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich letzte Woche erst Gelegenheit hatte zu sprechen, noch einmal bestätigt - Schlechterstellung der neuen Abgeordneten; für die alten trifft das ohnehin nicht zu.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Man erwägt jetzt im Moment, ganz konkret in Nordrhein-Westfalen, den Einzahlbetrag für das Versorgungswerk um etwa 800 bis 1.000 € aufzustocken, was natürlich auf die Grundentschädigung zunächst erst mal aufgeschlagen werden muss, um es dann wieder verpflichtend in das Versorgungswerk einzahlen zu lassen. Das wiederum, diese neue Zahl, wird noch nicht mal von „Bild“ und Steuerzahlerbund momentan goutiert. Das heißt, dieses Versorgungswerk funktioniert bei allen hehren Absichten betriebswirtschaftlich gesehen überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, zum Schluss, ich will Ihnen nicht vorenthalten, welche Positionen die SPD-Fraktion insgesamt zur Frage der Abgeordnetenvergütung hat, und ich will das in einigen Punkten verdeutlichen.

Erstens: Das bisherige Grundprinzip, bestehend aus Grundentschädigung, Pauschalen für mandatsbedingte Aufwendungen und eine beamtenähnlich alimentierte Altersversorgung, soll nach unserer Auffassung erhalten werden.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Das sieht im Übrigen auch der Bundestag so.

Zweitens: Die in der Verfassung in Artikel 54 verankerte so genannte Indexregelung soll nach unserer Auffassung weiterhin Gültigkeit behalten.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Sie wollen sie ja jetzt abschaffen. Der Landtag in Brandenburg hat sie vor zwei Monaten eingeführt. Andere Landtage spielen momentan ebenfalls mit dem Gedanken, sich diesem System anzuschließen.

Drittens: Offenlegung aller Einkünfte und Nebeneinkommen - uneingeschränkt ein Ja, wobei das jetzt schon zum Ehrenkodex eines jeden Landtagsabgeordneten in diesem Hause gehören sollte.

Viertens: Wir halten eine Anpassung an die reale Arbeitswelt in Bezug auf die Altersversorgung unserer Abgeordneten hier im Thüringer Landtag, sowohl was die Höhe, die Steigerungsraten nach dem Erreichen der Eingangsvoraussetzungen als auch das Eintrittsalter in die Versorgung angeht, für äußerst geboten.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Deswegen machen Sie auch die Renten ab 67.)

An dieser Stelle gehen wir mit. Aber wir plädieren nach wie vor für die Beibehaltung des Grundprinzips

bei der Altersversorgung. Und wie gesagt, was die einzelnen Höhen betrifft, da, denke ich, hat der Thüringer Landtag Handlungsbedarf, das ganz klar zum Ausdruck gebracht. Dass dazu eine Arbeitsgruppe des Landtags unseretwegen auch unter Zuhilfenahme von externem Sachverstand eingerichtet werden soll, das haben wir in der Vergangenheit zum Ausdruck gebracht, dazu stehen wir auch weiterhin. Ob man allerdings dazu ein solch aufwändiges Verfahren braucht, wie Sie das in Ihrem Antrag beschrieben haben, das sei mal dahingestellt. Aber darüber kann man sicher im Ausschuss reden.

Meine Damen und Herren, mein Fazit: Dass es in diesem Hause Unterschiede in den moralischen Ansprüchen bei den Abgeordneten in den einzelnen Fraktionen bei dem einen oder anderen fachlichen Thema gibt, davon konnte ich mich in den letzten sieben Jahren hinreichend überzeugen. Dass sich dabei immer - regelmäßig - eine Fraktion ausgerechnet bei der Frage, die uns nun alle gleichstellt, als Moralapostel für alle anderen darstellt, diese Erkenntnis wird uns wohl leider noch eine ganze Weile begleiten. Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, meine Damen und Herren, dass die wirklichen Sachargumente in dieser Diskussion die Oberhand behalten und nicht billiger Populismus. Danke schön.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS hat sich der Abgeordnete Buse zu Wort gemeldet.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU:
Das würde ich nicht machen; nach dem Vortrag kannst du dich doch nur blamieren.)

Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, gestatten Sie, dass ein Populist noch einmal zu dem Antrag spricht, Herr Höhn.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Ihre Argumente ...)

Ach, Herr Höhn, es ist eine gewisse Schizophrenie, wenn ich das so sagen darf, wenn ich Ihr Verhalten im Ältestenrat nach der Äußerung der Präsidentin im Dezember vergangenen Jahres nachvollziehe, und das, was Sie heute sagen. Für was brauchen wir eine Arbeitsgruppe, um bei dem Gesetz zu bleiben, wie es ist, wenn wir höchstens über die Frage der Höhe streiten. Ich gebe zu, eines haben wir nicht gemacht: Wir haben unsere Frauen nicht gefragt, das können wir gerne noch nachholen, was sie zu unseren Diäten

sagen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Verehrte Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht sagte in seinem Diätenurteil, dass die Demokratie des Grundgesetzes eine grundsätzlich privilegienfeindliche Demokratie sei. Bezüglich der Entschädigung von Abgeordneten, insbesondere in einem ersten Vergleich des Abgeordnetenrechts Thüringens und Nordrhein-Westfalens, scheint es jedoch, dass diese Grundforderung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1975 erst - nach unserer Auffassung - im Jahr 2005 mit dem vorgenommenen Systemwechsel im Abgeordnetenrecht in Nordrhein-Westfalen Wirklichkeit geworden ist. Das mag unsere Auffassung sein. Eines will ich Ihnen mit auf den Weg geben. Das als puren Populismus abzustempeln, das vielleicht als „Füllen eines Sommerlochs“ zu bezeichnen, das zeugt von einer Ignoranz, Herr Höhn, die ist bald nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Hahnemann hat bei der Begründung unseres Antrags auch schon zu Nordrhein-Westfalen gesprochen; Sie haben eben selbst längere Ausführungen dazu gemacht. Weil der Name Schleswig-Holstein gefallen ist, möchte ich daran erinnern, dass auch Nordrhein-Westfalen und dieser damit verbundene Systemwechsel eine Vorgeschichte hat. Im Januar 2001 hat der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags in Einvernehmen mit allen Fraktionen eine unabhängige Sachverständigenkommission mit dem Auftrag eingesetzt, unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Abgeordnetenentschädigung in Schleswig-Holstein umfassend zu überprüfen. Die vom ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Ernst Benda geleitete Kommission kam zu ähnlichen Sichtweisen wie in Nordrhein-Westfalen. Auch dort wurde die Abschaffung der steuerfreien Aufwandspauschalen gefordert und auch dort wurde der Umstieg auf die Eigenvorsorge der Abgeordneten vorgeschlagen. Eine Reform des Abgeordnetenrechts war und ist nicht nur eine Frage in Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen, wir kennen solche Diskussionen ja gegenwärtig auch im Deutschen Bundestag und auch in anderen Landtagen, ergebnisoffen, aber die Diskussionen finden ja statt. Die Gemeinsamkeit im Herangehen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen war vor allem, dass das Anliegen mittels einer Arbeit einer Sachverständigenkommission beraten und zur Veränderung vorbereitet worden ist. Nordrhein-Westfalen hat eine gewisse Besonderheit, dort wurden die Reformen mit einer erfolgreichen Volksinitiative mit über 107.000 Unterschriften begleitet. Das mag für dieses Land Nordrhein-Westfalen wenig sein, aber die Volksinitiative hat stattgefunden.

In der parlamentarischen Debatte im Landtag von Nordrhein-Westfalen äußerte der CDU-Abgeordnete Heinz Hart den Wunsch, ich darf zitieren: „dass die Reform in Nordrhein-Westfalen auch in den übrigen deutschen Parlamenten viele Diskussionen auslösen und das Diätenrecht auch dort verändert werden sollte.“ In Umfragen war ermittelt worden, dass 82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens sich diesen Systemwechsel wünschten. Nach Verabschiedung des Gesetzes titelte eine Zeitung in Nordrhein-Westfalen dann auch, ich darf zitieren: „In der Realität angekommen.“ Ich zweifle daran, dass wir dies von unserem gegenwärtigen Abgeordnetenrecht auch schon sagen können, und deshalb ziehen wir die Beibehaltung dieses Rechts in Zweifel.

In diesem Sinne wird es auch unseres Erachtens jetzt Zeit, dass in Thüringen endlich über diese Fragen der Reform des Abgeordnetenrechts verstärkt diskutiert wird. In der Vergangenheit gab es im Freistaat vielfältige Diskussionen und Änderungsvorschläge zum Abgeordnetengesetz, teilweise wurden sie aufgelöst bzw. auch nachhaltig begleitet durch entsprechende Verfahren an Verfassungsgerichten einschließlich des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Eines ist doch auch interessant: Der Ausgangspunkt der Überlegungen der Benda-Kommission in Schleswig-Holstein war das Verfassungsgerichtsurteil von 2000 in Thüringen. Wir haben das nicht ganz so ernst genommen in Thüringen, sind darüber etwas großzügiger hinweggegangen, haben gemeint, einige kleine Korrekturen an unserem Abgeordnetengesetz reichen. Ich glaube, wir sollten uns am Beispiel von Schleswig-Holstein hier auch auf den Weg begeben. Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, hat auch der Thüringer Landtag beständig einen Änderungsbedarf des Abgeordnetengesetzes angezeigt, wenn ich an Anträge aus anderen Fraktionen hinsichtlich der Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes in der 3. Legislatur denke. Bisher wurden leider keine parlamentarischen Initiativen fruchtbringend dazu ergriffen. Wir haben manche Anträge vertagt mit dem Hinweis, lasst uns im Komplex darüber reden.

(Unruhe bei der SPD)

Wir meinen jetzt, die Zeit wäre reif, diese komplexe Diskussion zu führen. Deshalb meinen wir, dass diese dringend notwendige Diskussion nicht länger aufgeschoben werden sollte. Wir bezweifeln aber unsererseits unter Berücksichtigung verschiedener Problemlagen, dass eine einfache Novellierung des Thüringer Abgeordnetengesetzes ausreichend ist. Da mögen wir ja uns unterscheiden von anderen Ausgangspositionen. Nach unserer Auffassung sollte der Landtag der Forderung z.B. auch des Bundes der Steuerzahler Thüringen nachkommen und die grundlegenden Reformansätze von Nordrhein-Westfalen

in Thüringen übernehmen. Mit dem heutigen Antrag in Drucksache 4/2084 haben wir Ihnen doch kein Abgeordnetengesetz vorgeschlagen; wir haben Ihnen vorgeschlagen, in eine ernsthafte, inhaltliche und zielführende Diskussion zu dieser Problematik einzutreten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Höhn, wenn ich allein Ihren Beitrag nehme, habe ich schon Zweifel über die Ernsthaftigkeit und die Zielführung dieser Debatte.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich habe registriert, dass es die Äußerung sowohl von Herrn Schröter als auch von Ihnen gibt, die Diskussion über diesen Antrag in einem Ausschuss fortzuführen. Bitte?

(Zwischenruf Abg. Schröter, CDU: Es gibt nur drei Möglichkeiten der Entscheidung.)

Ich habe doch gesagt, ich habe es positiv registriert. Entschuldigen Sie, das war doch jetzt gar keine Kritik an Ihnen.

Nun darf ich noch die Hoffnung daran anknüpfen, dass mit dieser Debatte in einem Ausschuss, sicherlich im Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, dieser Antrag nicht noch einmal ein halbes Jahr schmort, sondern dass er beraten, diskutiert, wegen mir auch verändert wird und dann recht zügig in das Parlament zurückkommt. Davon würden wir uns gern leiten lassen.

Bei der Diskussion vorhin ging mir eine Bemerkung von Frau Taubert gestern nicht aus dem Kopf. Frau Taubert, Sie können mich gern berichtigen. Sie haben gestern in Ihrem Beitrag zur Gesundheitsreform an den im Menschen innewohnenden Egoismus erinnert. Nun hoffe ich, dass Abgeordnete auch Menschen sind und auch ein gewisser Egoismus in uns allen, da nehme ich die eigene Fraktion gar nicht aus, ist.

(Unruhe bei der CDU)

Gerade deshalb sind diese Fragen des Abgeordnetenrechts nicht etwas von Gott Gewolltes, sondern dass wir uns selbst auch gegenüber der Öffentlichkeit diesem zu stellen haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Schwäblein, Sie haben in Bezug auf die Indexregelung gesagt, es gibt ja die Drucksachenveröffentlichung im Thüringer Landtag, wo jeder, der es will, nachlesen kann, wie sich aufgrund der Indexregelung

in unserer Landesverfassung die Grunddiäten - man kann es dann auch nachlesen an den Sachkostenschüssen, die wir bekommen, oder an den Pauschalentwicklungen - entwickeln. Ich würde Sie ganz einfach einmal bitten nachzulesen, was der Bundestagspräsident in dem Zusammenhang mit der jetzigen indirekten Einführung der Indexregelung im Deutschen Bundestag auch gesagt hat, die haben es ja übernommen in das Abgeordnetengesetz. Er hat extra betont, dass es für ihn ganz wichtig ist, dass die Indexregelung in einem jährlichen Gesetz verankert wird, und sich dafür ausgesprochen, dass es 2006/2007 so ist. Eine gesetzliche Verankerung ist eine Norm für Diskussionen, Debatten und Veröffentlichung und hat auch eine Außenwirkung. Nun können Sie sagen, unsere Landesverfassung ist ein Gesetz, aber diese konkreten Summen erscheinen leider nur in Drucksachen, in Informationen und Unterrichtungen der Präsidentin.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU:
Gesetze werden in Drucksachen veröffentlicht.)

In einem ersten Schritt haben wir natürlich vor - und daraus machen wir keinen Hehl, das ist eigentlich der Kern unseres Antrags, wenn er denn angenommen werden sollte, ich lasse das noch mal offen -, dass die Diskussion über diese Fragen maßgeblich durch die Arbeit einer Sachverständigenkommission initiiert werden sollte. Sie kennen den entsprechenden Antrag. Wir haben uns aber auch getraut, und das erzeugt ja wohl hier die Reaktionen, für die Reform des Thüringer Abgeordnetengesetzes einige Grundsätze und Ziele vorzuschlagen, an denen sich die Diskussion ja auch jetzt hier - von mir aus teilweise - entzündet. Ich möchte deshalb in diesem Zusammenhang auf einige eingehen. Die Begrifflichkeit „Normalsteuerbürger“ - oder was weiß ich - stört auch Kollegen hier im Haus in unserem Antrag. Sie ist für meine Begriffe vernachlässigbar, weil, das ist eine politische Kategorie. Hinter dieser Begrifflichkeit steht doch inhaltlich der Wechsel von steuerfreien pauschalen Aufwandsentschädigungen hin zum Geltendmachen mandatsbedingter Aufwendungen als Werbungskosten nach geltendem Steuerrecht. Das kann man so mittragen oder auch nicht und da kann man kritisch dazu stehen. Ich sage mal, es wurde hier aufgezeigt, dass das natürlich Problemlagen mit sich bringt. Und das erste halbe Jahr in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, dass das nicht einfach ist, für alle beteiligten Seiten übrigens,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das haben Sie aber schön gesagt, Herr Kollege.)

ja, für Abgeordnete wie auch für Finanzämter nicht einfach ist. Aber ich habe mir das jetzt angeschaut, im

Mai ist das Abgeordnetengesetz in Brandenburg novelliert worden - Sie sind darauf eingegangen. Nun frage ich mich, worin der Unterschied besteht, ob ich - wenn ich Abgeordneter in Brandenburg wäre - für mein Abgeordnetenbüro, für das ich jeden Monat die Mietzahlungen nachweisen muss gegenüber der Präsidentin, um vom Landtag die Zahlung zu bekommen, das genauso gut beim Finanzamt machen könnte.

(Zwischenruf Abg. Taubert, SPD: Nein, eben nicht.)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist aber ein ganz entscheidender Unterschied.)

Nein. Ich glaube, es gehen manche Parlamente aus Gründen, die ich nicht ganz nachvollziehen kann, Wege, die sich teilweise mit dem Wechsel des Systems nach unserer Sicht anders lösen könnten.

Verehrte Damen und Herren, als einen weiteren Grundsatz für die Arbeit der Sachverständigenkommission haben wir im Antrag die Eigenvorsorge für die Alterssicherung verankert.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Bekanntlich weisen mehrere Verfassungsurteile, darunter auch der Weimarer Gerichtshof, darauf hin, dass die Altersversorgung des Abgeordneten in einem angemessenen Verhältnis zur Zeit der Mitgliedschaft im Parlament stehen muss. Eine Altersversorgung, die für zehn Jahre Abgeordnetentätigkeit mehr Versorgung bringt, als ein Rentenbeitragszahler mit Höchstbeitrag in 50 Jahren Arbeitsleben zusammenbekommen kann, ist danach für meine Begriffe höchst verfassungsrechtlich bedenklich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Und wenn Sie allein diese Tatsache berücksichtigen, müssten Sie rechnen ...

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Welche Tätigkeit haben Sie da zugrunde gelegt?)

Den Normalsteuerbürger, 39 Jahre alten Thüringer, den es hier gibt. Es gibt doch einen Schnitt in Thüringen, Herr Kollege, das wird doch in Einkommensfragen zugrunde gelegt als rechnerische Größe. Herr Höhn, allein diese Tatsache - und ich bin hier keinem Kollegen zu nahe getreten in den Pressegesprächen, die ich hatte dazu, habe ich nur mein Beispiel genannt. Es kann ja sein, dass die Präsidentin sagt: Buse, du kannst nicht rechnen. Aber ich habe gesagt, ich werde zehn Jahre wahrscheinlich diesem Landtag angehören, wenn er sich denn nicht vor 2009 auflöst. Wenn ich nach dem Abgeordnetengesetz meine Ren-

tenzahlungen dann bekomme oder kriegen könnte, beträgt die Höhe 1.760 €.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Einkommensnachweis ...)

Nun sage ich mal, dafür müsste eine alte Frau lange stricken oder müsste viel einzahlen. Und da fragen Sie, woher wir die Zahl willkürlich greifen - Rückstellung oder Berücksichtigung von 3.000 € im Monat für diese Zahlung. Die haben wir uns nicht aus den Fingern gesaugt. Ich gebe zu, dass wir da keine Experten sind in diesen Rentenrechtsfragen. Sie sehen das ja auch in der Zusammensetzung der Kommission oder in dem Vorschlag, wer in der Kommission sitzt: Versicherungs- und Rentenexperten auch mit vorzuschlagen, die mögliche Modellrechnungen eventuell dann auch mit anstellen könnten. Diese Zahl, das gebe ich zu, habe ich geklaut vom Thüringer Steuerzahlerbund. Das sind Veröffentlichungen, Publikationen, die sind ja allen zugänglich, das hätten Sie auch lesen können.

(Zwischenruf Abg. Lieberknecht, CDU: Sehr neutral.)

Das mag ja tendenziös sein, aber die Zahlen der Landesregierung sind es mitunter auch.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich gebe Ihnen eine zweite Zahl hierzu. Wir gehen in unseren Überlegungen davon aus, Sie haben die Zahlen von Nordrhein-Westfalen genannt, 1.500 €, sage ich jetzt mal, wir gehen von 1.000 € für eine eigene Altersvorsorge aus. Dieser monatliche Anteil ist nach Aussagen von Fachleuten hinreichend für eine angemessene Vorsorge für das Alter und die Vorsorge auch der Hinterbliebenen.

Weil Sie das Thema Versorgungswerk hier so hochgespielt haben: Sie hätten Herrn Dr. Hahnemann richtig zuhören sollen. Er hat eigentlich die grundlegende Position der Linkspartei.PDS hier dargelegt, dass unsere Fraktion, auch die Linkspartei insgesamt, das mit dem Versorgungswerk nur als einen Zwischenschritt betrachtet, weil wir meinen, den Schritt Ihnen vorzuschlagen oder hier zu diskutieren, sofort in die gesetzliche Rentenversicherung einzutreten, das wäre ein zu großer Schritt. Aber wenn es denn sein soll, würden wir uns diesen Problemen nie verwehren

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

und würden sagen, wir würden gleich den ganzen Schritt tun. Das sind so die Orientierungen, wo wir gesagt haben, es gab schon mal einen Schritt von Abgeordneten aus unterschiedlichen Parteien hin in

ein Versorgungswerk. Da mögen in Nordrhein-Westfalen die Abgeordneten die Ausnahme sein. Aber wir dachten, das wäre eventuell leichter nachzuvollziehen für uns. Bei aller Problematik, die Versorgungswerken innewohnen, das ist uns klar, und ob wir in Thüringen ein eigenes brauchen, möge die Kommission diskutieren. Ich glaube, es müsste gar nicht sein. Es gibt Berufsgruppen in Thüringen, die haben den Schritt über Staatsverträge in andere Versorgungswerke schon gemacht, wenn ich allein an die Steuerberater denke. Das könnte man auch nachvollziehen. Ob das das günstigste ist, lasse ich auch völlig offen. Aber ich glaube, der letzte Schritt überhaupt, in eine gesetzliche Rentenversicherung einzutreten, ist nun auch nicht eine linke Position urkommunistischer Tradition. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern; Sie wissen, dass von 1968 bis 1977 die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf dieser Versicherungsbasis für ihr Alter abgesichert waren.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das nutzt dem Steuerzahler gar nichts.)

Das glaube ich noch nicht, Herr Matschie.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Buse, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Schwäblein?

Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Aber gern.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte, Herr Abgeordneter Schwäblein.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Herr Abgeordneter Buse, wenn Sie für einen solchen Systemwechsel bei Abgeordneten sind, haben Sie dann auch die Konsequenz, das von den Bürgermeistern, Landräten und Beigeordneten auch zu verlangen?

Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Herr Schwäblein, diese Bemerkung oder diese Frage, die Sie jetzt gestellt haben, hat ja Herr Höhn in seinem Beitrag auch schon angesprochen, indem er dann gleich die Landesregierung mit ins Boot genommen hat. Das Ministergesetz zu ändern, haben Sie gesagt, würde dann auch eine logische Konsequenz sein.

Ich könnte mir vorstellen - was weiß ich, ob es Folgen für weitere Amtsträger hat, lasse ich völlig offen. Wir 88 Menschen sollten über uns bereden und vielleicht

auch ein Zeichen setzen.

(Unruhe bei der CDU, SPD)

Meine Damen und Herren, der Eigenanteil von Abgeordneten entspricht damit nicht nur dem Grundsatz der Gleichstellung zu dem Normalbürger oder Normalsteuerbürger, sondern knüpft unproblematisch auch an Modelle an - das hatte ich gesagt -, die in vergangenen Jahrzehnten schon praktiziert wurden. Ich meine, wenn die Politik von Bürgerinnen und Bürgern fordert und sie ermuntert, mehr Eigeninitiative zur Altersversorgung zu ergreifen, dann sollten wir uns auch dem selbst nicht verschließen.

Meine Damen und Herren, wir negieren nicht, dass in Schleswig-Holstein wie in Nordrhein-Westfalen gegen den Wechsel von steuerfreien Aufwandsentschädigungen zur Geltendmachung mandatsbedingter Aufwendungen als Werbungskosten vor allem ein Vorbehalt vorgebracht worden ist - Herr Höhn hat das hier etwas anders formuliert -, wir kennen es, das Finanzamt dürfe mit einer solchen Prüfung nicht befasst werden, weil die staatlichen Behörden nicht die politische Notwendigkeit zu Aktivitäten prüfen dürfen. Sie haben auch damit genannt, dass es gegenwärtig da aufgrund der praktischen Erfahrung in Nordrhein-Westfalen nun Verständigung zwischen Landtag und den Finanzämtern für eine landesweit einheitliche Vorgehensweise im Umgang mit den Werbungskosten gekommen ist. Sie haben auf die Dicke dieses Werkes verwiesen. Ich glaube, das allein mit als einen Ablehnungsgrund zu nehmen, halte ich für nicht ganz gerechtfertigt.

Herr Höhn, ich habe doch versucht Ihnen zu sagen, dass es kein Gesetzesantrag ist, den wir stellen. Es ist ein Antrag, der die Diskussion, die wir alle so wollen und für notwendig halten, in Gang setzen oder auch initiieren soll, sach- und fachkundig begleiten soll. Da wird man sicherlich alles bereden können. Aber wenn wir schon bei Durchschaubarkeit bzw. Transparenz sind, möchte ich noch zwei weitere inhaltliche Forderungen zum Abgeordnetengesetz damit hier benennen. Das ist die Forderung nach Abschaffung der Indexregelung - wir haben darüber schon gesprochen - und nach Ausweitung der Offenlegungspflichten. Diese Fragen werden bekanntlich immer wieder durch aktuelle politische Vorkommnisse aufgeworfen. Ich kann ja auch nichts dafür, dass der VW-Konzern Abgeordneten Kohle hinterher geschmissen hat für Tätigkeiten, die nie stattgefunden haben. Diese Fragen werden bekanntlich dann immer wieder in einer Art und Weise diskutiert, die eine sachliche Diskussion - wenn es dann so ist, durch Skandale - nicht möglich machen. Deswegen sollten wir darüber in aller Ruhe diskutieren. Entsprechende Änderungen hin zu einer verstärkten Offenlegung von Nebentätigkeiten und Nebenverdiensten gegenüber

der Öffentlichkeit sind auch im Abgeordnetengesetz des Bundes nachvollziehbar. Einige Mandatsträger haben dagegen mittlerweile Klage beim Bundesverfassungsgericht eingelegt. Das sollte aber die Abgeordneten des Thüringer Landtags nach meiner Auffassung nicht abhalten, sich mit dieser Frage ebenso zu beschäftigen. Man kann ja begleitend zu den Verfahren dazu die Diskussion führen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das habe ich befürwortet.)

In anderen demokratischen Staaten gibt es zu diesem Problem viel schärfere Regeln als in Deutschland, aber vielleicht auch ein anderes Einkommensteuergesetz. Auch diese Regelungen sollten bei der Diskussion aber in den Blick genommen werden. Das reicht von einer detaillierten Öffentlichmachung von beruflichen und gesellschaftlichen Aktivitäten bis hin zu Einkommensaufstellungen, über das Verbot der Ausübung bestimmter Funktionen für die Zeit des Mandats bis dahin, dass Aktien- und sonstige Firmenanteile des Abgeordneten und nächster Angehöriger für die Zeit des Mandats unter unabhängig treuhänderischer Verwaltung gestellt werden, so z.B. in den USA. Es gibt auch Länder, in denen Einkünfte aus Tätigkeiten außerhalb des Mandats auf die Abgeordnetenbezüge angerechnet werden.

Wir wollen überhaupt keines dieser Modelle auf Deutschland übertragen, aber man sollte sich doch wenigstens anschauen, warum andere demokratische Staaten so weitreichende Regelungen getroffen haben. Da gibt es ja auch jeweils Gründe. Die liegen sicherlich auch in historischen Erfahrungen dieser Länder und auch in dem Umgang mit der Demokratie.

Zu unserer Position der Abschaffung der Indexregelung wurde in der Einbringung schon einiges gesagt. Nur so viel noch: Obwohl der Bundestag gerade das Indexverfahren für sich entdeckt und das Abgeordnetengesetz dahin gehend geändert hat - ich bin darauf eingegangen -, sollte das den Thüringer Landtag nicht davon abhalten, zum guten alten Gesetzesbeschluss über die Diätenhöhen zurückzukehren. Wir sind dafür, auch diese Fragen in die Beratungen mit externem Sachverstand mit einzubeziehen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, meine Damen und Herren, wir als Fraktion der Linkspartei.PDS meinen, eine umfassende Reform, orientiert am NRW-Modell, macht Sinn auch für Thüringen. Der Landtag sollte sich hier auf den Weg machen. Wir meinen, Thüringen sollte sich NRW nicht nur inhaltlich zum Vorbild nehmen, Vorbildcharakter hat auch die Art und Weise, wie die Reform in Nordrhein-Westfalen erarbeitet wurde. Deshalb haben wir im vorliegenden Antrag vorgeschlagen, das Reformgesetz in einer gesellschaftlich breit angelegten Sachver-

ständigenkommission vorzubereiten.

Über die Größe und die Zusammensetzung dieser Kommission kann man unterschiedlicher Meinung sein, darüber kann man diskutieren. Wir haben versucht, ein Spektrum gesellschaftspolitischer Organisationen und Institutionen zusammenzubekommen, das verschiedene Bereiche und Fragestellungen abdeckt. So sollen unseres Erachtens die ehemaligen Abgeordneten ihre Erfahrungen aus der parlamentarischen Arbeit einbringen, ohne sich dem Vorwurf der Befangenheit im eigenen Interesse aussetzen. Die Vertreter des Rechnungshofs, des Verfassungsgerichtshofs könnten vor allem die steuer- und verfassungsrechtlichen Fragen begutachten. Der Rechnungshof kann auch bei der Klärung von haushalterischen Fragen behilflich sein und Prognosen sowie Berechnungen erstellen. Zu diesen Fragen könnten auch der Bund der Steuerzahler und die Steuergewerkschaft Fachkundiges beitragen. Die Rechtsanwaltskammer sollte ihre Sachkunde nicht nur zur Klärung rechtlicher Fragen zur Verfügung stellen, sondern kann auch Erfahrungen zur sozialen Absicherung in den Strukturen eines Versorgungswerks einbringen. Auch der Verband der Deutschen Versicherungswirtschaft kann bzw. sollte seine Fachkompetenz in Sachen Wirtschaftlichkeitsberechnungen und anderes in die Kommission einbringen. Mit den Vertretern aus Handwerks- bzw. der Industrie- und Handelskammer und dem DGB sowie den zwei Dachverbänden der Sozialorganisation Parität und Liga wäre ein breites gesellschaftliches Spektrum nach unserer Meinung abgedeckt.

Auch über die Zeitschiene kann im Ausschuss noch diskutiert werden. Allerdings hat die Reformdiskussion in NRW gezeigt, dass auch aus verfassungsrechtlichen Gründen ein so weitreichender Systemwechsel zum Wechsel der Legislatur rechtlich am einfachsten zu machen ist und wir deshalb die mögliche Entscheidung über die konkrete Umsetzung der Reform mit Thüringer Abgeordneten rechtzeitig vor der nächsten Landtagswahl zu treffen haben. Wir müssen in Thüringen also das Rad nicht neu erfinden. Außerdem laufen auch in anderen Bundesländern und Bundestag Reformdiskussionen. Zu nennen ist hier Schleswig-Holstein - Herr Höhn, Sie sind darauf eingegangen, dass die Diskussion wiederbelebt worden ist. Aber warum sie gescheitert ist, darauf sind Sie leider nicht eingegangen. Es lag nicht an den Vorschlägen der Kommission. Das wissen Sie vielleicht genauso gut wie ich. Ganz aktuell ist sie wieder aufgeflammt in Baden-Württemberg. Dort hat die Opposition im Land, doch vor allem die SPD angekündigt, eine Reform in diesem Sinne anzustoßen.

In diesem Sinne haben wir uns als Fraktion eine sachliche Beratung und ggf. Beschlussfassung des Antrags als Ausgangspunkt einer zielführenden Dis-

kussion und Reform des Thüringer Abgeordnetengesetzes gewünscht. Möge die Diskussion im Ausschuss zu einem für alle Fraktionen tragfähigen Antragsvorschlag kommen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Mir liegen keine weiteren Redeanmeldungen mehr vor, so dass ich die Aussprache schließen kann.

Es ist beantragt, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksache 4/2084 an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es hier Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? Es gibt einige Stimmenthaltungen. Mit Mehrheit ist der Antrag an den Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten überwiesen worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 14 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**

Festlegung von Förderprioritäten für die Förderung touristischer Infrastrukturen in Thüringen

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/2088 -

Die SPD-Fraktion hat nicht das Wort zur Begründung beantragt und die Landesregierung hat angekündigt, dass Herr Minister Reinholz den Sofortbericht erstattet. Bitte, Herr Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Antrag der Fraktion der SPD „Festlegung von Förderprioritäten für die Förderung touristischer Infrastrukturen in Thüringen“ nehme ich für die Landesregierung wie folgt Stellung:

Unter Punkt 1 Ihres Antrags ersuchen Sie um einen Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen zur investiven Tourismusförderung aus der Landestourismuskonzeption 2004. Dem komme ich gern nach, meine Damen und Herren, da wir die dort niedergelegten Empfehlungen bereits nahezu vollständig abgearbeitet bzw. umgesetzt haben.

So wurde z.B. der Förderstopp für das Beherbergungsgewerbe im Jahr 2004 aufgehoben. Seit Juli 2004 können wieder touristische Investitionen im Rahmen der einzelbetrieblichen GA unterstützt werden, sofern hierfür ein erhebliches Landesinteresse

besteht. Hierzu wurde dann auch eigens ein Förderungsausschuss unter Beteiligung der Thüringer IHKS, der TTG, des DEHOGA Thüringen eingerichtet. Dieses Fachgremium befasst sich mit der Frage, ob die vorliegenden Anträge im Bereich des Tourismusgewerbes, z.B. Hotelförderung, aus tourismuspolitischer Sicht geeignet sind, mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe unterstützt zu werden.

Ebenfalls 2004 wurde damit begonnen, ganz gezielt in die Verbesserung des Thüringer Radwegenetzes zu investieren. Dabei wurde der Schwerpunkt auf den qualitativen Ausbau der 13 Fernradwege einschließlich der Verbindungsspannen gelegt, da diese letztendlich das Rückgrat des Thüringer Radwegenetzes und damit auch das Aushängeschild bei der Vermarktung durch die TTG darstellen. Dies schließt im Übrigen die entsprechende Beschilderung nach bundeseinheitlichen Vorgaben sowie die Förderung von Parkplätzen mit ein. Als ein Resultat dieser kontinuierlichen Entwicklung konnte die TTG im Jahr 2005 eine aktuelle thüringenweite Radwegkarte auflegen und auch entsprechende Produkte anbieten.

Was die touristische Erschließung des Nationalparks Hainich angeht, ist im vergangenen Jahr mit der Eröffnung des Baumkronenlehrpfads ein erster Schritt getan worden. Ergänzend dazu wurde dessen touristische Anbindung auch durch eine entsprechende Beschilderung an der Bundesautobahn 4 verbessert. Weitere Schritte wie die gemeinsame Profilierung von Naturschutz und Umweltbildung auf der einen und touristische Angebote auf der anderen Seite werden gerade im so genannten Pilotprojekt Hainich von den Akteuren in der Region massiv vorangetrieben. Bei diesem Pilotprojekt, das im Übrigen aus meinem Haus finanziert wird, handelt es sich ebenfalls um eine Empfehlung aus der Landestourismuskonzeption.

In der Rhön wiederum wurde erst im Mai dieses Jahres der Rhönradweg als 13. Fernradweg Thüringens eröffnet. An der Saale wird ab diesem Jahr die Infrastruktur für das Wasserwandern umfangreich ausgebaut und damit Kanu-Touristen die Möglichkeit gegeben, von Sachsen-Anhalt bis weit nach Thüringen hinein ihrem Sport nachzugehen. Was die bessere Abstimmung der Förderprogramme und Förderprojekte mit touristischem Bezug angeht, hat die Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe „Tourismus“ eingesetzt. Darüber hinaus werden Förderanfragen und Förderanträge aus dem Bereich der touristischen Infrastruktur und des Tourismusgewerbes zentral von der TTG beurteilt. Durch die Einbindung der TTG wird zudem gewährleistet, dass das Produkt dann auch geeignet ist, entsprechend vermarktet zu werden. Des Weiteren beurteilt die TTG auch alle Arbeitsmarktanträge mit touristischem Bezug. Im Bereich der Radwege ist zudem das TMBV als Koordinierungsstelle mit eingebunden.

Was nun den Punkt 2 Ihres Antrags angeht, so darf ich Ihnen sagen, dass die Thüringer Tourismuspolitik längst klaren Schwerpunkten folgt und insofern kein Bedarf an irgendwelchen zusätzlichen, allgemeinen Prioritätenlisten besteht, zumal Sie diese Liste nach Regeln aufstellen wollen wie der, dass die Förderung besonderer touristischer Attraktionen in touristischen Zentren Priorität haben soll.

Meine Damen und Herren von der SPD, das sind Selbstverständlichkeiten, die nun wirklich zum elementarsten Rüstzeug der Tourismusförderung gehören; nicht anders der Hinweis, der Förderung von Gemeinschaftsprojekten Vorrang einzuräumen - das sind Allgemeinverständlichkeiten. Mit solchen irgendwie immer richtigen Festlegungen können Sie auch keine Prioritätenlisten aufstellen, sondern allenfalls Plattitüdenlisten. Da ist, denke ich, die Landesregierung schon ein ganzes Stück weiter, als Sie, Ihrem Antrag nach zu urteilen, es zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind.

Wir orientieren uns bei der Tourismusförderung vor allem an den Zielen und Empfehlungen der Landestourismuskonzeption. Daneben sind die Marketingthemen der TTG - Sie kennen Sie, „Aktiv und Natur“, „Städte und Kultur“ und „Gesundheit und Wellness“ - ein ganz wesentliches Kriterium. Nicht zuletzt spielen für eine realistische, am Machbaren orientierte Politik auch die verfügbaren Haushaltsmittel eine wesentliche Rolle.

Darüber hinaus muss aber differenziert werden. Mit allgemeinen Prioritätenlisten der genannten Art kommt man, denke ich, kein Stück weiter. Eine wichtige Differenzierung betrifft z.B. die nach touristischen Zielgruppen. Städtetourismus, Wandertourismus oder Kulturtourismus unterliegen ganz unterschiedlichen Trends und auch unterschiedlichen Anforderungen. Das, meine Damen und Herren, lässt sich einfach nicht alles über einen Kamm scheren.

Nehmen wir das Beispiel Sporttourismus. Hier werden wir im Rahmen der Konzeption Sporttourismus in Thüringen, basierend auf einem Ist-Profil, Handlungsfelder und Maßnahmen ableiten. Diese werden dann ganz konkreten inhaltlichen und räumlichen Prioritäten zugeordnet werden. Wie ich dazu bereits mehrfach ausgeführt habe, werden erste Ergebnisse zum Bereich Wintersporttourismus noch in diesem Jahr vorliegen. Die Gesamtkonzeption wird dann im Jahr 2007 fertiggestellt sein.

Da wir gerade beim Thema Wintertourismus sind, möchte ich im Hinblick auf Ihren Antrag gleich noch anmerken, dass die Landesregierung bereits seit den 90er-Jahren sehr, sehr viel Geld in die Hand genommen hat, um u.a. Lifтанlagen zu erneuern, neu zu bauen oder das Spuren von Loipen mit entsprechen-

der Technik sicherzustellen. Es kann jedoch, meine Damen und Herren, nicht sein, dass 10 bis 15 Jahre Einsatz dieser hochkarätig geförderten Technik nicht ausreichen, um entsprechende Mittel für eine notwendige Ersatzbeschaffung anzusparen. Hier immer nur nach dem Land zu rufen, denke ich, ist der falsche Ansatz.

Diejenigen, die in erster Linie von den Touristen, die nach Thüringen kommen, auch profitieren, sind letztlich die Kommunen und die touristischen Leistungserbringer vor Ort. Insofern muss zuallererst auch dort überlegt werden, wie das touristische Angebot in der erforderlichen Qualität vorgehalten werden kann oder neu erbracht werden muss. Dies gilt übrigens nicht zuletzt auch für die Parkplatzsituation am Rennsteig. Natürlich wird sich die Landesregierung nach Vorlage des Konzepts Sporttourismus in Thüringen sehr genau ansehen, wo der weitere Bedarf überhaupt liegt. In Abstimmung mit den Kommunen und mit dem Regionalverbund Thüringer Wald wird dann geprüft, wie diesem Bedarf natürlich auch förderseitig entsprochen werden kann.

Doch nun zurück zur Tourismusförderung, meine Damen und Herren. Sie orientiert sich nicht nur an den inhaltlichen Anforderungen einzelner touristischer Bereiche oder an der Tatsache, dass Förderung immer nur Anschubförderung und niemals Dauersubventionierung sein kann. Ein weiterer wichtiger Punkt lautet, wir müssen uns angewöhnen, und damit, meine Damen und Herren, meine ich auch die kommunale Ebene, Thüringen stärker aus der Sicht des Touristen, nämlich des Kunden, und seiner Anforderungen an die Urlaubsdestination zu betrachten. Der Wurm muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler, das habe ich sehr oft im Zusammenhang mit der Tourismuskonzeption gesagt. Wunsch-dir-was-Listen, denen keine Nachfrage gegenübersteht, sind das Letzte, was wir hier brauchen und was wir dann auch noch fördern. Daher habe ich auch entschieden, dass zunächst nur ein Naturerlebnisbad, nämlich die Schwimm- und Badeteichanlage in Schweina, als Mustereinsatzfall gefördert wird. Die dort dann gemachten Erfahrungen im Betrieb werden wir uns sehr genau anschauen und dann werden wir entscheiden, ob diese Art von Freibädern zukünftig gefördert werden soll.

Natürlich werden die Förderanfragen aus den einzelnen touristischen Bereichen nach ihrer Bedeutung gewichtet und in Förderlisten zusammengefasst. Dabei werden selbstverständlich natürlich auch Prioritäten gebildet, und das nicht erst seit gestern. Denn nur dadurch ist gewährleistet, dass die Förderpolitik mit der strategischen Ausrichtung der Tourismuspolitik einhergeht. Wichtig ist es aber, solche Listen nicht zu einem Förderkorsett erstarren zu lassen, das einem dann am Ende die Luft abdrückt. Vielmehr sollte

eine gewisse Flexibilität und Handlungsfähigkeit dabei gewahrt bleiben. Deshalb werden diese Listen auch mehrmals im Jahr von uns überprüft und auch an die aktuellen Erfordernisse der jeweiligen Notwendigkeiten angepasst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, das Fazit zu Ihrem Antrag lautet: Teil I - erledigt. Die Empfehlungen der Landestourismuskonzeption wurden und werden umgesetzt; Teil II - ablehnen, denn hier werden Förderprioritäten mit derzeit nicht angezeigten Vorfestlegungen und Allgemeinplätzen verwechselt. Das kann und wird die Landesregierung nicht mittragen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Wird die Aussprache zum Sofortbericht gewünscht? Das zeigt die SPD-Fraktion an. Nur die SPD-Fraktion? Die CDU-Fraktion auch. Gut, die SPD- und CDU-Fraktion wünschen die Aussprache zum Sofortbericht. Ich eröffne nun die Aussprache und rufe als Ersten für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Heym auf.

Abgeordneter Heym, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz besonders auch die in der Kantine, die sich gerade offensichtlich um die Uhrzeit stärken.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Die hören dich aber.)

Mit dem vorliegenden Antrag fordert die SPD-Fraktion erstens einen Bericht über die bisherigen investiven Maßnahmen der Tourismusförderung, ausgehend von der Tourismuskonzeption, und im zweiten Teil eine Prioritätenliste zur Schwerpunktförderung für die zukünftige Förderung der touristischen Infrastruktur.

Wir haben es gerade gehört, der Minister hat zu dem ersten Teil einen umfassenden Bericht abgegeben. Ich will dazu nur noch so viel sagen: Seitdem die Landestourismuskonzeption gilt, hat das Wirtschaftsministerium wieder bestimmte Förderungen aufgenommen, die schon einmal eingestellt waren. Ich denke da z.B. an das Beherbergungsgewerbe, wobei man aber schon sagen muss, dass auch das in den letzten Jahren keine absolute Regelung gewesen ist. Wir sollten auch nicht unerwähnt lassen, wie viele Investitionen in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für, ich sage jetzt einmal - Forstwirtschaft in dem Wanderwegbereich realisiert worden sind und dass dabei auch noch eine ganze Menge - wenn auch nur befristeten - Arbeitsplätzen gehalten wer-

den konnten.

Damit will ich auch schon zum zweiten Teil des SPD-Antrags kommen. Wenn man die von der SPD formulierten Kriterien liest, kann man zu dem Schluss kommen, das ist nichts Verkehrtes. Aber das heißt nicht, dass nun ein daraus gegossener Katalog auch zielführend wäre. Ganz und gar der letzte Anstrich: Bevorzugte Förderung des Ausbaus der Lift- und Abfahrtsanlagen am Großen Inselsberg zu einem Skizentrum Westthüringen - das ist kein Förderkriterium, vielmehr, denke ich, schimmert da die Handschrift von der Kollegin Doht durch, die wohl vor der eigenen Haustür etwas bessere Alpensportbedingungen erreichen will. Das ist zunächst nichts Unanständiges. Aber nach der Rede, Kollegin Doht, die Sie vorhin zum Demographiebericht gehalten haben - die, nebenbei bemerkt, für mich und nicht nur für mich eine Zumutung war -, müsste man eigentlich dort oben am Inselsberg alles platt machen.

Ich möchte hier noch mal von der Seite einschleichen, eingehend auf Ihre Ausführungen von vorhin: Die Automobilmetropole Eisenach hat die kulturelle Bedeutung einer Theaterstadt Meiningen nie erreicht und wird sie nicht erreichen, auch wenn Ihnen das vielleicht nicht passt. Die Meininger maßen sich auch nicht an, dass ihr Schloss Landsberg dieselbe Bedeutung wie die Wartburg hat, sie damit zu vergleichen. Und umgekehrt sehe ich die Bedeutung zwischen den Theatern Meiningen und Eisenach. Das nur mal an der Stelle als Erwiderung an Sie.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Wir wollen es doch nicht gleichsetzen, wir wollen doch nur ...)

Doch ich möchte zurückkommen zu dem Inselsberg: Wer bei gutem Schnee schon mal da oben gewesen ist - und ich bin das auch manchmal -, wird bestätigen, dass die Autos bereits auf der Zufahrtsstraße abgestellt werden, weil nicht genügend Parkplätze oben vorhanden sind und weil mancher Gast auch schlicht zu faul ist zu laufen. Es ist auch erlebbar, dass die Gaststätten, wenn die entsprechenden Witterungsverhältnisse da sind, auf dem Plateau an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Es ist damit also nicht getan, Lift und Abfahrtshang auszubauen, es müsste die ganze Infrastruktur erweitert werden mit Straßen, mehr Parkplätzen und allem, was dazugehört, denn sonst haben die Gäste - und das haben wir im letzten Winter an anderer Stelle mehrfach erlebt - am Ende eines Urlaubstags mehr Frust als Freude erlebt. Dann stellt sich auch die Frage, ob denn nicht die Leistungsträger, die Gaststätten, die an dem Mehr an Gästen auch verdienen, bereit sind, selbst in den Ausbau solcher Wintersportanlagen zu investieren.

Die anderen von Ihnen aufgeführten Punkte sind aus meiner Sicht nicht falsch, aber sie werden bereits vom Wirtschaftsministerium angewendet. Viel wichtiger als die Prioritätenliste ist meiner Meinung nach der Erhalt und die Unterhaltung von bereits geschaffener Infrastruktur. Ich denke da zum Beispiel - der Minister hat es ja auch schon mal anklingen lassen - an Radwege. Ich bin erst am Sonntag 40 km lang an der Werra unterwegs gewesen. Da kann man schon sagen, da merkt man an der Gemarkungsgrenze von manchen Gemeinden, wer es ernst meint mit dem Tourismus, welche Gemeinde nicht erst nach dem Land und nach Geld ruft und wer das eben auch anders praktiziert. Und es ist auch nicht wahr, dass die Kommunen keine Planungssicherheit hätten. Gerade was die Abstimmung und Förderung von Radwegen angeht, gibt es intensive Abstimmungen. Und man darf an der Stelle auch mal sagen, dass gerade in dem Bereich in den letzten Jahren ein wirklich gutes Netz hergestellt worden ist in Zusammenarbeit aller Beteiligten. Sicher muss noch viel getan werden, aber wenn wir seriös bleiben, dürfen wir dabei auch nicht außer Acht lassen, dass die finanziellen Möglichkeiten eben begrenzt sind.

Generell gesagt, kann man, glaube ich, bereits heute gut erkennen, wo sich touristisch etwas bewegt, wo sich die Akteure vor Ort bewegen, wo es auch Sinn macht, z.B. die Erweiterung eines Hotels zu fördern, weil eben Gästezahlen, weil Nachfragen und weil auch die Konzepte entsprechend gut sind.

(Zwischenruf Abg. Doht, SPD: In Erfurt, im Domhotel.)

Dazu will ich auch ein Beispiel geben: Ein Hotel in Zella-Mehlis hat vor drei Jahren eine Förderung für den Um- und Erweiterungsbau erhalten, in einer Zeit, in der eigentlich keine Beherbergungsbetriebe gefördert worden sind. Warum sage ich das? Da es eben nicht notwendig ist, eine Prioritätenliste zu erstellen, um Kriterien festzulegen. Dieses überschaubare Land Thüringen offenbart längst, wo es Sinn macht, öffentliche Gelder zu investieren und wo nicht.

In unserem Hauptreisegebiet, dem Thüringer Wald, sind die neuen Strukturen auf einem guten Weg. Die Projekte, die durch das Land unterstützt werden sollen - und darüber haben wir hier von der Stelle aus auch schon gesprochen -, sind inzwischen weitestgehend abgestimmt mit dem Wirtschaftsministerium und mit der TTG. Auch da setzt dieser Regionalverband seine Schwerpunkte selbst, stimmt sie mit dem Land ab und ich wüsste kein Verfahren, welches da effektiver wäre. Das läuft also auch ohne Prioritätenliste. Was aber in Zukunft eine größere Rolle spielen sollte: Ich meine, wir müssen - und das Thema hatten wir vorhin - die sich verändernde Demographie stärker berücksichtigen. Bei allem Bemühen, auch at-

traktive Angebote für junge Touristen anzubieten, die größte Gruppe der Touristen in unserem Land sind 50 Jahre und älter. Dieser Personenkreis wird in den nächsten Jahren noch stärker anwachsen. Dieser Personenkreis empfindet eine erlebbare Barrierefreiheit als wohltuend und das hat oftmals nicht mal was mit Behinderung zu tun, sondern betrifft sowohl das entsprechend hergerichtete Hotel, aber auch das touristische Angebot. Deshalb sollte überlegt werden, insbesondere die Einrichtungen noch mehr zu unterstützen, die Barrierefreiheit sowohl bei Investitionen als auch bei touristischen Angeboten unterstützen. Ich meine, das kann zum Schluss sogar ein Standortvorteil gegenüber anderen Reisegebieten werden, wenn wir zeitig - und das wäre eigentlich ab sofort - darauf Wert legen, den Bedürfnissen der älteren Generation noch stärker Rechnung zu tragen. Aber wie gesagt, man kann das alles machen ohne eine Prioritätenliste und wir sollten es wirklich unterlassen, uns durch noch mehr unnötige Regelungen und damit Fesseln in den Handlungsmöglichkeiten einzuschränken. Aus diesem Grund noch einmal: Der Antrag von Ihnen ist nicht verkehrt, aber wir brauchen ihn nicht. Deshalb hat meine Fraktion keinen Anlass, diesem Antrag auch zuzustimmen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abgeordnete Doht zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, also dass unser Antrag richtig ist, davon sind wir von vornherein überzeugt. Dass er auch gebraucht wird, Herr Heym, das würde ich Ihnen dann gern im Weiteren noch an einigen Beispielen beweisen.

Aber lassen Sie mich vorab noch ein paar allgemeine Dinge zum Tourismus in Thüringen sagen. In Thüringen wird jährlich ein Bruttoumsatz von ca. 1,9 Mrd. € durch den Tourismus erwirtschaftet und ca. 900 Mio. € sind Einkommen bei den Leistungsträgern. Das ist mehr, als manch anderer Industriezweig erwirtschaftet. Damit ist der Tourismus in Thüringen fast die wichtigste Wirtschaftsbranche. Insofern ist es nicht zu verstehen, dass hier immer nur nach dem Motto agiert wird: „Das machen wir alles schon! Das haben wir alles schon! Und hier machen wir noch ein Konzept!“ Wenn man genauer dahinter schaut, dann klemmt es doch in einigen Bereichen noch und wir haben es 16 Jahre nach der Wende noch immer nicht geschafft, effektive Strukturen zu schaffen. Wir haben die TTG, das ist gut und richtig, dass wir die haben. Aber auch hier klemmt es nach wie vor in der Zusammenarbeit zwischen TTG und

den Regionalverbänden. Wir haben Rivalitäten der einzelnen Häuser. Da haben wir das Wirtschaftsministerium, laut Kabinettsverteilung zuständig für den Tourismus. Wir haben den Minister Trautvetter, der gleichzeitig in Südthüringen sehr aktiv ist und den heimlichen Tourismus-Minister spielt. All das sind Dinge, die letztendlich nicht der Entwicklung des Tourismus in Thüringen dienen.

Wir haben bei weitem noch nicht alle Zielvorgaben der Landestourismuskonzeption entsprechend umgesetzt, so wie das der Minister hier gern glauben machen möchte. Nein, es klemmt noch an vielen Stellen und deswegen lassen Sie mich schon noch einiges zu den Einzelpunkten unseres Antrags sagen. Wir haben hier unter 2. verschiedene Punkte für eine Prioritätenliste aufgeführt. Da ist ein Punkt die „Förderung besonderer touristischer Attraktionen in touristischen Zentren unter Beachtung der Nachfolgekosten und der Sicherstellung eines dauerhaften Betriebs“. Auch wenn das banal klingen sollte und vernünftig ist - es ist aber in dieser Landesregierung nicht immer so gehandhabt worden, da darf ich nur an die Spaßbäder erinnern, wo keiner gefragt hat: Können wir den dauerhaften Betrieb sicherstellen? Was ist mit den Folgekosten für die Kommunen? Nein, es sind Millionen aus der GA hineingeflossen und es hat niemand danach gefragt. Aus diesem Grund haben wir hier einen Punkt, der eigentlich ganz selbstverständlich ist, wieder auf die Liste genommen: die Förderung von Gemeinschaftsprojekten und Gemeindeverbünden auch mit entsprechenden REKs zur Tourismusentwicklung. Auch hier könnte aus unserer Sicht ...

Vizepräsidentin Pelke:

Frau Abgeordnete, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heym zu?

Abgeordnete Doht, SPD:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Pelke:

Bitte, Herr Abgeordneter Heym.

Abgeordneter Heym, CDU:

Ja, vielen Dank. Frau Kollegin Doht, Sie haben gerade die so genannten Spaßbäder angesprochen. Ich bin nun noch nicht so lange in diesem Haus, können Sie mir konkret sagen, in der Zeit, als diese Bäder entstanden sind, gegen welche Bäder, gegen welche Standorte sich zum Beispiel Ihre Fraktion ausgesprochen hat damals, dass sie sich dafür ausgesprochen hat, die nicht zu fördern?

Abgeordnete Doht, SPD:

Ja, das kann ich Ihnen sagen. Wir haben uns damals gegen Hohenfelden ausgesprochen, das war nämlich das letzte Spaßbad, das gefördert wurde, als wir in Regierungsbeteiligung waren; alle anderen Bewilligungsbescheide waren vorher schon raus. Wir haben sehr lange darum gerungen, mussten aber dann feststellen, dass der damalige Wirtschaftsminister Schuster auch dort schon einen Bescheid erteilt hatte, so dass wir das nicht mehr hätten aufhalten können, ohne für das Land finanzielle Kosten zu bekommen.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Die SPD wollte das auch, jetzt ist es gut.)

Sehen wir uns doch die Landschaft dort an, schauen wir nach Teistungen, schauen wir ins TABS, die Probleme in Oberhof, die sind mir alle bekannt. Aus diesem Grund steht hier der Punkt noch einmal drin, dass man sich auch bei anderen touristischen Infrastruktureinrichtungen sehr genau ansieht, wo setze ich so eine Einrichtung hin, was wird der dauerhafte Betrieb kosten, ist er auch gewährleistet, damit wir keine Investruinen in diesem Bereich produzieren und Fördermittel in den Sand setzen.

Aber lassen Sie mich zum nächsten Punkt kommen, die Förderung von Gemeinschaftsprojekten der REKs. Sehr viele REKs haben sich in der Vergangenheit mit der Entwicklung des Tourismus in ihrer Region befasst, zum Beispiel auch das REK um den Großen Inselsberg; aber darauf komme ich dann noch einmal im Detail. Diese REKs sind damals auch mit Mitteln des Landes in nicht unerheblichem Umfang gefördert worden. Dann kann man irgendwann nicht an dem Punkt stehen bleiben, dass wir sagen, wir haben zwar die Konzepte gefördert, aber für die Umsetzung tun wir jetzt nichts mehr. Nein, wir wollen, dass diese Umsetzung der REKs auch gefördert wird, weil viele nämlich auch in den Schwerpunktorten des Tourismus sind. Auf der anderen Seite haben wir in den letzten Jahren immer GA-Mittel in Größenordnungen zurückgegeben, die wir nicht einsetzen konnten; die wären im Tourismus eigentlich gut angewendet gewesen.

Das nächste Thema - Förderung von Naturerlebnisbädern: Wir haben eine Schwimmbadentwicklungskonzeption in Auftrag gegeben, zwar viel zu spät, aber sie ist vorgelegt worden, sie ist auch noch einmal überarbeitet worden. Sie sieht Prioritäten vor, in welchen Bereichen noch Freibäder saniert werden sollen, wo Bedarf vorhanden ist, wo man das kurzfristig tun will, wo mittelfristig und wo ich diesen Bedarf nicht mehr habe. Ich habe aber das Problem, dass Kommunen sagen, ich will ja mein Freibad erhalten, ich kann das aber nicht so, sondern ich möchte es lieber als Naturbad machen, weil dann meine Be-

triebskosten wesentlich geringer sind. Dann kann ich nicht verstehen, dass man einerseits diese Kommune, nehmen wir einmal das Beispiel Bad Frankenhausen, in der Schwimmbadentwicklungskonzeption als Förderbedarf für ein Freibad festgehalten hat in der Prioritätenliste, aber den Antrag, das als Naturerlebnisbad zu fördern, ablehnt. Ich will es nicht aus der Sportförderung nehmen. Ich denke, da sind wir uns in diesem Hause einig, die rund 3 Mio. €, die wir jährlich in der Sportförderung zur Verfügung haben, die sollten dann auch für Einrichtungen aufgewendet werden, in denen ich auch Leistungssport treiben kann, in denen die Sportvereine ihren Sport treiben können, die können wir nicht für diese Dinge noch aufwenden. Aber Mittel aus der GA aufzuwenden, um hier etwas zu tun, das wäre möglich, das ist möglich und da brauchen wir auch nicht darauf warten, was nun dieses Pilotprojekt in Schweina bringt, weil wir diese Pilotprojekte in den alten Bundesländern seit Jahren haben, wo wir hinschauen können, wie die Bäder dort funktionieren. Was ist mit den Betriebskosten? Wie wirkt sich das aus? Wie wird es vom Besucher angenommen? All diese Ergebnisse sind da, da muss man nur einmal über den Tellerrand schauen und deswegen unsere Forderung, es eben nicht bei dem Pilotprojekt in Schweina zu belassen, sondern da, wo entsprechend der Schwimmbadkonzeption auch vom Land, vom Ministerium aus Handlungsbedarf gesehen wird und die Kommunen aber sagen, ein konventionelles Freibad ist mir zu teuer, das kann ich auf Dauer nicht betreiben, eben die Möglichkeit dieses Naturbades zu schaffen.

Förderung von Parkplätzen: Sie hatten auch gesagt, wir wären da schon sehr weit, wir sind da sehr weit, was es an Konzepten gibt. Erst jüngst hat mir der Naturpark Thüringer Wald wieder ein Konzept für den ruhenden Verkehr im Thüringer Wald vorgelegt. Herr Meusel war bei mir, wir haben lange darüber geredet. Das Problem ist, dass wir aber bislang noch nicht einen Parkplatz mehr haben. Auch wenn Sie hier das Pilotprojekt „Hainich“ nennen, den Baumkronenerlebnispark, dort haben wir einen massiven Mangel an Parkplätzen.

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Das ist etwas, was nicht stimmt.)

Hier muss etwas geschehen, wir brauchen keine Konzepte dazu, wir brauchen - doch, es ist so - dafür keinen Masterplan für den Wintertourismus, sondern wir müssen die entsprechenden Parkplätze oder Verkehrsanbindungen - nicht in jedem Fall wird man überall ausreichend Parkplätze schaffen können - dann auch schaffen. Eins will ich hier in diesem Zusammenhang auch sagen: Diese Mautlösung, die von Herrn Meusel ins Gespräch gebracht wurde, das kann nicht die Lösung sein. Es kann nicht sein,

dass wir noch nicht mal genügend Parkplätze haben und auf der anderen Seite aber von dem Wintertouristen, der Skiloipen benutzen will, jetzt Geld dafür fordern und sagen, dafür, dass du jetzt bezahlst, dass du in die Loipe kannst, kannst du kostenlos parken, wenn er überhaupt keinen Parkplatz findet. Ich muss allerdings auch sagen, ich habe mich bei den Kommunalpolitikern in der Region und im Verband umgehört, es scheint wohl so, dass dieser Vorschlag, den er angesprochen hat, auch nicht mehrheitsfähig ist. Deswegen sollten wir hier nicht weiter darüber diskutieren, aber von uns wird es dafür keine Zustimmung geben.

Das Nächste, die Förderung von Fahrzeugen und Technik für den Wintertourismus: Es ist richtig, dass vor 15/16 Jahren die Kommunen in Größenordnungen investiert haben und das Land auch in Größenordnungen gefördert hat, aber das ist 15/16 Jahre her und inzwischen ist viel Technik in einem Zustand, wo sie ausgewechselt werden müsste, wo sie ersetzt werden müsste. Ich habe dazu eine kleine Anfrage gestellt. Es ist für mich schon erschütternd, dass die Landesregierung nicht mal weiß, wie viel Technik im Einsatz ist, aber wenn man hier einen Gerätepool bilden würde, dann wäre nämlich auch das laut den GA-Richtlinien förderfähig. Wir könnten uns vorstellen, dass unter dem Dach des Regionalverbunds hier ein Pool gebildet wird, wo diese gesamte Technik gehalten wird. Dann könnten

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Das kann man aber nicht mit den Leuten vor Ort machen. Das ist graue Theorie.)

auch bei der Wiederbeschaffung oder bei Reparaturen entsprechende Rabatte erreicht werden, die eine einzelne Kommune nämlich nicht erzielen kann, und ich hätte auch die Möglichkeit, dann in diesem Gebiet des Regionalverbunds verschiedene Stützpunkte einzurichten und die Technik untereinander auszutauschen. Also hier könnten sowohl Kommunen als auch das Land sehr viel Geld sparen. Aber sich einfach nur hinzustellen und zu sagen, die, die in den letzten Jahren das Geld im Tourismus erwirtschaftet haben, sollen jetzt bitte auch für die Technik zahlen und am Ende kann ich ja vom Skifahrer noch ein bisschen was abkassieren, ich glaube, das ist nicht förderlich für den Tourismus.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Wir haben schon wieder Sozialismus.)

Das hat mit Sozialismus überhaupt nichts zu tun. Das ist rein betriebswirtschaftliches Denken.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Was ist denn, wenn die Kommune nicht will?)

Nun lassen Sie mich zum letzten Punkt kommen, zum Großen Inselsberg. Also, Herr Heym, das hat wenig mit Lokalpatriotismus zu tun, sondern lesen Sie doch einmal die Landestourismuskonzeption, die führt nämlich für den Wintersport bestimmte Schwerpunkte auf. Der erste Schwerpunkt, der dort aufgeführt wird, ist der Große Inselsberg - aber dort ist überhaupt noch nichts getan. Dann empfehle ich Ihnen, gehen Sie an einem schönen Winterwochenende oder auch in den Winterferien nach Oberhof, stellen sich eine Stunde am Fallbachlift an und in zwei Minuten sind Sie, wenn es überhaupt so lange dauert, den Hang wieder heruntergerutscht.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: 30 Sekunden.)

Ja, bitte schön. Das wäre auch eine Entlastung für den Bereich Oberhof, das macht nämlich einen Touristen auch nicht viel Freude, wenn er dort nur anstehen muss und nicht fahren kann. Also müssen wir doch Entlastungsmöglichkeiten schaffen. Die andere Seite ist die, wer einmal aus dem Nordthüringer Raum oder noch weiter vom Norden kommt, nach Steinach gefahren ist in die Skiarena Silbersattel, die ja sehr schön ist, aber selbst mit der Fertigstellung der A 71 sind sie da immer noch Stunden unterwegs. Deswegen, hier ist ganz einfach der Bedarf da. Wie gesagt, die Landestourismuskonzeption weist es ja so aus.

Was Ihre Aussagen zu den Parkplätzen und zu den Hotels betrifft: Sicherlich, wenn da mehr Touristen kommen, wird sich auch in Sachen Hotel noch mehr tun. Die oben sind manchmal sehr voll, aber gehen Sie mal an die Grenzwiese und zum Kleinen Inselsberg, die sind bei weitem nicht so überlaufen. Es gab, noch zu einer Zeit, als der Tourismus noch von einem Wirtschaftsminister Schuster verantwortet wurde, bereits Pläne, dass die Kommunen um den Inselsberg auf Grundlage des REK gesagt haben, wir wollen das gemeinsam ausbauen. Brotterode hat damals darauf verzichtet, für ihren eigenen Skihang einen Förderantrag zu stellen. Es gab einen Antrag, einen Sessellift von Tabarz bis hoch auf den Großen Inselsberg zu bauen, das heißt, ich könnte dann mein Auto auch unten im Ort, in Tabarz, stehen lassen, wo ich durchaus ein Mehr an Parkplätzen habe oder auch noch Möglichkeiten, zusätzliche Parkplätze zu schaffen. All diese Dinge lagen doch vor. Aber es ist in den ganzen Jahren nichts passiert, deswegen haben wir das hier wieder aufgegriffen. Auf der anderen Seite muss ich Ihnen auch sagen, wenn ich zu Hause im letzten halben Jahr oder auch noch länger die Lokalpresse aufgeschlagen habe, dann habe ich von Plänen gelesen, in Ruhla, oberhalb von Klein-Thüringen, einen Abfahrtshang einzurichten. Und da frage ich mich: Hat das noch was mit vernünftiger Politik zu tun, wenn ich dort auf 900 Meter Höhe eine

Lifanlage, einen Abfahrtshang habe, den ich nur sanieren müsste, den ich seit Jahren liegen lasse, verkommen lasse, und auf der anderen Seite auf 600 Meter Höhe, wo ich keinerlei Schneesicherheit gewährleistet habe, einen Abfahrtshang einrichte? Was hirnrissigeres, Entschuldigung, das gibt es doch nun wirklich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen diese Prioritäten und deswegen unser Antrag, deswegen möchten wir das hier festgeschrieben haben, auch weil das natürlich alles Geld kostet und irgendwo haushaltsrelevant ist, damit sich auch der Landtag in den nächsten Jahren darauf einstellen kann, was für den Bereich Tourismus gebraucht wird und was vorrangig gefördert werden muss. Insofern halten wir unseren Antrag nicht nur für richtig, sondern auch für wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Als nächster Redner hat das Wort Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Heym, als Erstes möchte ich mich mal an Sie wenden.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Gerne.)

Ich bin enttäuscht.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Ich auch oft.)

Sie haben der Landesregierung für den - nach Ihnen - umfassenden Bericht nicht gedankt. Ich hätte erwartet, dass das zum Ritual gehört. In meinen Augen ist es ein halbherziger Bericht, Herr Minister. Ich werde an einige Fragen von Frau Doht anschließen, aber zu Beginn der Debatte zu sagen, Punkt II lehnen wir ab, zeugt von hoher Intoleranz. Es ist ja da dieser alte Diktus: Unsere Landesregierung ist auf der Höhe der Zeit, sie braucht keine Aufträge vom Parlament. Wenn das Grundlage und Konsens sein sollte, dann sollte auch die mittlere Fraktion z.B. in der Sondersitzung beim Föderalismus nicht davon abgehen und die Landesregierung beauftragen, im Föderalismus aktiv zu werden. Das war ja der letzte Antrag, wenn ich das richtig im Kopf habe.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Manche Ausnahmen sind wichtig.)

Ja. Herr Minister, ich stimme Ihnen zu, Schwerpunkt-aufgaben der Tourismuskonzeption 2004 für Thüringen waren und sind die Schaffung effizienter Strukturen bei touristischen Akteuren und auch in der Vermarktung, da sind wir uns sicherlich einig, die Verbesserung von Angeboten und deren Vermarktung und auch der Aufbau und die Modernisierung der physischen Infrastruktur - soweit habe ich das aus Ihrer Rede vom vergangenen Jahr, vom 21.04.2005, verinnerlicht. Ich hoffe, es hat sich daran nichts geändert. Bei allen Bemühungen, die es unzweifelhaft gibt, bei zu verzeichnenden Arbeitsergebnissen mit positiver Entwicklung bleiben wir als Fraktion dabei, dass wir hinter den verfolgten Zielen im Tourismuskonzept gegenwärtig zurückbleiben. Deswegen ist Ihre Berichterstattung für uns nicht ganz so in euphorischer Stimmung nachzuvollziehen. Sie mögen ja mit einigen Kritikpunkten von Frau Doht, die hier vorgebracht wurden, nicht einverstanden sein, aber es gehört ganz einfach dazu. Das Recht steht Ihnen zu, die positiven Ergebnisse hier darzustellen oder das, was geleistet ist, aber so gehört es auch dazu, das als Opposition nicht zu negieren, das ist richtig, aber auch, als Opposition vielleicht auf die eine oder andere Schwachstelle hinzuweisen. Ich hoffe, es gelingt mir.

Es mögen die Folgen der alten touristischen Kleinstaaterei heute noch wirken bzw. auch noch nachwirken und es mag unterschiedliche Ernsthaftigkeit in Regionen geben, das Konzept mitzugestalten. Da mögen auch fiskalische Gründe oder Möglichkeiten und Potenzen, beginnend beim Land, das setzt sich ja fort bis hin in die Kommunen, eine Rolle spielen. Ich stelle für mich und meine Fraktion fest, wir brauchen in Thüringen zu lange, um ein ganzheitliches Konzept zu erstellen und ein ganzheitliches Wirken der Akteure zu erreichen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Für mich ist das Tourismuskonzept - und wenn ich Sie richtig verstanden habe, am 21. April vergangenen Jahres, Herr Minister, auch für Sie - kein abgeschlossenes ganzheitliches Konzept, sondern es gibt hier und da Punkte - darüber kann man streiten oder diskutieren -, die verstärkt oder überhaupt auch erst aufgenommen werden sollten. Ich werde in der Rede dann noch Ausführungen dazu machen.

Ich sage mal - jetzt nehmen Sie es mir nicht übel -, eine wesentliche Ursache für diesen Zustand lasten wir dem zuständigen Ministerium an. Bekanntlich führten wir hier im Landtag am 21. April eine Debatte zur begonnenen Umsetzung des Tourismuskonzepts und zu dessen weiterer Qualifizierung. Sie selbst, Herr Minister, haben die Notwendigkeit der Einbindung sportlicher Events in ein umfassendes Destinationmarketing hier von diesem Pult aus betont, was

im Tourismuskonzept unzureichend zum Ausdruck kam und bedauerlicherweise auch heute noch zum Ausdruck kommt. Es ist ja nicht erst seit dem 21. April 2005, sondern - ich muss Ihnen sicherlich nicht lange aus dem Konzept zitieren - ich stelle nur fest, im Abschnitt „Planung und Management von Großereignissen“ ist im Konzept verankert und ich darf zitieren: „Insbesondere Sportevents und da ganz besonders Wintersportveranstaltungen haben das Potenzial, den Bekanntheitsgrad der Veranstaltungsorte und darüber hinaus des gesamten Freistaats signifikant zu erhöhen.“ - Anfang 2004 bereits geschrieben. Erst anderthalb Jahre später hat man begonnen, sich dieser Frage konzeptionell zu nähern - jedenfalls behaupte ich das, es wird sicherlich Widerspruch von Ihnen geben. Bisher blockierte nach meinem Dafürhalten auch ein Streit innerhalb des Ministeriums um die notwendige Kompetenz das notwendige Handeln. Erst jetzt scheint man mit der Übertragung dieser Aufgabe an eine Kölner Einrichtung auf dem Weg zu sein, gemeinsam mit dem sportlichen und touristischen Partner sich diesen Fragen zielorientiert zuzuwenden. Ich hatte in meinem Redekonzept hier stehen: Ich hoffe, es dauert nicht noch einmal anderthalb Jahre, bis wir ein tragfähiges Rezept oder konzeptionelle Überlegungen hier haben, vorstellen und an die Umsetzung gehen. Sie selber haben in Ihrem Beitrag gesagt, Sie rechnen damit, im Jahre 2007 wird das Konzept fertig sein. Das ist in der Erarbeitung des Landestourismuskonzepts bis zum Jahre 2007 allein in dieser einen Frage ein langer Weg.

Ich denke, auch aus aktuellen Veranstaltungen heraus, die wir durchgeführt haben bzw. durch Vereine, Verbände und Kommunen zum barrierefreien Tourismus für alle durchgeführt haben, gibt es Nachholbedarf in unserem touristischen Agieren. Nach wie vor bemängeln wir die unzureichende Berücksichtigung dieses Problems im Tourismuskonzept, obwohl dankens- und lobenswerte Initiativen und Aktivitäten in Städten und Regionen zum barrierefreien Tourismus zu verzeichnen sind. Neben der Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, aber auch älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern am kulturellen und touristischen Leben ist damit eine Steigerung in der Tourismuswirtschaft zu vollziehen. Das ist gut, wir haben es immer gesagt, Menschen mit Behinderungen sind eine wichtige Zielgruppe, auch wenn Menschen mit Behinderungen sich nicht als Zielgruppe verstehen, sondern sie wollen Teilhabe am kulturellen und auch am touristischen Leben haben. Aber es bleibt auch immer ein wirtschaftlicher Faktor, das ist unstrittig. Der gegenwärtig unzureichende Zustand in dieser Frage veranlasst uns, bezüglich des barrierefreien Tourismus für alle und seine Verankerung im Landestourismuskonzept parlamentarisch nach der Sommerpause aktiv zu werden - ich möchte das hier ankündigen -, so meinen wir, die im ersten Halbjahr stattgefundenen drei Dis-

kussionsrunden, Veranstaltungen, an denen auch Kolleginnen und Kollegen des Hauses teilgenommen haben, parlamentarisch in eine Initiative münden zu lassen. In diesem Zusammenhang beschäftigt uns unter anderem auch die Frage der dauerhaften Sicherstellung und Weiterentwicklung der im InnoRegio-Projekt „Barrierefreie Modellregion“ erreichten Ergebnisse nach dem Auslaufen der Förderung 2006, also zum Jahresende. Auch die zielgerichtete Übertragung der im InnoRegio-Projekt gemachten Erfahrungen auf andere Regionen/Kommunen ist voranzutreiben.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Behandlung von Einzelfragen in Ausschüssen, wie auch hier im Plenum, haben auf weitere Defizite in der Vergangenheit hingewiesen. Ich denke dabei an die Debatte BUGA 2007. Ich denke an die Diskussion zu fehlenden bzw. unberäumten Parkplätzen vor allem in den Wintersportorten oder ich denke auch an die Debatte um die Spaßbäder in Thüringen und deren Fortbestand.

Herr Heym, ich könnte Ihnen jetzt auch nicht sagen, ob unsere Fraktion konkret gegen die Förderung des Bades X, Y oder Z im Landtag war. Ich kann mich nur entsinnen an den ständigen Disput mit dem ehemaligen Minister Schuster hinsichtlich der Spaßbäder, dass wir immer nachgefragt haben: Welches Konzept für die Förderung von Spaßbädern hat denn die Landesregierung? Sie hatte keins. Sie hatte damals keins und die Dinger wurden hingeknallt nach Gutdünken. Im Untersuchungsausschuss, dem ich angehöre, höre ich dann immer: Ja, man kannte sich, es gab Absprachen, ein offizielles Antragsverfahren gab es nicht - auch nicht in dem Zusammenhang Spaßbäder - und man hat dann Maßnahmen realisiert. Ich glaube, das war unsere Kritik damals und da ging es nicht darum, ob nun Hohenfelden oder in dieser oder jener Frage.

Auf ein anderes Beispiel möchte ich heute auch noch eingehen: In dem nordthüringischen Ort Bilzingsleben werden seit dem Jahre 1969 Funde von Archäologen freigelegt, die weltweit für Aufsehen sorgten. Die fast 400.000 Jahre alten Reste stellen eine der Wiegen der Menschen in Europa dar. Führungen bei laufenden Ausgrabungen oder Voranmeldungen sind zwar möglich, so sagen mir die Kollegen dort, es existiert keine museale Einrichtung vor Ort, weil, so wörtlich, hier hört man vom Förderverein der Fundstätte, dass durch das Ministerium kein Interesse besteht. Wer sich neben dem Besuch auf der Grabungsstelle umfassend informieren möchte, muss nach Weimar ins dortige Ur- und frühgeschichtliche Museum fahren. Bislang wurde seitens des Landes noch nicht einmal ein Antrag auf Aufnahme in die UNESCO-Welterbeliste gestellt, obwohl nach Aussagen von Experten die Chancen äußerst aussichtsreich wären. Woanders, wie im Nachbarland Sachsen-Anhalt, wo mit

einem nachgebauten Observatorium bei Goseck und der Nebraer Himmelsscheibe Touristenscharen angelockt werden, wird hier nicht einmal für eine Originalfundstelle geworben. Ich bin sicher, das touristische Interesse nicht nur bei ausländischen Besuchern wäre groß. Dieses und sicherlich auch andere Beispiele zeigen, dass wir offensichtlich Reserven haben, die Potenziale des Landes zu erkennen und produktiv für die touristische Vermarktung zu nutzen.

Nur wenn man hier eine grundlegende Korrektur vornimmt, kann ein ganzheitlicher Ansatz für Tourismus, der Kunst, Kultur, Naturgeschichte, auch Bildung und die thüringische Gesellschaft miteinander verbindet, entwickelt und umgesetzt werden. Das müsste weiter zügig vorangetrieben werden; denn das ist einer der wenigen Bereiche, wo nach unserer Auffassung relativ kurzfristig Arbeitsplätze geschaffen werden können. Gerade hier ist beispielsweise der einstige vermeintliche geschichtliche Nachteil die Kleinstaatelei, die es ja mal in Thüringen gegeben hat, ein Vorteil. Dieses Kulturerbe macht Thüringen einzigartig, bedeutet aber auch, dass man sich zur Erhaltung von Theatern und Orchestern, zur Denkmalpflege bekennt und dafür etwas tut.

Herr Reinholz, Sie hatten gesagt, Thüringen aus der Sicht der Gäste zu sehen. Wenn ich auf die Seite 65 des Konzepts schaue: Wie zufrieden waren Sie mit einzelnen Leistungen? Dann steht an oberster Stelle mit 57,1 Prozent Kunst und Kultur bei der Gästebefragung. Herr Minister Goebel, verzeihen Sie mir, wenn ich sage, an diese Gästezufriedenheit legen wir jetzt die Axt an mit dem, was Sie verkündet haben.

Kollegin Lieberknecht hat vorhin in ihrem Beitrag von einer Reduzierung um 10,0 Mio. € im Bereich Theater und Orchester gesprochen, die ja fiskalisch stimmt. Aber es geht ja nicht nur um eine Reduzierung um 10,0 Mio. €. Herr Primas, Sie können mich ja gern berichtigen. In Nordhausen sollen 1,5 Mio. € übrig bleiben und das Haus sagt mir, damit ist es nicht mehr betreibbar. Das heißt, es ist nicht eine Reduzierung von 4,9 auf 1,5 Mio. €. Mit den 1,5 Mio. € kann ja noch nicht einmal der Tod dieses Theaters bezahlt und finanziert werden. Verstehen Sie, es ist nicht eine Reduzierung, es ist letztlich eine Streichung und ein Verlust. Das macht es zu diesem Landestourismuskonzept dann wieder zum Widerspruch. Vielleicht sollten Sie, Herr Minister Reinholz, das Tourismuskonzept dem Minister Goebel noch mal erklären und zeigen, denn sonst wird das ein ganzheitlicher Prozess.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich geäußert, Herr Heym hat es gesagt, dass Sie nicht über diesen Antrag der Kollegen aus der sozialdemokratischen Fraktion hier weiter diskutieren möchten. Unabhängig davon möchte ich trotz-

dem den Antrag stellen, den Punkt II an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zu überweisen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Pelke:

Danke. Weitere Redemeldungen von Abgeordneten liegen mir nicht vor. Das Wort hat Minister Reinholz.

Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch mal auf die beiden Redebeiträge von Frau Doht und Herrn Buse kurz eingehen. Herr Buse, Sie gestatten sicher, dass ich mit Frau Doht beginne, da erwischen wir ein paar Dinge von Ihnen gleich mit.

Frau Doht war so freundlich, ihre Rede damit zu beginnen, dass sie gesagt hat, der Tourismus ist fast die wichtigste Wirtschaftsbranche in Thüringen. Da gebe ich Ihnen recht - 1,9 Mrd. € sind ein geballter Umsatz und natürlich auch ein Zeichen seines Erfolgs. Nur deshalb erwirtschaftet der Tourismus das ja auch. Frau Doht, wenn das nun einmal so ist, dann ist das schlichtweg schon einmal ein Beweis dafür, dass die Tourismusförderung in Thüringen funktioniert hat und auch weiter funktionieren wird.

Sie sprachen danach wieder mal von den bekannten Rivalitäten zwischen Kollegen Trautvetter und mir. Nehmen Sie doch nicht alles für bare Münze, was irgendwo in der Zeitung steht. Der Andreas und ich verstehen uns an der Stelle hervorragend. Was denken Sie denn, warum die touristische Beschilderung beim Bauministerium läuft und nicht bei mir? Also ich denke, das sollten Sie einfach zu den Akten legen, das ist nun wirklich schon Schnee von gestern.

Was Ihre Ausführungen zu den Empfehlungen zur investiven Tourismusförderung betrifft, Frau Doht, empfehle ich Ihnen einfach noch mal, in die Tourismuskonzeption reinzuschauen. Unter Punkt 8.6 und unter den Anstrichen 84 bis 94 finden Sie die wesentlichen Aspekte. Wenn Sie das mal ohne parteipolitische Wertung, einfach nur mal objektiv sich ansehen, dann werden Sie sehen, wie viel davon schon erledigt und abgearbeitet ist.

Auch diese ewige Diskussion zu den Spaßbädern - wir haben sie nun einmal, ich kann es auch nicht ändern. Wir müssen sehen, dass wir das Beste daraus machen, und da bin ich auch gewillt, mit dem einen oder anderen Spaßbadbetreiber darüber zu reden, wie wir sie mit Zusammenführung anderer touristischer Infrastrukturen zu dem machen, was sie ei-

gentlich sein sollen - nämlich ein Zentrum auch des Tourismus in Thüringen.

Dann haben Sie sehr lange über die REKs referiert und dass die doch weiter umgesetzt werden sollten. Frau Doht, die Regionalmanagements, die sich in Thüringen gebildet haben, befassen sich genau mit der Umsetzung der REKs im täglichen Leben, nämlich in der Rhön, im Südharz, im Kyffhäuserbereich und auch im Hainichbereich, überall dort, wo jetzt die Regionalmanagements laufen, haben die genau die REKs zur Grundlage. Deshalb werden die REKs an der Stelle auch fortgeführt und fortgeschrieben.

Dann sind Sie sehr lange und sehr ausführlich eingegangen auf das Thema „Naturerlebnisbäder“ und dass wir nur eins fördern, nämlich in Schweina und das als Modellprojekt. Frau Doht, das hat einen sehr definierten Grund. Die Naturerlebnisbäder sind nämlich auch sehr umstritten in der Fachwelt. Gerade bei den hohen Temperaturen, wie wir sie jetzt haben, nützt Ihnen ein großes Naturerlebnisbad, was einfach umschlägt, gar nichts. Deshalb haben wir gesagt, wir fangen mit einem kleinen Bad in Schweina an, sammeln dort die Erfahrungen. Die Fehler, die wir dort machen, werden wir bei den anderen Bädern dann ausmerzen. Aber mit Schweina haben wir eben mal gerade erst angefangen.

Dann ging das Thema los „Förderung von Parkplätzen“. Da haben Sie den Hainich gebracht. Der Hainich ist ja nun gerade das falsche Beispiel. Da ist ein Riesenparkplatz, nicht nur für PKW, auch für Busse. Das habe ich überhaupt noch nicht erlebt, da hat mir noch keiner zugetragen, dass der mal nicht gereicht hätte. Der Parkplatz am Baumkronenpfad ist für meine Begriffe sogar eher überdimensioniert. Und das Thema Mautlösung - legen Sie es weg. Das findet in der Landesregierung auch keine Zustimmung. Das war mal ein Gedanke, aber man kann doch mal einen Gedanken äußern, wie das der Herr Meusel gemacht hat. Er hat es auch gut gemeint an der Stelle, aber das ist ein Thema, was nicht tragfähig sein wird.

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Das ist erledigt!)

Das Thema ist erledigt, aber schon seit Wochen erledigt.

Dann „Technik“ - da kommen wir wieder zu dem ewig gleichen Spiel: Der Freistaat ist für alles zuständig. Der Freistaat hat mal Technik gefördert und die hat er gefälligst auch zukünftig weiter zu fördern und jede Ersatzbeschaffung hat er auch zu fördern. Das kann es nicht sein. Solche Lifte erwirtschaften nämlich auch Beiträge und auch Überschüsse. Ich erinnere

nur an den Lift in Oberhof. Der macht, glaube ich, 180.000 € im Jahr Überschuss.

(Beifall bei der CDU)

Damit kann ich auch wieder investieren in den Lift und muss es nicht dafür nutzen, um irgendwie Quersubventionen in der Gemeinde zu realisieren. Dann haben Sie sich sehr stark versteift in den Lift Tabarz/Oberhof. Das sollten Sie vorsichtshalber, bevor Sie so was hier ansprechen, mal mit Ihrem Parteikollegen Klemm erörtern. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Pleitegemeinde Tabarz auch nur 10 Prozent Eigenanteil für so einen Lift aufbringen will. Das ist schier unmöglich.

(Beifall bei der CDU)

Damit will ich es belassen.

Ich will noch mal kurz auf Herrn Buse eingehen. Herr Buse, Sie hatten davon gesprochen, dass ich gleich von Ablehnung gesprochen habe. Ich denke, dass ich meine Ablehnung dafür aber auch umfangreich begründet habe. Selbstverständlich kann ich dem Hohen Hause hier natürlich nicht vorgreifen. Aber ich gehe davon aus, dass die Begründung, die ich gebracht habe dafür, dass wir so eine Prioritätenliste nicht brauchen, weil wir uns nämlich streng an Kriterien orientieren, eigentlich ausreichend war.

Sie haben dann sehr umfangreich über Sportevents und die fehlende Sport- und Tourismuskonzeption gesprochen. Das heißt doch nicht, wenn so eine Konzeption im Moment noch nicht vorliegt, dass wir uns nicht an solchen Dingen orientieren, dass wir nicht Sportevents für die touristische Vermarktung nutzen. Das klassische Beispiel hatten wir gerade im Thüringenhaus in Turin. Das ist auch aus meinem Haus mit gefördert worden, ganz bewusst mit gefördert worden, weil ich mit dem Bekanntheitsgrad, den ich dort erreicht habe für Thüringen, wesentlich mehr erreiche, als wenn ich ganzseitige Anzeigen für Thüringen in der „FAZ“ oder in der „Süddeutschen Zeitung“ schalte.

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Denkfabrik.)

Denkfabrik, natürlich, zum Beispiel auch.

(Beifall bei der CDU)

Da können Sie riesige Mengen erreichen. Wir hatten 20.000 Besucher geplant, 45.000 sind gekommen. Es heißt doch nicht, wenn ich nicht eine Konzeption habe, in der drinsteht, du musst ein Thüringenhaus fördern, dass ich das nicht trotzdem unabhängig davon tun kann! Oder denken Sie einfach an die

Biathlon-Weltmeisterschaft, das war eine riesige Werbung für Thüringen. Und jeder Biathlon-Weltcup oder auch 2008 die Rodelweltmeisterschaft werden eine riesige Werbung für Thüringen sein. Das nutzen wir auch jetzt schon, unabhängig davon, ob wir eine Konzeption dafür haben oder nicht. Aber ich habe es Ihnen ja versprochen, die Konzeption für den Wintersport kommt im Herbst dieses Jahres und die Gesamtkonzeption, weil der Sommer ja nun nach dem Winter kommt, eben erst danach.

Ich will noch ein paar Worte sagen zum barrierefreien Tourismus, wo Sie auch angekündigt haben, dass Sie dort noch mal parlamentarisch aktiv werden wollen. Barrierefreier Tourismus ist auch ein Ziel der Landesregierung, ist im Fokus der Landesregierung. Aber barrierefreier Tourismus ist nicht nur das Absenken von Bordsteinkanten. Da gehört weiß Gott mehr dazu. Ich erinnere mal daran, dass die TTG auf der ITB in Berlin den Preis als einen der schönsten Stände in Berlin bekommen hat, u.a. weil es der einzige Stand war mit barrierefreiem Zugang.

(Beifall bei der CDU)

Das war einer der entscheidenden Punkte, weshalb sie die Auszeichnung bekommen hat. Oder ich denke an die letzte Barrierefreiheit, die auch mit Förderung des Freistaats geschaffen worden ist, das ist der Baumkronenpfad. Der Baumkronenpfad wäre ohne Lift für ältere Leute nur schwer zu erreichen - ich rede nicht nur von Rollstuhlfahrern; selbst ältere Leute hätten es schwer, den Turm hinaufzusteigen und auf den Baumkronenpfad zu kommen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Der ist aber erst im Nachhinein entstanden.)

Der ist selbstverständlich im Nachhinein entstanden. Aber der ist im Nachhinein deshalb gemacht worden, weil die Landesregierung interveniert hat und nicht weil die Kommunen oder der Landkreis interveniert haben. Die Landesregierung hat interveniert. Im Zusammenspiel mit dem Sozialministerium ist es dann gelungen, das im Nachgang auch hinzubekommen. Also wir haben das schon im Fokus. Wir werden das auch bei allen Dingen im Fokus behalten. Man wird sich da z.B. auch den Gehörlosen und Blinden annehmen müssen, denn nicht nur der Rollstuhlfahrer ist behindert und nicht nur der Rollstuhlfahrer braucht einen barrierefreien Zugang zu touristischen Attraktivitäten. Herzlich Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zunächst zu Ziffer I des Antrags. Ich

gehe davon aus, dass das Berichtersuchen erfüllt ist. Oder gibt es dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall, das Berichtersuchen ist erfüllt.

Wir kommen zu Ziffer II des Antrags. Hier ist die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit beantragt worden. Wer dafür ist, diesen Antrag an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke. Stimmenthaltungen? Dann ist die Überweisung mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir stimmen direkt über den Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/2088 ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Danke. Stimmenthaltungen? Dann ist auch der Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 15 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**

Fortschreitende Zerstörung des Thüringer Waldes durch Infrastrukturmaßnahmen beenden

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS

- Drucksache 4/2093 -

Die Begründung des Antrags ist nicht angezeigt. Damit eröffne ich die Aussprache und als erste Rednerin hat das Wort Abgeordnete Doht, SPD-Fraktion. Es lagen bislang keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, „Fortschreitende Zerstörung des Thüringer Waldes durch Infrastrukturmaßnahmen beenden“ - es wäre schön gewesen, wenn die PDS-Fraktion noch detailliert dazu gesagt hätte, welche Infrastrukturmaßnahmen sie mit ihrem Antrag meint. Ich denke, es geht nicht um die Schaffung von touristischen Infrastrukturen, sondern es geht um Eingriffe im Zusammenhang mit Straßenbau. Ich könnte mir vorstellen, dass Sie die 360-kV-Leitung in dem Zusammenhang ansprechen möchten oder auch andere Dinge. Probleme haben wir schon in dem Bereich, insbesondere, da wir kurz vor der Zertifizierung des Rennsteigs stehen und gewisse Infrastrukturmaßnahmen sicherlich nicht förderlich sind. Nehmen wir das Beispiel der 360-kV-Leitung.

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: 360 gibt es nicht. 380.)

380, Entschuldigung. Man wird sie sicherlich nicht verhindern können. Aber ich denke, es muss auch

Aufgabe der Landespolitik sein, hier zu einem Trassenverlauf, zu einer Trassenführung zu kommen, dass die Natur im Thüringer Wald - und das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Tourismus, die intakte Natur im Thüringer Wald - am wenigsten beschädigt wird, am wenigsten beeinflusst wird. Denn ansonsten wird das auch negative Folgen auf den Tourismus haben, bis hin zu den Leuten, die mit dem Tourismus ihr Geld verdienen. Deswegen - wir haben das Thema ja schon im Ausschuss für Bau und Verkehr behandelt - noch einmal meine Aufforderung auch in Richtung der Landesregierung, hier nach Wegen und Möglichkeiten zu suchen, eine Verlegung zu finden, die mit den geringsten Einflüssen auf die Natur, auf den Thüringer Wald so durchgeführt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Verhindern werden wir diese Leitung mit Sicherheit nicht. Ein anderes Problem, was mir in diesem Zusammenhang einfällt, das ist der Windpark auf dem Milmesberg. Auch dieses Thema haben wir sehr oft im Ausschuss diskutiert. Hier sind wir zwar nur am Rande des Thüringer Waldes und der Einfluss auf die Wartburg als Weltkulturerbe ist sicherlich größer als der auf den Thüringer Wald, aber auch der Landesverband Thüringen der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine e.V. hat schon vor langer Zeit klargemacht, dass sie den Thüringer Wald als Naturpark und letztendlich als Tourismusgebiet durch diese Windmühlen gefährdet sehen. Hier hat leider die Landesregierung nach unserer Auffassung wenig getan, um letztendlich zu einer klaren Entscheidung zu kommen. Jetzt entscheiden Gerichte darüber. Wir müssen sehen, wie das Ganze ausgeht.

Ich will in dem Zusammenhang noch ein drittes, sehr negatives Beispiel aus meiner Region ansprechen, das ist die Verlegung der Gastrasse über den Rennsteig bei Eisenach bei der Hohen Sonne. Hier hat es auch eine Begehung durch den Landeswegewart gegeben zusammen mit dem Geschäftsführer des Fremdenverkehrsverbandes Thüringer Wald, Herrn Spisla. Das Protokoll ist da sehr deutlich in seinen Aussagen, was den Zustand des Rennsteigs zwischen Vacha/Stein und Hohe Sonne betrifft. Ich selbst bin ihn abgefahren.

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Welche Kommune hat die Genehmigung gegeben?)

Ja, das muss man fragen, welche Kommune die Genehmigung erteilt hat. Der Radweg dort ist teilweise eine Schotterpiste. Die Ränder sind beräumt worden. Das ganze Strauchwerk, die Büsche an den Rändern sind dieser Infrastrukturmaßnahme zum Opfer gefallen, bis hin, dass die Beschilderung fehlt. Das ist mit

Sicherheit nicht förderlich für die Zertifizierung des Rennsteigs. Man hat sich jetzt entschieden, den Bereich rauszunehmen. Das kann es aber letztendlich auch nicht sein, wenn wir dann nur einen Teil des Rennsteigs zertifiziert haben und den anderen Teil nicht.

Vor drei Wochen ist ein Radfahrer im Eisenacher Sankt-Georg-Klinikum mit schweren Kopfverletzungen eingeliefert worden. Er ist gestürzt und mit dem Kopf auf die herumliegenden Gasrohre gefallen. Nun kann man sicherlich sagen, der arme Mann ist zu schnell gefahren, aber das alles hat mit Sicherheit letztendlich keine positiven Aspekte auf den Tourismus in der Region.

Auf meine Anfrage, die ich gestellt habe, wer denn das nun genehmigt hat, wer dort Bauherr ist, wer sicherstellt, dass auch der Ursprungszustand wieder hergestellt wird, habe ich leider noch keine Antwort bekommen, Herr Minister Trautvetter, obwohl die Anfrage schon vor fünf Wochen eingereicht wurde. Vielleicht können Sie es mir ja heute erklären. Also, ich muss sagen, wir haben in vielen Bereichen des Thüringer Waldes solche Infrastrukturmaßnahmen, die letztendlich nicht der Förderung des Tourismus zuträglich sind. Insofern können wir diesem PDS-Antrag, auch wenn er etwas schwammig formuliert ist, durchaus unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat jetzt Abgeordneter Wetzel, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Doht, wir wissen eben nicht, was die PDS damit alles meint. Aus diesem Grund gibt es immer diesen wunderbaren Werbeslogan: „Bei Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“. Wenn ich mir die Drucksache 4/2093 so durchlese, dann meint sie eben generell alles. Ich dachte immer, wir alle hier in dem Hohen Haus wollen Tourismus in Thüringen, wir wollen Tourismus im Thüringer Wald. Aber ohne Straßen, ohne Schienen, ohne Gas, Wasser, Strom, Kleinkläranlagen, Parkplätze ist das alles nicht machbar. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig, dass man das dazu braucht. Um das alles zu investieren, ohne Zerstörung des ureigensten Bezugsgrunds, unserer schönen Thüringer Landschaft, dieser herrlichen Kulturlandschaft, gibt es Regionalplanungen, Raumplanungen, Beplanungsverfahren, mitunter sehr langwierig. Grund dafür sind Abwägungen bei Eingriffen in Natur, Kulturlandschaft und menschliche Lebensräume. Diese Eingriffe so gering

wie möglich zu halten, denke ich, ist die entscheidende Frage dabei. Die Frage ist auch, vielleicht verstehen wir unter Tourismus ganz was anderes als Sie, aber das müssten Sie dann mal erklären. Ich glaube, es gibt auch in der PDS Fachleute genug, Techniker, die wissen, was ein europäisches Stromverbundnetz bedeutet, und die wissen, welche Bedeutung es hat, wenn man im eigenen Freistaat zwei Pumpspeicherkraftwerke hat für genau dieses europäische Stromverbundnetz.

Nun, meine Damen und Herren, weil Menschen über Hunderte von Jahren ihre Landschaft gepflegt haben, verfügen wir heute über eine wunderschöne Kulturlandschaft in den unterschiedlichsten geographischen Gegebenheiten. Hätte der Mensch nicht gepflegt, gäbe es dort, wo heute Kulturlandschaft ist, einen Urwald. Da die Menschen auch heute ihre Landschaft pflegen, liegt vor uns eine große touristische Möglichkeit, man nennt das neudeutsch „Destination“. Nun kann man über Destinationen sprechen - der Tourismusminister ist im Moment gerade nicht da -, wir unterhalten uns in Thüringen gern bereits bei über 200.000 Besuchern über Destinationen. Im restlichen Weltgefüge spricht man ab 2 Mio. Besuchern von Destinationen. Ich denke aber, dass das gar nicht die Wertigkeit ist, ob 200.000 oder 2 Mio. für uns die Destination ist. Wir haben eine Destination, den Thüringer Wald. Wir haben heute festgestellt - zumindest schon gehört von Rednern -, dass das Gros unserer Besucher über 50 Jahre alt ist. Nun dürfen Sie nicht glauben, dass ich mich damit zufrieden gebe. Irgendwo in meinen nebenberuflichen Tätigkeiten bin ich der Landesvorsitzende des Jugendherbergswerkes in Thüringen und mache mir immer wieder Sorgen, Gedanken und auch Mut bei der Frage: Wie bekommen wir Jugendtourismus wieder in Thüringen zustande? Da gibt es eine Fachschule in Gotha, die einen touristischen Zweig hat, die älteste Bau- und Verkehrsfachschule wahrscheinlich in Deutschland, die wir erhalten sollten als Landesschule, weil sie letztendlich mit uns zusammen, die wir in der Wirtschaft tätig sind und etwas bewegen wollen, universitäre Themen ergründet, pflegt. Wir versuchen neue Destinationen auch für junge Menschen in Thüringen zu öffnen. Notwendig ist es aber, dass ich eben doch per Schiene und per Straße die Grundvoraussetzung dafür habe, dass Gäste zu mir kommen können. Nun haben wir die ökologischste Autobahn Deutschlands gebaut, die BAB 71 und BAB 73, diese ist noch im Bau. Wasser- und Abwassersysteme sind dringend notwendig gewesen, die gab es nicht. Und wenn es sie gab, waren sie veraltet. Ohne Gas und Strom - denke ich - wäre vieles nicht denkbar. Ich will Ihnen von der Linkspartei.PDS so viel zu dem Thema sagen: Lenin - und jetzt möge man mir bitte nicht sagen, ich wäre ein Lenin-Freund - hat immer einen wunderbaren Satz gepflegt: „Elektrizität plus Sozietmacht ist Kommunismus.“ Nun, Elektrizität hat

der Sozialismus geschafft, das Problem war halt, die 50 Hertz zu halten, mal ein bisschen drunter, mal ein bisschen drüber, aber na ja.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, Die Linkspartei.PDS: Es fehlt der Rest der Interpretation.)

Danke für die Interpretation. Schön, Sie kennen sich aus.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Aber wir wissen nicht, ob Sie sie kennen.)

Meine Damen und Herren, deshalb fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. Deshalb, meine Damen und Herren, bauen wir Straßen und Brücken, Wasser- und Abwasserleitungen, Stromleitungen werden natürlich auch gebraucht, Gasleitungen, Wanderwege, Radwanderwege unter ökologischen Prämissen. Ich denke, darauf können wir alle miteinander in Thüringen ein Stück stolz sein, was da geschaffen worden ist in den 16 zurückliegenden Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Frau Enders, Ihr Beitrag - was Sie eigentlich wollen

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS: Die hat noch nichts gesagt.)

bei dem Thema, das wir vorhin besprochen haben, das ist Wunsch, das ist Traum und das ist ein Stück Nationale Front.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Eigentlich wäre da gleich wieder „ist gleich utopischer Sozialismus“ dahinter zu setzen. Da kann ich nur sagen: „Völker hört die Signale!“.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Elektrizität plus Heilige Elisabeth ist noch lange keine bessere Welt. Weil wir einmal bei Lenin sind: Seinen Kriegskommunismus hat er zum großen Teil aus der Bibel abgeschrieben. Aber deshalb wird das immer noch nicht Gottes Wort.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS: Wer? Lenin, sagen Sie es bitte noch mal.)

Sie können es dann nachlesen, Frau Kollegin.

Meine Damen und Herren, vieles ist infrastrukturell wirklich auf den Weg gebracht worden, aber eben

noch nicht alles. Die Untergangsszenarien von Frau Doht will ich nicht weiter kommentieren. Man würde dies vielleicht nur noch aufwerten, diese Szenarien. Aber bitte, Frau Doht, fahren Sie künftig mit offenen Augen durch unser Land, wenn Sie über unser Land reden. Vieles ist in Sachsen-Anhalt anders, in Mecklenburg noch ganz anders und in Sachsen auch. Aber in unserem Land Untergangsszenarien zu malen, das sollten Sie tunlichst vermeiden. Sie sollten den Menschen, wie wir alle hier sind, eigentlich Mut machen, dass es sich lohnt, in Thüringen zu leben und daran zu arbeiten, dass die Dinge, die wir gesät haben in den 16 Jahren, auch zu ordentlichen Früchten heranwachsen, die man ernten kann. Technische und infrastrukturelle Entwicklung wird zielgerichtet fortgeführt unter ökologisch-ökonomischen Prämissen, und dies für ein schönes Thüringen mit vielen Gästen, die sich hoffentlich bei uns wohlfühlen. Das alles wird vorangebracht, nicht um Natur zu zerstören, nicht zum Selbstzweck, nein, meine Damen und Herren von der PDS, um Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen für unsere Menschen im Freistaat, um ihnen ein Leben im Freistaat, ein Wohnen und ein Arbeiten, sprich: Zukunft zu geben, zu ermöglichen. Herr Buse, zum Thema "gottgewollt", gottgewollt ist, denke ich, dass wir ein Hirn haben und dass wir das auch anwenden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, nach 40 Jahren Sozialismus hatte es der Sozialismus immerhin geschafft, für diese Landschaft Stacheldraht, Streckmetallzaun, Todesstreifen, Tellerminengürtel, eine abgeholzte Kulturlandschaft für Schussfreiheit und das Ganze noch bei Nacht beleuchtet, zu schaffen. Ich denke, solch eine Infrastruktur wollen wir alle nicht mehr und aus dem Grund lassen Sie uns an der vernünftigen Infrastruktur für den Thüringer Wald auch künftig arbeiten, dass Menschen künftig wieder Chancen haben, in unserem Lande ihr Geld und Brot zu verdienen. Deshalb erbitte ich im Namen meiner Fraktion, den Antrag zu überweisen an den Ausschuss für Bau und Verkehr und für Umwelt, und ich bitte den Bau- und Verkehrsausschuss als federführenden Ausschuss zu benennen. Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Als nächster Redner folgt Abgeordneter Kummer, Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordneter Kummer, Die Linkspartei.PDS:

Ja, sehr geehrter Herr Wetzel, meine Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei.PDS hätten gern Ihre Rede noch einmal zum Nachlesen. Vielleicht könnten

Sie das ja einmal organisieren. Ich wollte dazu am Anfang nur eines sagen, die Nationale Front möchte ich nicht, da müssten wir ja unter unserer Regierung Ihnen quotiert noch Plätze zur Verfügung stellen. Ich glaube, das ist nicht nötig.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Was ich mir allerdings wünschte, wäre, dass wir schon noch ein bisschen mehr Absprache und Zusammenarbeit hätten. Das war ja ursprünglich der Gedanke der Nationalen Front und das hätte ich mir natürlich auch unter den Ministern hier im Haus, die mit dem Thema zu tun haben, gewünscht. Leider haben wir wieder nur einen zuständigen Minister im Hause, das ist immer das Gleiche; Minister Sklenar und Minister Reinholz vermisse ich. Ich glaube, das Thema würde sie durchaus etwas angehen.

Herr Wetzel, Ihnen möchte ich zurufen: „Willkommen im grünen Herzen Deutschlands!“ Das ist ja der Spruch, mit dem wir unsere Touristen auch so gern begrüßen, obwohl man sich da natürlich fragen muss, ob das Grün wirklich noch so berechtigt ist. Wenn ich so an die Staumauer Leibes und Goldisthal denke, wenn ich an die Autobahnbrücken denke, an die ICE-Trasse, an die Baustraßen, die errichtet werden, um das alles in unseren Thüringer Wald hereinzustellen, an die Hochspannungstrassen, die natürlich von Wald freigehalten werden, an Waldwege, die für Holztransporte ausgebaut sind, da fehlt an vielen Stellen das Grün.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU)

Herr Primas, ich sage noch etwas dazu, nicht gleich so aufregen! Aber vielleicht sollten wir es anstreichen und dann zertifizieren lassen, dann freuen sich sicherlich unsere Urlauber und vielleicht sollten wir in Zukunft in Sachen Tourismus, weil der ja so herausgestrichen worden ist, darauf hinarbeiten, dass wir Brückentouristen statt Naturtouristen bekommen.

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wehner zu?

Abgeordneter Kummer, Die Linkspartei.PDS:

Aber gern, Herr Wehner.

Vizepräsidentin Pelke:

Abgeordneter Wehner, bitte.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Herzlichen Dank. Herr Kummer, Sie nutzen aber die Autobahn A 71, vermute ich, doch auch, weil Sie vielleicht - oder mit dem Fahrrad - auch regelmäßig nach Erfurt fahren oder wie Sie auch immer hierher kommen, entzieht sich meiner Kenntnis. Ist vielleicht für Sie die Autobahn verzichtbar?

Abgeordneter Kummer, Die Linkspartei.PDS:

Herr Wehner, ein Stückchen fahre ich auf der A 71 und Sie können mir natürlich jetzt sagen, die B 4 ist bloß deshalb so schnell befahrbar, weil die LKWs nicht mehr darauf herumtoben. Ich sage Ihnen trotzdem, was die Planungen der A 71 angeht, dass ich schon massive Probleme damit habe und wenn ich feststelle, wenn ich die A 71 fahren würde, so weit ich könnte, weil es die schnellste Variante wäre, dann fahre ich etliche Kilometer mehr, als ich vorher auf der Landstraße gefahren bin. Ich glaube, das ist auch aus ökologischen Gründen schon eine sehr fragwürdige Geschichte. Aber

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Na, na. Das glaube ich aber nun wirklich nicht.)

trotz allem - und dazu komme ich in meinem Beitrag noch - muss man hier nicht nur die Einzelmaßnahmen betrachten und das ist eben das Problem, was wir bisher in Thüringen gemacht haben.

Meine Damen und Herren, der Thüringer Wald ist das bekannteste Symbol Thüringens. Er steht für lebenswerte Heimat und er steht für das Ziel von Millionen Touristen. Die Bewohner und Touristen sind Naturgenuss bisher gewohnt, der geht jedoch durch viele Baumaßnahmen in letzter Zeit immer mehr verloren. Wir haben es da mit Lärm statt Stille zu tun und mit Aussicht auf Beton statt auf Wald. Da muss man eben sagen, sicherlich, nach der Wende sind viele Infrastrukturdefizite beseitigt worden. Davon war vieles notwendig, einiges aber auch nicht nötig. Man muss auf jeden Fall sehr deutlich sagen, dass es vermieden wurde, Bündelungen zu nutzen. Ich hätte mir Bündelungen gewünscht, zum Beispiel Autobahn mit ICE-Trasse. Das wäre eine sinnvolle Geschichte gewesen. Wenn ich mir jetzt dieses 380-kV-Leitungsproblem ansehe, auch die hätte man schon bei diesen Straßenbaumaßnahmen mit berücksichtigen können. Wir haben das Problem, dass jeder nur seinen Bedarf sieht.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Windräder, Windräder sind das Wichtigste.)

Unser verarbeitendes Gewerbe braucht die Autobahn, reiselustige Politiker brauchen den ICE, Vatten-

fall braucht seine Stromtrasse, der Forst braucht ausgebauten Wege. Was fehlt, ist die Gesamtsicht und da muss man eben „stopp“ sagen, wenn die Gefahr besteht, dass eine gesamte Region entwertet wird. Diese Gesamtsicht gibt es in Thüringen leider nicht.

Es gibt die verschiedensten Zuständigkeiten und ich habe den Eindruck, scheinbar weiß keiner, was der andere tut. Ich will das am Beispiel Rennsteig erläutern, er ist ja das wichtigste Wahrzeichen unserer Region und unser bedeutendster Wanderweg; Deutschlands berühmtester, sollte man hoffen. Der Rennsteig soll jetzt als Qualitätswanderweg zertifiziert werden und er ist sogar denkmalgeschützt, das weiß nur keiner. Der Rennsteig ist aber auch eine Infrastrukturtrasse. Da liegen Wasserleitungen und Gasleitungen drin, sicherlich auch Stromleitungen und er ist ein wichtiger Arbeitsweg für den Forst. Die Frage ist: Wer hat nun für dieses touristische Highlight bei uns im Staat den Hut auf? Diese Frage stellt sich einem, wenn man die vielen Baumaßnahmen betrachtet. Da kann man Gespräche führen, kann fragen: Wo sind denn die Anträge gestellt worden? Vorhin habe ich gehört: Welche Kommune hat denn das genehmigt? Baumaßnahmen am Rennsteig, zum Beispiel die Baumaßnahme der Ohra-Hörseltalgas ist genehmigt worden vom Landesverwaltungsamt und von den unteren Naturschutzbehörden, was zum Beispiel naturschutzfachliche Eingriffe dort anging. Wo kein Antrag gestellt wurde, war die Denkmalbehörde. Da habe ich gehört, dass gestern ein Vertreter der Ohra-Hörseltalgas da war und hat dann für die laufende Baumaßnahme noch einen Antrag gestellt, weil bisher wahrscheinlich nicht bekannt war, dass der Rennsteig unter Denkmalschutz steht. Merkwürdigerweise gehen bei den Denkmalbehörden auch keine Anträge zum Ausbau von Forstwegen, also des Rennsteigs als Forstweg, ein.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Jetzt ist es aber gleich gut.)

Herr Minister, seit Monaten ist kein entsprechender Antrag eingegangen. Das heißt also, man scheint in den Forstämtern auch nicht zu wissen, dass der Rennsteig denkmalgeschützt ist. Da fragt man sich schon, worauf so etwas basiert.

Die nächste Frage ist: Warum weiß keiner was von der Zertifizierung? Scheinbar in den Forstämtern nicht, auch die Bauherren nicht, die Planer von der Ohra-Hörseltalgas wussten auch nichts von der Zertifizierung. Hätten sie das gewusst, hätten sie ihre Baumaßnahme vielleicht in einen anderen Zeitraum verschoben, aber das war ihnen nicht möglich, da sie es nicht wissen. Da frage ich mich: Wer bündelt solche Fragen, wer hat dort den Gesamtblick drauf? Die geplante 380-kV-Trasse wird über den Rennsteig

führen, wenn ich richtig informiert bin. Wenn man sich mal anschaut, was die Zertifizierungskriterien für den Qualitätswanderweg sind, dann ist eine solche Trasse dort ein heftiger Minuspunkt, der bis hin zum Ausschluss aus diesem Zertifizierungsmodell führen kann.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine klare Verantwortlichkeit für den Rennsteig. Wir brauchen die Durchsetzung, dass Gesetze, die schon bestehen, eingehalten werden. Wir brauchen die Beseitigung von Kommunikationsdefiziten zwischen Behörden und Verbänden und wir sollten den Naturpark Thüringer Wald als Ganzes, auch als schützenswertes Gut behandeln. Da müssen wir eben auch die Naturvernichtung, die hier stattgefunden hat, stoppen,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Frau Tasch, nicht nur Windkraftanlagen verbieten; Autobahnbrücken sind nicht schöner und Strom machen sie auch nicht, im Gegenteil, sie sorgen eher dafür, dass wir weitere Probleme mit dem Klimawandel bekommen.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, in Zukunft auch bei Genehmigungen an die Gesamtwirkung zu denken, an die Gesamtwirkung in der Region. Man kann manchmal auch Anträge ablehnen.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Für Windräder zum Beispiel.)

Wenn ich mich heute in Masserberg hinstelle - das ist der Ort in meinem Landkreis Hildburghausen, der die meisten Übernachtungen hat -, habe ich einen Blick auf den Nachbarberg, wo das Pumpspeicherkwerk Goldisthal steht, ich sehe eine große Stromtrasse. Wenn ich ein Stückchen in den Wald gehe, habe ich eine Baustraße, nur eine Baustraße für die ICE-Baumaßnahme, die so breit ist wie eine Autobahn und dort mitten durch den Wald geht. Ich werde dort in Zukunft, wenn ich spazieren gehe, wenn ich dort die Kurklinik aufsuche, den Zug natürlich durch den Wald pfeifen hören. Ich frage mich, inwieweit die Übernachtungszahlen dort stabil bleiben. Es gibt noch heute Orte im Thüringer Wald, wo man bei Windstille das Rauschen in den Ohren hört, weil es so ruhig ist. Ich möchte, dass es diese Orte für unsere Kinder auch noch gibt, weil man sie zum Entspannen wirklich dringend braucht. Von der Warte her unsere Bitte: Sprechen Sie sich in Zukunft ab; haben Sie die gesamte Region im Auge und die Wirkung der Maßnahmen, die dort durchgesetzt werden, auf die Gesamtsituation und auf den Erholungswert des Thüringer Waldes. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Redemeldungen von Abgeordneten liegen mir nicht vor. Das Wort hat Minister Trautvetter.

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt auf die Einzelvorhaben, auf die die Redner der Opposition eingegangen sind, nicht separat eingehen. Nur, Frau Doht, ich habe nicht bei der Zustimmung zum Regionalen Raumordnungsplan nur fünf Kilometer Radius empfohlen bei der Wartburg. Das haben die Betroffenen vor Ort gemacht. Wenn es um Planungsverfahren geht, um Genehmigungsverfahren, dann wird hier immer der Eindruck erweckt, wir könnten Genehmigungsverfahren willkürlich nach politischen Entscheidungen beeinflussen. Bitte, das können wir nicht. Das können wir nicht und das werden wir nicht. Das müssen alle diejenigen beeinflussen, die eigentlich auch die Möglichkeit haben. Bleiben wir mal beim Memelsberg. Wie viele Monate rede ich davon, dass die Gemeinde Marksuhl eine Bauleitplanung über das Vorranggebiet aufstellen soll.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, Die Linkspartei.PDS: Die hören Ihnen einfach nicht zu.)

Wann machen die das? Wenn ich keine Bauleitplanung dort drauflege, wird das in der Perspektive genehmigungsfähig werden. Es sei denn, die Gerichte finden andere Gründe, die bei der Abwägung nicht ordentlich mit bewertet worden sind. Und, Herr Kummer, wenn Sie sagen, warum haben wir die 380-kV-Trassen nicht schon bei der Autobahn geplant: Als die Autobahn geplant wurde, gab es kein EEG und gab es kein KG. Da war noch überhaupt nicht die Rede davon, dass im Norden Deutschlands 12.000 MWh Strom erzeugt werden,

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Die keiner da oben braucht.)

(Beifall bei der CDU)

die im Norden überhaupt keiner braucht, und dass man im Süden die Atomkraftwerke stilllegt

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: So ein Schwachsinn.)

und der Strom, der im Norden produziert wird, zwingend nach Süden gebracht werden muss. Das war zum Zeitpunkt, als die A 71, A 73 geplant worden sind, noch überhaupt kein aktuelles Thema. Das wis-

sen Sie auch und deswegen lassen Sie solche Argumente bitte in Zukunft sein.

(Zwischenruf Abg. Kummer, Die Linkspartei.PDS: Aber Goldisthal haben Sie damals trotzdem gebaut.)

Natürlich ist das gebaut worden. Als Goldisthal geplant wurde, das war noch in tiefster DDR-Zeit. Wie die Sicherheit in der Stromversorgung zu DDR-Zeiten aussah, das wissen Sie selbst, und dass man damals die Pumpspeicherwerke dringend gebraucht hat, um einigermaßen eine energetische Sicherheit überhaupt anzubieten. Also lassen Sie das sein. Aber im Großen und Ganzen muss ich mich bei der Linkspartei.PDS für den vorliegenden Antrag trotzdem vielmals bedanken, denn Sie geben der Landesregierung die Gelegenheit darzustellen, was alles für die Menschen und die Natur im Thüringer Wald getan worden ist. Nur alle gemeindegrenzenüberschreitenden Vorhabensplanungen zu benennen, das ist allerdings aufgrund des unbestimmt und weit gefassten Berichtersuchens Ihres Antrags nicht möglich. In der Kürze der Zeit ist es auch nicht möglich gewesen, den Flächenverbrauch aller Einzelmaßnahmen festzustellen, zumal sich die Projekte in verschiedenen Planungsstufen befinden. Deswegen werden wir in der gesetzlich vorgegebenen Frist einen Bericht abgeben, inwieweit Infrastrukturprojekte mit Eingriffen in die Natur und Landschaft des Thüringer Waldes verbunden sind und mit welchen Maßnahmen diese Eingriffe kompensiert werden.

Grundsätzlich möchte ich jedoch Folgendes feststellen: Der Thüringer Wald ist einer der wichtigsten Tourismusregionen in Thüringen und wegen seiner besonderen naturräumlichen Ausstattung als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen worden. Deshalb soll die Zerschneidung und Verbauung des Thüringer Waldes so gering wie möglich gehalten werden. Nur das kann nicht Stillstand für die Entwicklung dieser Region und der Lebensbedingungen seiner Bürger bedeuten. So wie andere Regionen haben auch die Anwohner des Thüringer Waldes einen Anspruch auf verkehrliche Anbindung an das vorhandene Netz. Ich denke so an Tourismusdebatten bezüglich des Wintertourismus, wo immer wieder die Forderungen erhoben werden, es sind nicht genügend Parkplätze da, die Straßen sind zugebaut, wir müssen mehr Parkplätze in der Tourismusregion schaffen.

(Zwischenruf Abg. Kummer, Die Linkspartei.PDS: Aber nicht von uns.)

Ich habe damals schon davor gewarnt, überall am Rennsteig jetzt Wald abzuholzen und Parkplätze zu schaffen, wir werden nicht überall die Gäste direkt an die Loipen heranbringen können.

Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung von Tourismus und Gewerbe ist eine entsprechende infrastrukturelle Anbindung unumgänglich. Ich möchte betonen, dass die Politik der Landesregierung auf eine nachhaltige Entwicklung aller Regionen, auch des Thüringer Waldes, abzielt, und dies erfolgt so schonend wie möglich. Jedes größere Projekt muss vor seiner Realisierung in verschiedenen Planungsstufen auf seine Umweltverträglichkeit hin geprüft werden. Das heißt, es wird kein bedeutendes Projekt im Thüringer Wald realisiert werden und es ist auch keins realisiert worden, ohne dass nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz des Bundes oder Thüringens die Auswirkungen des Vorhabens auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima, Landschaft, Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern unter Einbeziehung von Behörden und der Öffentlichkeit ermittelt werden.

Lassen Sie uns in einigen Monaten hier einen ausführlichen Bericht abgeben, dann können wir über die Probleme mit großen Infrastrukturvorhaben im Detail beraten und auch sicherlich die entsprechenden Entscheidungen treffen.

Ich will nur auf ein Beispiel doch noch einmal zurückgreifen. Wir haben eine riesengroße Schneise durch ganz Thüringen. Da denkt heute niemand mehr dran, wieder den ursprünglichen Baumbewuchs herzustellen. Da fordert der gesamte Thüringer Landtag einschließlich der Opposition: Erhaltet mir das grüne Band. Was ist denn das grüne Band? Es ist ein durch die Grenze hunderte Kilometer abgeholzter Waldstreifen, der zum großen Teil in unmittelbarer Nähe des Rennsteigs verläuft. Niemand denkt heute daran, zu sagen, diese Naturzerstörung aus DDR-Zeiten muss wieder aufgeforstet werden, damit wir den ursprünglichen Zustand wiederherstellen. Mancher Niederwuchs ist auch ökologisch sehr erfolgreich zu bewerten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Doch. Abgeordnete Enders, Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordnete Enders, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch noch ein paar Dinge sagen, und zwar insbesondere auch noch einmal zu dieser 380-kV-Leitung, die ja durch den Thüringer Wald gezogen werden soll.

Herr Minister, dass irgendwann mal irgendwer dazu sagt, dass das ökologisch wertvoll ist, ich glaube,

da liegen Sie aber völlig falsch. Ich kann Ihnen nur eins sagen: Mit dieser Trasse - und das betone ich an dieser Stelle auch noch mal ganz deutlich - wird es eine massive Beeinträchtigung des Natur- und Landschaftsbildes geben, wird es in vielen Orten nicht mehr möglich sein, Tourismus überhaupt noch realisieren zu können. Das ist Fakt, das ist einfach Fakt. Wir müssen auch bedenken, dass viele Orte hier in Thüringen fast ausschließlich vom Tourismus leben. Dass die natürlich jetzt auch ganz einfach ihren Protest kundtun und erwarten, dass das Land Thüringen sie hierbei unterstützt, das ist doch nur verständlich.

Ich möchte auch noch Weiteres sagen. Da verstehe ich auch unseren Minister für Landwirtschaft und Forsten nicht, Herrn Dr. Sklenar. Wenn man sich mit den Forstämtern unterhält, sind die der Meinung, dass das in vielen Fällen durch diese 380-kV-Leitung zu einer massiven Beeinträchtigung der Wald- und Forstbewirtschaftung führen wird. Wollen wir denn das einfach so hinnehmen? Wenn ich mir heute anschau oder zurückblicke, gerade was im Zusammenhang Planfeststellungsverfahren mit dem ICE steht, da muss ich feststellen, dass man dort genau betrachtet hat, wie man vorgeht. Man hat ganz einfach Überlegungen angestellt, wie man Tunnelanlagen und verschiedene andere Möglichkeiten schafft, um den Thüringer Wald zu erhalten. Und hier an dieser Stelle, da lassen wir locker einfach so eine 380-kV-Freileitung zu. Ich muss an dieser Stelle auch noch mal sagen, es ist zu prüfen, ob man die Möglichkeiten der Erdverkabelung nicht zur Anwendung bringt. Die 21 Seiten, die in diesem Raumordnungsverfahren stehen, Herr Minister Trautvetter, die sollten mal ganz genau überprüft werden und man sollte diese Punkte auch im einzelnen durchgehen, weil die Darstellung der Kostengegenüberstellung von einer Freileitung zu einer Erdverkabelung, diese Kostenanalyse, überhaupt nicht stimmt und nicht mehr den neuesten technischen Standards entspricht.

(Unruhe bei der CDU)

Deshalb ist es ganz einfach noch mal im Detail zu prüfen. Es ist auch weiterhin hinsichtlich des EU-Rechts zu prüfen. Es gibt also Empfehlungen der EU, da sind fünf Kriterien formuliert. Diese fünf Kriterien sind genau zu betrachten und es ist zu schauen, ob es sich nicht ganz einfach notwendig macht, in besonders wertvollen und sensiblen Bereichen des Thüringer Waldes hier diese Erdverkabelung zur Anwendung zu bringen; denn drei Kriterien dieser EU-Empfehlung, die treffen hier zu. Das muss man prüfen und das kann man sich hier als Land nicht ganz so einfach machen und sagen, wir haben ein Raumordnungsverfahren. Wir leiten jetzt hier bestimmte Planungsverfahren ein, das geht alles seinen Gang und wir positionieren uns nicht dazu.

Ich möchte auch noch mal erinnern an Niedersachsen. Dort hat man sich im Landtag ganz genau mit dieser Problematik beschäftigt. Dort hat man sich mit Erdverkabelung und anderen Dingen auseinandergesetzt und ich muss sagen, das erwarte ich von diesem Thüringer Landtag auch. Das erwarte ich ganz einfach!

Lassen Sie mich noch eins sagen: Ich bin hier in Thüringen geboren, ich lebe hier, ich lebe gern hier und ich kann mir nicht vorstellen, irgendwo anders zu leben.

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Wir auch.)

Wenn Sie das auch so sehen, dann tun Sie endlich etwas. Dann versuchen Sie im Hinblick auf diese 380-kV-Leitung etwas dafür zu tun, dass Tourismus, dass das Landschaftsbild des Thüringer Waldes erhalten bleibt, durch verschiedene Möglichkeiten und Verfahren. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat noch mal Minister Trautvetter.

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Frau Enders, manchmal fühle ich mich wirklich wie in einer Bildungsveranstaltung hier.

(Zwischenruf Abg. Enders, Die Linkspartei.PDS: Gehen Sie doch mal in eine Bildungsveranstaltung!)

Nehmen Sie doch mal zur Kenntnis, wir lassen keine Trasse zu als Landesregierung, sondern ein Unternehmen hat einen Antrag gestellt auf ein Raumordnungsverfahren für eine 380-kV-Trasse. Das kann jedes Unternehmen stellen. Die zuständigen Behörden haben im Rahmen des Verfahrens alle Argumente abzuwägen, was für eine solche Trasse spricht und was gegen eine solche Trasse spricht. Im Rahmen des Verfahrens sind Sie als betroffene Gemeinde eingebunden. Im Rahmen des Verfahrens sind die Umweltbehörden eingebunden, die Naturschutzbehörden, die Wasserbehörden, die Forstbehörden eingebunden. Jeder, der im Rahmen des Verfahrens eingebunden ist, wird seine Argumente geltend machen und alles, was Sie angesprochen haben, kommt in die Bewertung des entsprechenden Verfahrens. Die entsprechende Behörde ist nicht weisungsgebunden von der Landesregierung. Die Landesregierung hat keinen Einfluss auf die Entscheidung dieser Behörden. Wir können nur unsere Argumente dort einbringen und die werden wir auch einbringen. Danach

gibt es einen Beschluss. Ob die Trasse genehmigungsfähig wird oder nicht genehmigungsfähig wird, das kann doch zum heutigen Zeitpunkt noch überhaupt keiner sagen. Darum warten Sie doch bitte das Verfahren ab und bringen Sie als betroffene Bürgermeisterin der Gemeinde Großbreitenbach Ihre Anliegen im Rahmen des Verfahrens mit ein, damit die berechtigten Anliegen der Gemeinde im Rahmen des Verfahrens ordentlich abgewogen werden können und dort in die Entscheidungen mit einfließen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Ist das jetzt eine angemeldete Zwischenfrage, Frau Abgeordnete Enders? Herr Minister, lassen Sie die zu? Bitte, Abgeordnete Enders.

Abgeordnete Enders, Die Linkspartei.PDS:

Also, Herr Minister, Sie müssen mich nicht aufklären über Antragskonferenzen, Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren, ich glaube, das habe ich hier an dieser Stelle nicht nötig. Aber meine Frage, die ich jetzt an Sie richten oder stellen möchte: Herr Minister, Sie sind gleichzeitig auch Vorsitzender des Regionalverbundes Thüringer Wald. Ich habe dort überhaupt noch keine Position gehört, wie ist denn Ihre Position zu dieser 380-kV-Leitung? Ich habe noch keine Meinung von Ihnen gehört.

(Unruhe bei der CDU)

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Auch der Regionalverbund Thüringer Wald wird seine Position im Rahmen des Verfahrens hier äußern. Aber bitte, ich stehe hier als Minister für Bau und Verkehr und nicht als Präsident des Regionalverbunds.

(Beifall bei der CDU)

Der Präsident des Regionalverbunds ist in diesem Amt hier nicht redeberechtigt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Es gibt eine weitere Wortmeldung, Abgeordneter Schwäblein, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Abgeordnete Enders hat die Liebe zu Thüringen für sich reklamiert und die anderen Mitglieder die-

ses Landtags damit eigentlich fast ausgeschlossen.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Das kann man so nicht stehen lassen. Wir sind hier - ich unterstelle jetzt mal - alle in diesem Parlament, weil uns diese Liebe zu diesem Land prägt, und können eine solche Einzelsicht und Betonung von Einzelaspekten nicht unwidersprochen stehen lassen.

Alle haben die Beziehung zum Thüringer Wald. Es ist vielleicht auch bekannt, dass ich persönlich dort aufgewachsen bin. Wir diskutieren schon seit Jahren über die Folgen verfehlter Energiepolitik und erwarten das eigentlich auch von Ihnen, nicht bloß den einen Aspekt herauszuziehen, es kommt eine 380-kV-Leitung, die uns persönlich selber auch nicht schmeckt, mir persönlich zumindest, ohne daran zu denken - das muss ich Ihnen jetzt unterstellen -, dass im Norden eine Vielzahl von Windrädern aufgestellt wird, ohne dass Abnehmer für diesen Strom da sind. Dann kommt es zur Folge in Verbindung mit der Abschaltung der Kernkraftwerke im Süden, dass die Energie, die im Norden überflüssigerweise erzeugt wird, mühsam nach Süden transportiert werden muss.

Jetzt noch ein kurzer

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, Die Linkspartei.PDS: Erdleitung!)

technischer Aspekt zu der Erdtrasse. Die Erdtrasse verlangt dauerhaft, dass sie nicht überbaut wird, dass hier in einer gewissen Breite auch gerodet werden muss und die Auswirkungen zur 380-kV-Leitung maximal gemindert sind, aber längst nicht weg sind. Die technische Sicherheit einer solch langen Erdtrasse ist bis jetzt weltweit nicht erprobt bei diesen Spannungsbereichen. Die Überlast der Erdkabel ist in weitem Maße nicht gesichert und die Kosten sind immer um ein Vielfaches höher. Nun mögen Sie sich ja vielleicht fragen, woher ich das weiß. Nun habe ich halt in meinem Ehrenamt auch noch mit einem Energieversorgungsunternehmen zu tun, dessen Aufsichtsratsvorsitzender ich bin, und daher habe ich genau diese Aspekte schon im Vorfeld geprüft. Soweit biete ich Ihnen an, auch noch mal in einem Extragespräch Ihnen diese technischen Aspekte näherzubringen. Bauen Sie hier nicht irgendwelche Bären auf, die dann nicht zu halten sind. Lassen Sie uns gemeinsam darum werben, dass wir auch publizistisch erreichen, dass die Trasse da nicht langgeht. Aber die Prüfung der Behörden muss trotzdem formal erfolgen und darf nicht durch Emotionen belastet werden. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Pelke:

Weitere Wortmeldungen liegen jetzt nicht mehr vor. Damit schließe ich die Aussprache. Es ist beantragt worden, den Antrag an die Ausschüsse Bau und Verkehr und Naturschutz und Umwelt zu überweisen. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dafür ist, dass der Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion, Drucksache 4/2093 ...

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU)

Entschuldigung. Herr Wetzel, keine Kommentierung, wir haben alles im Blick, ich insbesondere und Sie auch im Besonderen. Abgeordneter Schröter.

Abgeordneter Schröter, CDU:

Vielen Dank. Frau Präsidentin, außer den angemeldeten Überweisungen an den Ausschuss für Bau und Verkehr, der federführend sein soll, und an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt, wünschen wir auch noch eine Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit.

Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Dann lassen wir jetzt in dieser Reihenfolge abstimmen. Wer für die Überweisung des Antrags der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksache 4/2093 an den Ausschuss für Bau und Verkehr ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei 1 Enthaltung so beschlossen.

Wer dafür ist, diesen Antrag an den Ausschuss für Naturschutz und Umwelt zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Bei 1 Stimmenthaltung so beschlossen.

Wer dafür ist, diesen Antrag an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Arbeit zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? 3 Stimmenthaltungen. Damit ebenfalls so beschlossen.

Und wer dafür ist, dass die Federführung beim Ausschuss für Bau und Verkehr liegt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? 1 Gegenstimme. Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung. Damit ebenfalls so beschlossen und ich kann diesen Tagesordnungspunkt schließen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 17**Bericht der Landesregierung
in Bezug auf Nummer I.6. der
„Initiative für Demokratie und
Toleranz - gegen Extremismus
und Gewalt“ zu dem Verfas-
sungsschutzbericht für das
Jahr 2005 und zu der Statistik
über politisch motivierte Krimi-
nalität in Thüringen für das
Jahr 2005**

dazu: Beschluss des Landtags
- Drucksache 4/1853 -,
Nummer I.6.

Ich erteile Minister Dr. Gasser das Wort für den Bericht.

Dr. Gasser, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, unter Bezugnahme auf Ziffer I.6 des Landtagsbeschlusses „Initiative für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ vom 31. März 2006 möchte ich Sie über die wesentlichen Inhalte des Thüringer Verfassungsschutzberichts sowie der Thüringer Statistik über die politisch motivierte Kriminalität 2005 informieren. Lassen Sie mich mit dem Verfassungsschutzbericht beginnen und im Folgenden die konkreten Entwicklungen in den einzelnen Facetten der verschiedenen Extremismusbereiche darlegen.

Auf Seiten der rechtsextremistischen Parteien mussten die Deutsche Volksunion und die Republikaner erneut personelle Verluste hinnehmen. Ihre Mitgliederzahl ist von jeweils 90 auf 80 für die DVU und auf 70 für die Republikaner zurückgegangen. Noch größer sind die Verluste dieser beiden Parteien im gesamten Bundesgebiet. Die Mitgliederzahl der DVU ist von 11.000 auf 9.000, die der Republikaner von 7.500 auf 6.500 gesunken. Der Landesverband der Deutschen Partei (DP) verfügt weiterhin über lediglich 20 Mitglieder und fristet unter den rechtsextremistischen Parteien Thüringens ein politisches Schattendasein. Auf Bundesebene stagniert die Mitgliederzahl bei 500.

Bedeutend weniger erfreulich ist die Entwicklung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Sie hat bundesweit 6.000 Mitglieder, von denen im Vergleich zum Jahr 2004 etwa 700 neu hinzugekommen sind. Der Landesverband Thüringen zählt zum Ende des Jahres 2005 etwa 240 Mitglieder und damit ca. 60 Personen mehr als im Vorjahr. Inzwischen dürfte diese Zahl weiter angewachsen sein. Die Thüringer NPD gliederte sich im Jahr 2005 in die zehn Kreisverbände Altenburg, Erfurt, Gotha, Gera, Hild-

burghausen, Suhl, Jena, Nordhausen, Sondershausen, Saale-Orla, Saalfeld-Rudolstadt, Wartburgkreis und Weimar, Weimarer Land sowie die beiden Ortsverbände Tannroda und Blankenhain. In diesem Jahr sind drei weitere Kreisverbände hinzugekommen. Neben dem neuen Verband, der im Ilm-Kreis gegründet wurde, sind weitere zwei aus der Teilung der bisherigen Kreisverbände Erfurt/Gotha - neu Erfurt und Gotha - und Nordhausen/Sondershausen - neu Nordhausen/Sondershausen und Eichsfeld/Unstrut-Hainich-Kreis - hervorgegangen. Neben der NPD selbst trat 2005 auch ihre Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten (JN) in Erscheinung. Nachdem die JN in der Vergangenheit als bloßes Anhängsel der NPD kaum wahrgenommen wurde und ein eigener JN-Landesverband seit dem Jahr 2003 faktisch nicht mehr existierte, sind sie seit der zweiten Hälfte des Jahres 2004 bemüht, ihre Organisationsstruktur in Thüringen wieder aus- bzw. neu aufzubauen und eigene politische Akzente zu setzen. Neben den Stützpunkten Saale-Orla und Jena dürfte ein solcher seit 2005 auch im Raum Saalfeld-Rudolstadt bestehen.

Die anhaltenden Reorganisationsbemühungen der JN haben im Januar 2006 zur Neugründung des Landesverbandes Thüringen und einen Monat später zur Herausbildung eines weiteren Stützpunkts in Erfurt geführt. Die Mitgliederzahl, die sich bundesweit auf ca. 350 beläuft, dürfte in Thüringen etwa 20 betragen. Die als das 3-Säulen-Konzept bekannt gewordene Strategie der NPD, die sich aus den Säulen „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um die Parlamente“ zusammensetzte, wurde bereits im Jahr 2004 um den „Kampf um den organisierten Willen“ als vierte Säule erweitert. Diese Säule zielt darauf ab, möglichst alle nationalen Kräfte zu bündeln. Sie mündete in die Initiative zur Schaffung einer Volksfront von Rechts, die mit einer weiteren Annäherung an die Neonazi- und Skinhead-Szene einhergeht. Ein wichtiger Bestandteil der Volksfrontstrategie ist in Wahlabsprachen zwischen der NPD und der DVU zu sehen. Nach dem Wahlergebnis der NPD in Sachsen und dem abermaligen Einzug der DVU in den Brandenburger Landtag im Jahr 2004 unterzeichneten beide Parteien am 15.01.2005 den Deutschlandpakt, mit dem sie ihre Zusammenarbeit für Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen bis zum Jahr 2009 konkret festlegten. Mit dem gänzlichen Verzicht jeweils einer Partei auf eine Wahlteilnahme oder durch die Öffnung der Landesliste der antretenden Partei für Vertreter des Partners sollen Behinderungen durch konkurrierende Kandidaturen vermieden werden.

Während sich die Zahl der Neonazis bundesweit von 3.800 auf 4.100 erhöht hat, ist sie in Thüringen im Vergleich zum Jahr 2004 um 20 auf ca. 230 gesunken. Der leicht verringerte Wert ist u.a. darauf zurück-

zuführen, dass einige Neonazis in die NPD eintraten und sich nun vorwiegend dort betätigen. Bei der Suche nach möglichst unangreifbaren Organisationsformen ist es im Wesentlichen bei den beiden Strategien geblieben, die bereits mit dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2004 umrissen wurden. So schloss sich ein Teil der Szene, die sich als „Freie Nationalisten“ bezeichnet, in unabhängigen Kameradschaften zusammen. Andere Neonazis nutzten das legale Dach der NPD für ihre Interessen. Dies gilt nach wie vor und im Besonderen auch für Thüringen, wo Neonazis und NPD offen zusammenarbeiten. Die personellen und aktionistischen Verflechtungen haben sich im Berichtszeitraum sogar weiter vertieft. So gehört ein einschlägig bekannter Neonazi aus dem Raum Nordthüringen sowohl dem Landes- als auch dem Bundesvorstand der NPD an. Er kandidierte anlässlich der Bundestagswahl im September 2005 auf Platz 4 der NPD-Landesliste und wurde außerdem als Direktkandidat im Wahlkreis 190 aufgestellt. Der von ihm angeführte Kameradenkreis gehört neben der „Kameradschaft Eisenach“, dem „Nationalen Widerstand Weimar, braune Aktionsfront, Sektion Weimar“ sowie der Gruppierung „Bürgerinitiative Altenburger Land“ zu den in Thüringen aktiven Kameradschaften, die auch seitens der Verfassungsschutzbehörden als solche klassifiziert werden.

Als weitere Organisationsform diente der Thüringer Neonaziszene zuletzt die Gründung von Vereinen. Sowohl der „Thuringi-Verein zur Thüringer Brauchtumpflege e.V.“ als auch der Verein „Nationalisten für Kinderrechte“ dürften Versuche darstellen, um zu erkunden, inwieweit der Deckmantel eines Vereins die Anmietung von Räumlichkeiten und die Verschleierung der wirklichen Ziele erleichtert. Sollten diese oder ähnliche Versuche erfolglos enden, werden die Mitglieder ihre Aktivitäten vermutlich in anderer Form fortsetzen. Darüber hinaus trat auch die seit einiger Zeit überregional bekannte Hausgemeinschaft „Zu den Löwen“ in Jena-Lobeda, die als lockerer Zusammenschluss von Rechtsextremisten gilt, mit der Durchführung mehrerer Veranstaltungen aktiv in Erscheinung. Andere Gruppierungen tauchen im Internet sowie auf Transparenten und Flugblättern auf, ohne als Personenzusammenschluss eigene Aktivitäten zu entfalten. Sie bezeichnen sich mitunter selbst als Kameradschaft, obwohl sie Merkmale einer solchen nach den Maßstäben des Verfassungsschutzes nicht erfüllen. Oft haben Gruppierungen dieser Art auch nur eine geringe Lebensdauer oder sind rein fiktiver Natur. Der Umfang der vom neonazistischen Spektrum durchgeführten Demonstrationen ist im Vergleich zum Jahr 2004 unverändert geblieben. Überwiegend wandten sie sich gegen die Sozial- und Arbeitsmarktreform der Bundesregierung. Dabei war es für den meist überschaubaren und im Wesentlichen gleichbleibenden Teilnehmerkreis uner-

heblich, ob die Veranstaltungen von „Freien Nationalisten“ oder von der NPD angemeldet wurden.

Den größten Anteil der Gruppe gewaltbereiter Rechtsextremisten stellen die Skinheads. Ihre Zahl ist in der Bundesrepublik von 10.000 auf 10.400 und in Thüringen von etwa 410 auf ca. 440 gestiegen. Der Verfassungsschutzbericht informiert nicht nur über die Entstehungsgeschichte und die Ideologie dieser Subkultur, sondern hebt auch die besondere Bedeutung der Skinhead-Musik als den Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl der Szene stärkendes Element hervor. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die rechtsextremistische Musikszene Thüringens ausführlich dargestellt und vorhandene Produktions- und Vertriebsstrukturen beleuchtet. Im Berichtszeitraum fanden in Thüringen 19 Skinhead-Konzerte statt, von denen neun durch die Polizei aufgelöst wurden. Die Durchführung sechs weiterer Konzerte konnte bereits im Vorfeld verhindert werden. Damit hat sich die Zahl derartiger Veranstaltungen, die vollständig durchgeführt wurden, von 12 im Jahr 2004 auf 10 verringert. Von den 193 auf Bundesebene festgestellten Konzerten - im Jahr 2004 waren es 137 - wurden 26 Konzerte aufgelöst.

Im Abschnitt Linksextremismus informiert der Verfassungsschutzbericht über Ideologie, Struktur und Aktivitäten marxistisch-leninistischer Parteien. Deren Mitgliederzahl beträgt in Thüringen insgesamt ca. 150 und bewegt sich damit unverändert auf einem niedrigen Niveau. Ihr Engagement wird in der Öffentlichkeit seit Jahren kaum wahrgenommen.

Der Gruppe der Autonomen werden in der Bundesrepublik rund 5.000 Personen zugerechnet. Im Freistaat Thüringen beträgt deren Zahl, wie bereits im Vorjahr, ca. 150. Darüber hinaus wird diesem Umfeld ein ca. 150 Anhänger und Sympathisanten umfassender Personenkreis zugerechnet, der für Aktionen der Autonomen mobilisiert werden kann. Die Autonomen haben keine fest umrissenen ideologischen Vorstellungen. Sie lehnen staatliche und gesellschaftliche Zwänge und aus diesem Grund auch den Dialog mit dem Staat ab, der sie nach eigenem Empfinden daran hindert, eigene Lebensformen zu praktizieren. Ihren tatsächlichen Wirkungsmöglichkeiten sind aufgrund ihres niedrigen Organisationsgrades enge Grenzen gesetzt. Das Netzwerk „Autonome Thüringer Antifa-Gruppen“ (ATAG), in denen die regionalen Gruppen und Zusammenschlüsse in den zurückliegenden Jahren überwiegend organisiert waren, besteht in der ursprünglichen Zusammensetzung offenbar nicht mehr. Die Autonome Antifa-Gruppe Bad Salzungen, die Antifaschistische Aktion Eisenach, die anarchistisch-kommunistische Gruppe yafago aus Erfurt sowie die Freie Union Revolutionäre AnarchistInnen aus Meiningen waren zuletzt auf der Internetseite des Netzwerkes ATAG nicht mehr

aufgeführt. Es wurde per Link lediglich noch auf die Antifaschistische Aktion Gera und den Info-Laden Jena verwiesen. Hinweise darauf, dass sich die neu gegründete Gruppe Left Resistance Arnstadt, die im Berichtszeitraum in besonderem Maße aktiv war, dem Netzwerk angeschlossen hat, liegen momentan nicht vor.

Zur Kommunikation untereinander werden überwiegend das Internet und E-Mail-Anschlüsse genutzt. So genannte Info-Läden, die als Treffpunkt dienen, Kontaktmöglichkeiten bieten sowie linksextremistische Schriften und Flugblätter verteilen, befinden sich in den Städten Erfurt, Jena, Gera, Weimar, Meiningen und Arnstadt. Wie bisher stellt das Thema „Antifaschismus“ das wichtigste Aktionsfeld für die Thüringer Autonomen dar.

Im Abschnitt „Ausländerextremismus“ geht der Verfassungsschutzbericht insbesondere auf die kurdische Massenorganisation KONGRAGEL ein. Das 1993 in Deutschland erteilte Betätigungsverbot für die Arbeit der Partei Kurdistan PKK erstreckt sich auch auf den KONGRAGEL, da er lediglich eine Umbenennung der PKK darstellt. Im unmittelbaren Umfeld des KONGRAGEL wurde im April 2005 eine neue PKK gegründet. Sie verfolgt die vom inhaftierten PKK-Gründer Abdullah Öcalan entwickelten Ideen, anstelle eines eigenständigen Kurdenstaates einen konföderalen Verbund zu bilden, der aus den kurdischen Siedlungsgebieten in der Türkei, in Syrien, im Iran und Irak besteht. Die Gründung der neuen PKK soll Teil eines Gesamtkonzepts sein, in dessen Rahmen ihr die Rolle zufällt, als ideologische Kraft zu wirken. Die Organisationsstruktur des in der Bundesrepublik 11.500 Mitglieder und Anhänger umfassenden KONGRAGEL blieb 2005 im Wesentlichen unverändert. Dem Teilgebiet Erfurt, zu dem auch Teile West- bzw. Süd-West-Thüringens gehören, werden weiterhin ca. 60 Personen zugerechnet. Auch die Anbindung an das Gebiet Kassel blieb bestehen. Die Aktivitäten der Anhänger des KONGRAGEL in Thüringen gingen im Vergleich zum Jahr 2004 stark zurück.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, der vorgelegte Verfassungsschutzbericht 2005 macht auch deutlich, dass die Bedrohung durch den Terrorismus weiterhin groß ist. Die Anschläge in London, Jordanien und Ägypten haben abermals gezeigt, dass sich die Angriffsziele islamistischer Terroristen nicht auf bestimmte Länder oder Gebiete beschränken lassen. Derartige Terrorakte können sich überall dort ereignen, wo islamistische Propaganda auf Gewaltbereitschaft trifft und sich Zirkel von Mudschaheddin herausbilden, die bereit sind, für ihren Glauben in den Tod zu gehen. In London explodierten am 7. Juli parallel zum Weltwirtschaftsgipfel in Schottland während des morgendlichen Berufsverkehrs in

der U-Bahn drei Bomben. Ein weiterer Sprengsatz zerfetzte die obere Hälfte eines Doppeldeckerbusses - 56 Menschen starben, mehr als 700 wurden verletzt. Weitere Attentatsversuche wenige Tage später erzeugten in der Stadt ein Klima der Angst. Diese Anschläge zielten ebenso wie das Attentat vom 11. Mai 2004 in Madrid darauf ab, die europäische Staatengemeinschaft in ihrem Zentrum zu treffen. Das wichtigste Ziel der Dschihad-Propaganda bildete im Jahre 2005 jedoch der Irak. Dort fielen im Laufe des Jahres mehrere Tausend Menschen den Angriffen jener zum Opfer, die eine Umgestaltung des Landes im demokratischen Sinne ablehnen. Die zahlreichen Anschläge richten sich vorzugsweise gegen den Aufbau neuer staatlicher Strukturen, insbesondere der Sicherheitskräfte. Das weltweite Terrornetzwerk Al Kaida hat sich von einer terroristischen, hierarchisch organisierten Kaderorganisation zu einer Gemeinschaft von Glaubenskämpfern gewandelt, die in kleinen Gruppen ihre Aktionen als autonome Zellen planen und selbständig agieren. Eine neue Tätergeneration ist herangereift, die ohne Anweisung ihrer Anführer, etwa Bin Laden, Attentate vorbereitet und durchführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, extremistische Einstellungen spiegelt insbesondere auch die Statistik zur politisch motivierten Kriminalität - abgekürzt PMK - wider. Ich möchte Ihnen daher im Folgenden diesen Bereich und seine Entwicklung in Thüringen erläutern. Im Jahre 2005 wurden in Thüringen insgesamt 1.173 Delikte aus dem Bereich der PMK registriert. Somit gelang es im zurückliegenden Jahr nicht, den Abwärtstrend der Jahre 2000 bis 2004 fortzusetzen. Stattdessen wurden 2.038 Delikte mehr als im Jahre 2004 registriert. Bundesweit waren es 26.401 Straftaten, die damit um 5.223 zugenommen haben. Der Anstieg in Thüringen resultiert ganz wesentlich aus der Zunahme der im Phänomenbereich Links registrierten Straftaten. Die Anzahl der Delikte der PMK Links ist von 67 Fällen im Vorjahr auf 200 im Jahre 2005 gestiegen und hat sich somit fast verdreifacht. Die Straftaten von Linksextremisten wurden insbesondere dann verübt, wenn sich ihre Aktionen gegen Demonstrationen von Rechtsextremisten richteten. Dies war vor allem in den Bereichen der Polizeidirektionen Jena, Erfurt, Gotha und Gera zu beobachten. Auch auf Bundesebene war ein Anstieg der PMK Links zu verzeichnen; den 4.898 registrierten Straftaten stehen 3.521 aus dem Jahre 2004 gegenüber. Im Phänomenbereich Rechts wurden 2005 in Thüringen 620 Fälle festgestellt. Auch hier kam es zu einer im Vergleich zur PMK Links allerdings wesentlich geringeren Zunahme; es wurden 29 Delikte mehr erfasst, was einer Zunahme von 4,9 Prozent entspricht. Von diesen Delikten wurden 503, also über vier Fünftel, aufgeklärt. Der Hauptanteil der PMK Rechts bildeten im Freistaat wie auch in den Vorjahren die so genannten Propagan-

delikte mit 398 Fällen. Die Zahl der Gewaltstraftaten beträgt 53, sie ist damit gegenüber dem Jahr 2004, in dem 36 Gewaltstraftaten begangen wurden, deutlich angestiegen. Die fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten, die sich auf unterschiedliche Delikte verteilen, haben gegenüber dem Jahr 2004 weiter von 133 auf nunmehr 105 abgenommen. Dabei wurden 58 Delikte als fremdenfeindliche Straftaten klassifiziert, deren Aufklärungsquote bei über 72 Prozent lag. Von den 47 antisemitischen Straftaten konnten 31 aufgeklärt werden, was gegenüber dem Vorjahr, in dem es 22 waren, eine weitere positive Entwicklung darstellt.

Auch für die PMK Rechts ein kurzer Blick auf die Bundeszahlen. Mit 15.914 Straftaten, darunter 10.905 Propaganda- und 1.035 Gewaltdelikte, war gegenüber dem Jahr 2004, als 12.553 Straftaten erfasst wurden, ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Zahl der fremdenfeindlichen Delikte beträgt 2.492, wobei 1.561 aufgeklärt werden konnten. Von den 1.681 antisemitischen Straftaten wurden 769 aufgeklärt. Die Thüringer Polizei hat im Jahr 2005 wie auch im Vorjahr 7 Straftaten der politisch motivierten Ausländerkriminalität erfasst, davon konnten 6 Delikte aufgeklärt werden. Bei den 771 über das Bundesgebiet verteilten Delikten lag die Aufklärungsquote bei immerhin 80 Prozent. Ihre Zahl stieg gegenüber der des Jahres 2004 an, in dem es 603 Delikte waren.

Der Bericht, den ich Ihnen heute erstatte, soll einen Beitrag leisten, durch Information politische Absichten, Erscheinungsformen und Handlungsweisen von Extremisten zu beleuchten. Die Zahlen über die politisch motivierte Kriminalität und der Verfassungsschutzbericht sind eine sehr gute Grundlage für die weitere Diskussion. Sie zeigen die Gefahren auf, die von extremistischen Bestrebungen ausgehen. Diese zurückzudrängen ist eine Aufgabe, die der gesamten Gesellschaft obliegt. Polizei und Verfassungsschutz leisten im Rahmen der ihnen gesetzlich übertragenen Aufgaben hierzu einen wichtigen Beitrag. Neben einer konsequenten Strafverfolgung sind auch Aufklärung und Sensibilisierung erforderlich, dem dienen die vorgestellten Berichte. Die Bekämpfung des Extremismus kann aber nur Erfolg haben, wenn sie von verschiedenen Seiten geführt wird und sich unterschiedliche Strategien sinnvoll ergänzen. Es sind daher alle aufgerufen, hieran mitzuwirken.

Erlauben Sie mir abschließend noch eine verfahrenstechnische Anmerkung zu der Ziffer I.6 des vorliegenden Landtagsbeschlusses: Die Statistik der PMK in Thüringen wurde der Öffentlichkeit in den letzten Jahren gemeinsam mit der allgemeinen Polizeii- und Kriminalstatistik im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt, die jeweils zwischen Ende Februar und Anfang März stattfand. Dementsprechend wurden die Zahlen für das Jahr 2005 bereits am

24. Februar 2006 veröffentlicht und somit dem hohen Informationsbedürfnis über die Entwicklung der PMK wieder zügig Rechnung getragen. Die PMK-Statistik ist darüber hinaus Grundlage für die seitens des Bundes erstellte und nach Ländern aufgeschlüsselte PMK-Statistik. Die Landeszahlen sind dem Bundesministerium des Inneren von allen Ländern bis spätestens 31. Januar vollständig zu übermitteln; die Veröffentlichung erfolgt in der Regel ca. zwei Monate später. Die Vorstellung des Verfassungsschutzberichts erfolgt regelmäßig im Laufe des II. Jahresquartals; in diesem Jahr wurde er am 11. Mai veröffentlicht. Dem in der Ziffer I.6 festgelegten Berichtersuchen des Landtags komme ich gern in Form einer gemeinsamen Berichterstattung zur Statistik über politisch motivierte Kriminalität und zum Verfassungsschutzbericht nach. Ich bitte aber um Ihr Verständnis, dass an der bisherigen zeitlichen Vorgehensweise bei der Veröffentlichung der Daten aufgrund bundesweiter Üblichkeit festgehalten werden muss.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Abgeordneter Schröter zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Schröter, CDU:

Namens der CDU-Fraktion und in Abstimmung mit den anderen beiden Fraktionen beantragen wir die Fortführung der Aussprache im Innenausschuss.

Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer die Fortsetzung der Beratung im Innenausschuss wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Dann ist das einstimmig so beschlossen. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich weise darauf hin, dass die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen am 28. und 29. September stattfinden. Ansonsten wünsche ich uns allen einen schönen Thüringentag in Jena, eine schöne Sommerzeit und schließe die Plenarsitzung.

Ende der Sitzung: 14.53 Uhr

Anlage**Namentliche Abstimmung in der 44. Sitzung
am 14.07.2006 zum Tagesordnungspunkt 12****Keine Abschiebungen nach Togo**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS

- Drucksache 4/2078 -

hier: Nummern 2 und 3

1. Althaus, Dieter (CDU)	nein	41. Krapp, Dr. Michael (CDU)	nein
2. Bärwolff, Matthias (Die Linkspartei.PDS)	ja	42. Krause, Dr. Peter (CDU)	nein
3. Becker, Dagmar (SPD)	ja	43. Krauß, Horst (CDU)	nein
4. Bergemann, Gustav (CDU)	nein	44. Kretschmer, Thomas (CDU)	nein
5. Berninger, Sabine (Die Linkspartei.PDS)	ja	45. Krone, Klaus, von der (CDU)	nein
6. Blechschmidt, André (Die Linkspartei.PDS)	ja	46. Kubitzki, Jörg (Die Linkspartei.PDS)	
7. Buse, Werner (Die Linkspartei.PDS)	ja	47. Künast, Dagmar (SPD)	ja
8. Carius, Christian (CDU)	nein	48. Kummer, Tilo (Die Linkspartei.PDS)	
9. Diezel, Birgit (CDU)	nein	49. Kuschel, Frank (Die Linkspartei.PDS)	ja
10. Doht, Sabine (SPD)	ja	50. Lehmann, Annette (CDU)	nein
11. Döring, Hans-Jürgen (SPD)		51. Lemke, Benno (Die Linkspartei.PDS)	ja
12. Eckardt, David-Christian (SPD)	ja	52. Leukefeld, Ina (Die Linkspartei.PDS)	ja
13. Ehrlich-Strathausen, Antje (SPD)	ja	53. Lieberknecht, Christine (CDU)	nein
14. Emde, Volker (CDU)	nein	54. Matschie, Christoph (SPD)	ja
15. Enders, Petra (Die Linkspartei.PDS)	ja	55. Meißner, Beate (CDU)	nein
16. Fiedler, Wolfgang (CDU)	nein	56. Mohring, Mike (CDU)	nein
17. Fuchs, Dr. Ruth (Die Linkspartei.PDS)	ja	57. Nothnagel, Maik (Die Linkspartei.PDS)	
18. Gentzel, Heiko (SPD)	ja	58. Panse, Michael (CDU)	nein
19. Gerstenberger, Michael (Die Linkspartei.PDS)	ja	59. Pelke, Birgit (SPD)	ja
20. Goebel, Prof. Dr. Jens (CDU)	nein	60. Pidde, Dr. Werner (SPD)	ja
21. Grob, Manfred (CDU)	nein	61. Pilger, Walter (SPD)	ja
22. Groß, Evelin (CDU)	nein	62. Primas, Egon (CDU)	nein
23. Grüner, Günter (CDU)	nein	63. Reimann, Michael (Die Linkspartei.PDS)	ja
24. Gumprecht, Christian (CDU)	nein	64. Reinholz, Jürgen (CDU)	nein
25. Günther, Gerhard (CDU)	nein	65. Rose, Wieland (CDU)	nein
26. Hahnemann, Dr. Roland (Die Linkspartei.PDS)	ja	66. Scheringer-Wright, Dr. Johanna (Die Linkspartei.PDS)	ja
27. Hauboldt, Ralf (Die Linkspartei.PDS)	ja	67. Schipanski, Prof. Dr.-Ing. habil. Dagmar (CDU)	nein
28. Hausold, Dieter (Die Linkspartei.PDS)	ja	68. Schröter, Fritz (CDU)	nein
29. Hennig, Susanne (Die Linkspartei.PDS)	ja	69. Schubert, Dr. Hartmut (SPD)	ja
30. Heym, Michael (CDU)	nein	70. Schugens, Gottfried (CDU)	nein
31. Höhn, Uwe (SPD)	ja	71. Schwäblein, Jörg (CDU)	nein
32. Holbe, Gudrun (CDU)	nein	72. Sedlacik, Heidrun (Die Linkspartei.PDS)	
33. Huster, Mike (Die Linkspartei.PDS)	ja	73. Seela, Reyk (CDU)	nein
34. Jaschke, Siegfried (CDU)	nein	74. Skibbe, Diana (Die Linkspartei.PDS)	ja
35. Jung, Margit (Die Linkspartei.PDS)	ja	75. Sklenar, Dr. Volker (CDU)	nein
36. Kalich, Ralf (Die Linkspartei.PDS)	ja	76. Stauche, Carola (CDU)	nein
37. Kaschuba, Dr. Karin (Die Linkspartei.PDS)	ja	77. Tasch, Christina (CDU)	nein
38. Klaubert, Dr. Birgit (Die Linkspartei.PDS)	ja	78. Taubert, Heike (SPD)	ja
39. Köckert, Christian (CDU)	nein	79. Thierbach, Tamara (Die Linkspartei.PDS)	ja
40. Kölbel, Eckehard (CDU)	nein	80. Trautvetter, Andreas (CDU)	nein
		81. Wackernagel, Elisabeth	nein
		82. Walsmann, Marion (CDU)	nein
		83. Wehner, Wolfgang (CDU)	nein

84.	Wetzel, Siegfried (CDU)	nein
85.	Wolf, Katja (Die Linkspartei.PDS)	ja
86.	Worm, Henry (CDU)	nein
87.	Zeh, Dr. Klaus (CDU)	nein